



LEUCOREA
Sitzung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Cristina Raffaele | Philipp Rediger

**Die Partizipation Studierender als
Kriterium der Qualitätssicherung
in Studium und Lehre**

117

HoF-ARBEITSBERICHTE

Partizipation von Studierenden ist aus dem Hochschulsystem nicht mehr wegzudenken. Nicht zuletzt aufgrund der in den vergangenen Jahren zunehmenden Integration von Prozessen der Qualitätsentwicklung und -sicherung (QES) stellen für Hochschulen fehlende bzw. nicht hinreichende studentische Mitwirkungsaktivitäten ein akutes Problem dar. Da akute Probleme in der Regel auch kurzfristige Lösungen erfordern, besteht an Hochschulen ein Bedarf an kurzfristigen Wirkungen von Maßnahmen zur Steigerung studentischer Partizipation. Materielle Anreize, wie etwa Incentives, können zwar solche Wirkung entfalten, gewährleisten jedoch nur bedingt ein längerfristiges Engagement von Studierenden. Untersuchungen zeigen, dass bei studentischer Partizipation vor allem intrinsische Motive überwiegen. Im Lichte dessen muss für Hochschulen ein Zielkonflikt prozessiert werden: Einerseits besteht ein Bedarf an kurzfristigen Wirkungen, andererseits entfalten intrinsisch-orientierte Anreize ihre Wirkung in der Regel erst mittel- bis langfristig. Der vorliegende Report belegt, dass für eine (nachhaltige) Stärkung der Partizipation Studierender an den QES-Prozessen von Hochschulen eines grundlegend ist: Partizipationsrelevante Erfolgsfaktoren müssen verstärkt und Hinderungs faktoren minimiert werden.

Student participation has become an integral part of the higher education system. Lack of or insufficient student participation activities is an acute problem for universities, not least due to the increasing integration of processes of quality development and assurance in recent years. Since acute problems usually require short-term solutions, universities need short-term measures to increase student participation. Material incentives can be helpful, but can support long-term commitment of students only to a limited extent. Numerous studies show that intrinsic motivation predominates in student participation. In light of this, a conflict of goals must be addressed for universities: There is a need for short-term results; at the same time, intrinsic motivation can usually only be generated/increased in the medium or long term. The present report proves that for a (sustainable) strengthening of student participation in processes of quality development and assurance of higher education institutions, one thing is pivotal: factors relevant for successful participation must be strengthened and impediments minimized.



Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	4
Zentrale Ergebnisse	5
1. Einleitung.....	7
2. Studentische Partizipation als Herausforderung	8
2.1. Was meint studentische Partizipation?.....	8
2.1.1. Begrifflichkeiten: Mitbestimmung und Partizipation	8
2.1.2. Erscheinungsformen und Klassifizierungen	9
Bezugsebenen studentischer Partizipation (10). Politische Partizipation (10). Klassifizierung studentischer Partizipationsneigungen (10)	
2.1.3. Veränderte Gewichtung studentischer Ausdrucks- und Artikulationsweisen zur Hochschulentwicklung.....	11
2.2. Warum ist studentische Partizipation wichtig?.....	11
2.2.1. Studentische Partizipation als Kriterium für die Qualitätssicherung.....	12
2.2.2. Demokratisches Verständnis von Hochschulen.....	12
2.2.3. Funktion der Hochschule als Bildungs- und Sozialisationsinstanz	13
2.3. Empirische Befunde zur Entwicklung studentischer Partizipation	14
2.3.1. Bedeutungsverlust politischer Partizipation.....	14
2.3.2. Geringes Interesse an der Mitwirkung vs. studentische Erwartungen an die verfasste Studierendenschaft.....	15
2.4. Einflussvariablen und Bedingungen studentischer Partizipation	16
2.4.1. Persönlichkeitsbezogene Faktoren	17
2.4.2. Soziodemographische Merkmale der Studierenden	18
2.4.3. Organisatorische Strukturen der Hochschule	19
2.4.4. Weitere Einflüsse	20
3. Wie kann studentische Partizipation gelingen?	21
3.1. Organisatorische Aspekte.....	22
Erweiterung der Möglichkeiten zur Beteiligung an der Lehre sowie Schaffung von Verbindlichkeiten (22). Schaffung von demokratischen Strukturen (23). Stärkung der Fachschaften (24). Verknüpfung von verfasster Mitbestimmung und neuen Partizipationsformen (24). Steigerung des Gewichts der Stimme Beteiligter ohne wissenschaftliche Reputation über Netzwerkarbeit (25). Potenziale der Digitalisierung für die Stärkung studentischer Partizipation (26). Schaffung adäquater Studienbedingungen und Studienfinanzierung (26). Beeinflussung der Partizipationsbereitschaft durch materielle Anreize (27). Participation Mainstreaming (28). Participation Index (28)	
3.2. Motivationale Aspekte	29
Relevanz und Chancen der Partizipation transparent machen (29). Stärkung der Hochschule als studentischer Interessen- und Lebensmittelpunkt (29). Studienrealität als Anknüpfungspunkt (29). Förderung des allgemeinen politischen Interesses (30). Betonung der gesellschaftlichen Dimension wissenschaftlichen Handelns (30)	

3.3.	Praktische Beispiele	30
3.3.1.	Projekt zur Steigerung studentischer Partizipation der Goethe-Universität Frankfurt am Main	30
	Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung studentischer Partizipation (31). Arbeitskreise zu „Studentische Partizipation“ (31). 1. Tag der studentischen Partizipation – #einmischen! (32). Das Online-Informationsportal für studentische Partizipation (32). Die curriculare Verankerung studentischer Partizipation: Das Optionalmodul (33)	
3.3.2.	enterscience – ein intersektionelles Projekt für Studierende aller Fachrichtungen der Universität Bremen	33
3.3.3.	Referat für studentische Partizipation – AStA HAW Hamburg	34
3.3.4.	Student’s Day an der Bergischen Universität Wuppertal – ein partizipatorisches Instrument zur Studiengangentwicklung	35
3.3.5.	YOUUniversity – Studentische Online-Partizipation zur Mitgestaltung von Seminarinhalten an der HHU Düsseldorf	37
3.4.	Erfahrungen an der Otto-von-Guericke-Universität	38
3.4.1.	Studentische Partizipation an der OVGU	38
3.4.2.	Maßnahmen und Aktivitäten der OVGU zur Verbesserung der studentischen Partizipation	40
3.4.3.	Impulse für die Gestaltung und Stärkung von QES-Partizipation Studierender an der OVGU	40
	Anpassungen bei der Incentivierung (40). Erfolgsgeschichten erzählen (41). Vorhandene Daten nutzen (42). Langfristige Anreize setzen und Verantwortungsgefühl stärken (42)	
4.	Fazit	43
	Verzeichnis der Übersichten	48
	Literatur	49

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgruppe	KMK	Kultusministerkonferenz
AG QB	Arbeitsgruppe der Qualitätsbeauftragten	KSL	Kommission für Studium und Lehre
AK	Arbeitskreis	LAK	LandesAstenKonferenz Berlin
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss	LuQ	Lehre und Qualitätssicherung
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz	LVE	Lehrveranstaltungsevaluation
BUW	Bergische Universität Wuppertal	OVGU	Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
ECTS	European Credit Transfer System	QES	Qualitätsentwicklung und -sicherung
EU	Europäische Union	QM	Qualitätsmanagement
FQB	Fakultätsqualitätsbeauftragte.r	SHK	Studentische Hilfskraft
FAQ	Frequently Asked Questions	SQB	studentische.r Qualitätsbeauftragte.r
FH	Fachhochschule	StuRa	Studierendenrat
FuL	Forschung und Lehre	SuL	Studium und Lehre
HAW	Hamburg Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	ZLB	Zentrum für Lehrerbildung
HoF	Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg	ZQB	zentrale.r Qualitätsbeauftragte.r
HSL	Hochschullehrender	ZWW	Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung
HHU	Düsseldorf Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf		

Zentrale Ergebnisse

Mit dem zugenommenen Stellenwert der Qualitätsentwicklung und -sicherung an deutschen Hochschulen haben sich auch die Möglichkeiten für Studierende erweitert, an diesen Prozessen zu partizipieren. Dies hat bislang jedoch nicht zu einem umfassend spürbaren Anstieg der Partizipationsbereitschaft Studierender geführt.

Hochschulen haben (sollten) jedoch ein grundlegendes Interesse an studentischer Partizipation (haben) – und sei es nur aus Legitimationsgründen im Rahmen von Akkreditierungsprozessen. Studierende nehmen unentwegt Belastungen, Suboptimales, Fehlzuordnungen, Konflikte etc. wahr und sammeln dadurch (unbewusst) fortwährend organisationsrelevantes Wissen. Insofern können **Studierende als lebendige Monitoring-Akteure** verstanden werden, deren Wissen für die Organisationsentwicklung abschöpfbar ist.

Die Partizipationsbereitschaft und Partizipationsformen Studierender unterliegen dem Einfluss unterschiedlicher Faktoren. Diese lassen sich gliedern in

- Faktoren, die die **Persönlichkeit** der Studierenden betreffen (insbesondere im Hinblick auf Werthaltungen),
- **soziodemographische Merkmale** der Studierenden,
- Merkmale der **organisatorischen Gestaltung** der bestehenden Partizipationsmöglichkeiten für Studierende sowie
- die Institution Hochschule sowie den Arbeitsmarkt(zugang) für Hochschulabsolventen betreffende **Rahmenbedingungen**.

Hinderlich für eine intensivere Beteiligung wirken vor allem zeitliche Einschränkungen, Unkenntnis über Beteiligungsmöglichkeiten und Unsicherheiten über ausreichende Qualifikationen. Solche Informationen sollten systematisch berücksichtigt werden, wenn es darum geht, an den studentischen Bedarfen orientierte Partizipationsangebote auszugestalten. Denn die Bereitschaft zur studentischen Partizipation ist wesentlich dadurch bedingt, inwiefern die Partizipationsangebote die **Bedarfe der Studierenden** aufgreifen bzw. an diese anknüpfen.

Hochschulen nutzen sehr **unterschiedliche Interventionsstrategien**, um studentische Partizipation zu steigern. Gleichwohl bleibt festzustellen, dass bisher nur bedingt ableitbar ist, ob diese Maßnahmen als erfolgreich bewertet werden können oder nicht. Grund

dafür ist das **Fehlen eines Messinstrumentes**, mithilfe dessen – über die Anzahl der Teilnehmenden an Veranstaltungen o.ä. hinaus – man Daten rund um studentische Partizipation auswerten könnte.

Nicht zuletzt aufgrund der in den vergangenen Jahren zunehmenden Prozesse der Qualitätsentwicklung und -sicherung (QES) stellen für Hochschulen fehlende bzw. geringe studentische Mitwirkungsaktivitäten ein akutes Problem dar. In der Regel bedürfen akute Probleme auch kurzfristiger Lösungen, d.h. an Hochschulen besteht ein **Bedarf an kurzfristigen Wirkungen** von Interventionsmaßnahmen hinsichtlich der Steigerung studentischer Partizipation.

Materielle Anreize könnten zwar eine solche Wirkung entfalten, gewährleisten jedoch nur bedingt ein längerfristiges Engagement Studierender. Untersuchungen zeigen, dass bei studentischer Partizipation vor allem intrinsische Motive überwiegen. Im Lichte dessen muss ein **Zielkonflikt** prozessiert werden: Einerseits besteht ein Bedarf an kurzfristigen Wirkungen, andererseits entfalten intrinsisch-orientierte Anreize ihre Wirkung in der Regel erst mittel- bis langfristig.

Dass es Möglichkeiten gibt, diesen Zielkonflikt im Alltag zu prozessieren, zeigen einige SuL-QES-Projekte, die hier ausgewertet werden:

- das Projekt zur Steigerung studentischer Partizipation der Goethe-Universität
- enterscience – ein intersektionelles Projekt für Studierende aller Fachrichtungen der Universität Bremen
- die Aktivitäten des Referats für studentische Partizipation beim AStA der HAW Hamburg
- der Student's Day an der Bergischen Universität Wuppertal – ein partizipatorisches Instrument zur Studiengangsentwicklung
- YOUiversity – Studentische Online-Partizipation zur Mitgestaltung von Seminarinhalten an der HHU Düsseldorf

Auch die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU) und deren zentrale Akteure im QES-System – sie waren Praxispartner für den vorliegenden Report – sind bemüht, nicht hinreichender studentischer Partizipation mit diversen Instrumente entgegenzusteuern. Wenn jedoch eine studentische Beteiligung an QES-Prozessen in Studium und Lehre trotz zahlreicher Partizipationsmöglichkeiten ausbleibt, muss analysiert werden, worin dieser Mangel begründet liegt

und wie Studierende in zunehmenden Maße in hochschulische Prozesse integriert werden können.

In der Rückkopplung der Erfahrungen an der OVGU mit grundlegend theoretischen Befunden und Erfahrungsberichten an anderen Hochschulen lassen sich folgende Impulse für die Gestaltung und Stärkung studentischer Partizipation formulieren:

■ **Anpassung bei der Incentivierung:** Bei Incentivierung müssen die Belohnungskomponenten zielgerichtet eingesetzt werden. Das heißt: Die Studierenden müssen in ihren Bedarfen so abgeholt werden, dass ihre Motivationsimpulse genutzt werden. Dementsprechend gilt es sorgfältig abzuwägen, an welchen Punkten angeknüpft wird, um studentische Partizipationsneigungen zu nutzen oder zu wecken. Oftmals ist es nicht der ökonomische oder kurzfristige Wert der Anreize, der Effekte erzielt, sondern die Wahrnehmung der Incentives als tatsächliche Wertschätzung oder das Erkennen eines konkreten Nutzens.

■ **Ängste und Vorurteile abbauen, Aufmerksamkeit generieren:** Studierenden sollte offensiv bewusst gemacht werden, weshalb ihre Beteiligung an den QES-Prozessen der Hochschule wichtig und sinnvoll ist und inwiefern bereits getroffene QES-Maßnahmen sich positiv auf ihr Studium ausgewirkt haben. Dementsprechend sind Informations- und Ergebnistransparenz zu verknüpfen. Folgende Ansätze sind dafür denkbar: Informationshürden abbauen und Informationsveranstaltungen anbieten, Erfolgsgeschichten erzählen sowie Partizipation als berufsfördernden Faktor mobilisieren.

■ **Vorhandene Daten nutzen:** Möchte man alle bzw. möglichst viele Studierende in der Ansprache erreichen, so müssen ihre unterschiedlichen Bedarfe und Partizipationsneigungen berücksichtigt werden. Nicht jedes Partizipationsangebot eignet sich, auch angesichts zunehmender Heterogenität, für alle Studierenden gleichermaßen. Hier lassen sich bereits vorliegende Daten aus Studierendenbefragungen (z.B. Studierendenpanel) systematisch bei der Gestaltung von (bei den Bedarfen Studierender ansetzenden) Partizipationsangeboten bzw. -möglichkeiten berücksichtigen.

■ **Langfristige Anreize setzen und Verantwortungsgefühl stärken:** Zusätzlich zu kurzfristigen Anreizen braucht es langfristig orientierte Anreizsetzungen, da bei studentischer Partizipation vor allem intrinsische Motive überwiegen. Dazu bietet sich ein aktiv gelebtes und transparentes Verbesserungsvorschlagswesen an. Ziel sollte es sein, das Verantwortlichkeitsgefühl der Studierenden für Qualität zu stärken, anstatt sie ‚nur‘ dazu zu bringen, an bestimmten Veranstaltungen teilzunehmen.

Grundsätzlich sollte es darum gehen, die partizipationsrelevanten **Erfolgsfaktoren** zu **stärken** und die **Hinderungsfaktoren** zu **minimieren**. Da diese in wechselseitigem Einfluss zueinanderstehen, ist es angezeigt, mehrere Faktoren – Erfolg stärken und Hindernisse abbauen, extrinsische und intrinsische Anreize setzen – parallel zu bedienen, um langfristig und kontinuierlich stärker studentische Stimmen in die QES aktiv zu integrieren. Auf der Suche nach Best Practice scheint es sinnvoll, den **Erfahrungsaustausch mit anderen Hochschulen** zu stärken.

1. Einleitung

Ausgangspunkt der Bearbeitung des Themas studentischer Partizipation war zunächst, dass die Erfahrungen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU) erfasst, ausgewertet und mit weiteren oder alternativen Partizipationsmöglichkeiten kontrastiert werden sollten.¹ Dabei wiederum stand die Annahme im Vordergrund, die Debatte zur Qualität der Lehre müsse ein Thema sein, das unmittelbar an studentische Interessen anknüpft.

Die Prüfung der Literaturlage zum Thema studentischer Partizipation ergab einerseits, dass insbesondere die Forschungsliteratur vergleichsweise übersichtlich ist. Andererseits aber werden dort eine ganze Reihe von Vorschlägen formuliert, wie studentisches Interesse an der Mitgestaltung der hochschulischen Angelegenheit geweckt werden kann. Daher wurde das vorhandene Material geordnet und in eine eigene Systematisierung überführt. Ergänzend wurde eine Recherche unternommen, ob, wo und welche konkreten Umsetzungsbeispiele existieren, die Anregungspotenzial auch für andere Hochschulen bereithalten.

Das vorliegende Arbeitspapier berichtet von den prägnantesten Erkenntnissen dieses Aufarbeitungsprozesses in zwei Schritten:

1. Begonnen wird damit, dass aus der vorliegenden Literatur die mit studentischer Partizipation an Hochschulen einhergehenden Herausforderungen herausgearbeitet werden. Dieser Schritt beinhaltet eine differenzierte Betrachtung der mit diesem Thema einhergehenden Begrifflichkeiten und skizziert Nutzen und Notwendigkeiten von Partizipation für die Organisation Hochschule und seine Mitgliedergruppen. Die Ausprägung des Beteiligungsverhalten Studierender wird so aufgearbeitet, dass es in seinen Wandlungen der vergangenen Jahre nachskizziert sowie in Zusammenhang mit seinen bedingenden Einflussvariablen gesetzt wird.
2. Sodann wird sich der Frage angenommen, wie studentische Partizipation gestalten werden kann. Dafür erfolgt eine Auseinandersetzung mit den organisatorischen Rahmenbedingungen an Hochschulen und ihren Veränderungspotenzialen – auf dem Weg hin zu einer (studierenden)partizipationsfreundlicheren Hochschulkultur. Im Rahmen dessen werden zur Geltung kommende motivationale Mechanismen beleuchtet, aus diesen Schlussfolgerungen für die gestalterische Praxis abgeleitet und letztlich im Rahmen von Kurzberichten auf dort anknüpfende Maßnahmenumsetzungen ausgewählter Hochschulen exemplarisch verwiesen.

Schließlich erfolgt eine Rückkopplung der im Arbeitsprozess gewonnenen Erkenntnisse mit den Praxiserfahrungen der OVGU – wodurch letztlich Empfehlungen für die Hochschulpraxis formuliert werden konnten.

¹ Im Rahmen des Transferprojektes „Entlastungsmanagement für die Organisation der Lehre“ (EMOL) arbeitete das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) eng mit dem Team der Qualitätssicherung und -entwicklung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU) zusammen (www.qualitaet.ovgu.de). Während des Praxistransfers wurden sowohl grundlegende Herausforderungen als auch konkrete Bedarfssituationen im Kontext der QES-Entwicklung in Studium und Lehre an der Universität kommuniziert. Eine davon widmete sich der Fragestellung: Wie kann die QES-Partizipation von Studierenden an der Universität gestaltet bzw. gestärkt werden?

2. Studentische Partizipation als Herausforderung

2.1. Was meint studentische Partizipation?

2.1.1. Begrifflichkeiten: Mitbestimmung und Partizipation

Für demokratische Staatsformen stellt die Beteiligung ihrer Bürger:innen ein wesentliches Element ihrer Konstitution dar. Möglichkeiten zur Beteiligung an Prozessen der politischen Entscheidungsfindung bestehen zum einen im Rahmen konventioneller Beteiligungsformen – etwa über die Teilnahme an Wahlen oder der Mitgliedschaft in einer Partei. Zum anderen bestehen Möglichkeiten über unkonventionelle Partizipationsformen Einfluss zu nehmen. Zu diesen zählen Mitwirkungsaktivitäten in außerparteilichen Gruppierungen oder Initiativen ebenso wie Interessenbekundungen im Rahmen von Demonstrationen oder Streiks (Dippelhofer 2004: 2). Die in diesem Zusammenhang zentralen Begriffe sind *Mitbestimmung* und *Partizipation*.

Unter dem Begriff der Mitbestimmung spiegelt sich der Anspruch der Politik wieder, demokratische Beteiligungsstrukturen bereitzustellen. Mit ihm geht die Zielsetzung einher, Möglichkeiten der politischen Einflussnahme bzw. Mitwirkung zu institutionalisieren; fokussiert werden die Entwicklung formaler Beteiligungsrechte sowie demokratische Entscheidungen. Gesetzlich zugesicherte Rechte zur Mitbestimmung, welche im Kollektiv und zumeist über ein Repräsentationsorgan wahrgenommen werden, sind unter dem Begriff der *verfassten Mitbestimmung* gefasst. (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 7)

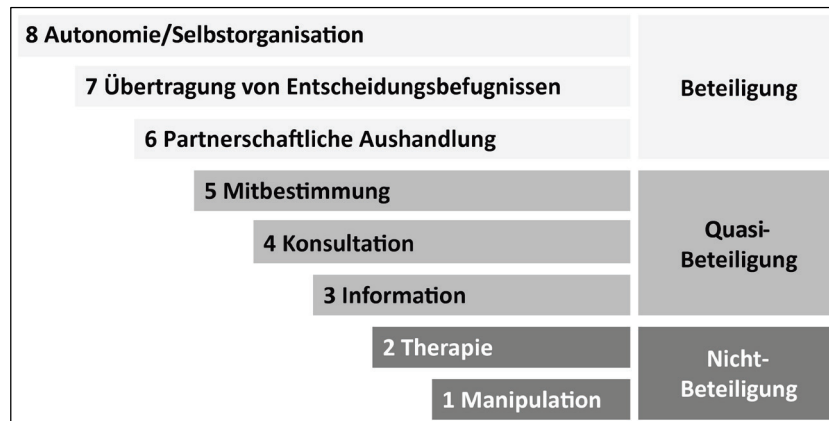
Der Begriff der Partizipation ist eine „allgemeine Bezeichnung für die Teilhabe und Teilnahme von (einfachen) Mitgliedern einer Gruppe, einer Organisation usw. an deren Zielbestimmung und Zielverwirklichung“ (Fuchs-Heinritz 1994: 489). Partizipation umfasst „alle möglichen Formen faktischer, nicht institutionalisierter und informeller Beteiligung“ (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 8). Gruppen bzw. Organisationsmitgliedern wird über Angebote zur Partizipation die Möglichkeit gegeben, am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken (vgl. Dippelhofer 2004: 2). Die unter Partizipation verstandene Teilnahme unterschiedlich betroffener Akteure (mit unterschiedlichen Standpunkten und Auffassungen) an politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht, dass Entscheidungen bzw. vereinbarte Handlungskonzepte demokratisch legitimiert werden (können). Abgezielt wird darauf – unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen beteiligter Personen bzw. Gruppen – einen Konsens zu finden. (Ditzel/Bergt 2013: 177)

Von *direkter Partizipation* kann gesprochen werden, wenn die eigenen Auffassungen ohne Mitwirkung eines institutionalisierten Organs der Interessenvertretung persönlich und aktiv kund gegeben werden (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 8).

Das Stufenmodell „A Ladder of Citizen Participation“ von Sherry Arnstein (1969) liefert einen wichtigen Beitrag dazu, den Begriff der Partizipation inhaltlich zu bestimmen. Hier wird Partizipation mit der Teilhabe an Entscheidungsmacht gleichgesetzt und gegenüber Prozessen des Informierens bzw. Erklärens bereits erfolgter Entscheidungen abgegrenzt. (Mayrberger 2013: 168) Hof/Carstensen/Schleiff (2013) haben – neben zahlreichen anderen Forschern – das Modell aufgegriffen und adaptiert (Übersicht 1). Das (adaptierte) Modell unternimmt eine Ordnung unterschiedlicher Ausprägungsformen von Partizipation in Stufen, die sich in Abhängigkeit von der jeweiligen Interaktionsform realisieren. Je nach Interaktionsform bzw. Partizipationsstufe verändert sich entsprechend die Wirksamkeit der Beteiligung am Prozess der Ent-

scheidungsfindung. Auf der höchsten Stufe (der Partizipation) steht die Realisierung von Autonomie und Selbstorganisation, auf der niedrigsten Stufe die Verwirklichung von Manipulation. (Hof/Carstensen/Schleiff 2013: 281)

Übersicht 1: Partizipationsstufen



Quelle: Hof/Carstensen/Schleiff (2013: 285) nach Arnstein (1969)

2.1.2. Erscheinungsformen und Klassifizierungen

Seit den 1960er Jahren ist die Partizipation Studierender ein beständiges Element des deutschen Hochschulsystems. Durch die zunehmende Integration von Prozessen der Qualitätsentwicklung und -sicherung (QES) – insbesondere als Folge der Bologna-Reformen – sind Partizipationsaktivitäten Studierender von zunehmender Bedeutung. Damit einhergehend sind für Studierende neue Möglichkeiten zu Teilhabe an organisationalen Entscheidungsprozessen entstanden, etwa durch die Einführung von Verfahren zur Evaluation und Akkreditierung, die Implementierung von zusätzlichen Gremien, Studiengangkommissionen und Arbeitsgruppen oder durch auf Partizipation ausgelegte Veranstaltungsformate. (Ditzel/Bergt 2013: 177; Venn 2013: 59)

Einer Beteiligung könne nach Ditzel/Bergt (2013: 180) nur dann partizipatorischer Charakter zugesprochen werden, „wenn zumindest eine Interaktion mit der Organisation intendiert ist“. Sie erachten vor allem jenes Engagement für die Interaktion zwischen Hochschule und Studierende als relevant, das eine Beteiligung an organisationalen Informations-, Kommunikations- und Entscheidungsprozessen zum Ziel hat. Zwar zielt Partizipation (im wesentlichen) auf Entscheidungsprozesse ab, beinhaltet allerdings ebenso zuvor genannte Prozesse. Informationsprozesse seien – Ditzel/Bergt nehmen hier Bezug auf Luhmann (2006) – als Entscheidungsgrundlage und Kommunikationsprozesse als Entscheidungsvorbereitung einzuordnen. Die Intensität der Beteiligung Studierender an diesen Prozessen sei für den Grad der Partizipation ebenso Kriterium, wie auch die von der Hochschule offerierten Beteiligungsmöglichkeiten. (Ebd.)

Unterscheiden lassen sich Partizipationsbestrebungen Studierender zum einen im Hinblick auf ihr Ausmaß an Organisation, zum anderen durch die Intensität der bzw. das Ausmaß an Beteiligung. Ditzel/Bergt (2013: 180) differenzieren auf dieser Basis zwischen

- Unterstützungsleistungen (bspw. Beratungen) für Kommilitonen, die nicht auf strukturelle Veränderungen abzielen,
- dem Angehen problematischer Zustände eher strukturellen Ursprungs mit dem Ziel ihrer Besserung, welchem entweder unmittelbar oder im Rahmen der Mitwirkung in Vertretungsorganen wie Fachschaften, der Verfassten Studierendenschaft oder Gremien nachgekommen wird sowie

- der Auseinandersetzung mit komplexen Themen der Hochschulpolitik, die – in Abhängigkeit vom Komplexitätsgrad – zum Teil langfristig und ressourcenaufwändig gestaltet ist und für gewöhnlich im Rahmen organisierter Strukturen wie Fachschaften, Verfasster Studierendenschaft und Gremien (oder aber auch temporär, etwa im Rahmen von Bildungsstreiks) stattfindet.

Bezugsebenen studentischer Partizipation

Es lassen sich drei wesentliche Bezugsebenen studentischer Partizipationsbestrebungen unterscheiden (Ditzel/Bergt 2013: 181):

- In der ersten Bezugsebene drehen sich die Partizipationsbestrebungen vordergründig um das Geltendmachen der eigenen Bedürfnisse und Wünsche hinsichtlich der Ausgestaltung des Lehr- und Lernprozesses sowie seiner personellen Besetzung und räumlichen Ausstattung.
- Im weiteren lässt sich eine Ebene definieren, auf der sich thematisch mit den bestehenden (Studien-)Bedingungen des Studiengangs bzw. des den Studiengang verantwortenden Instituts oder Departments auseinandergesetzt wird. Hier operieren insbesondere organisierte studentische Interessenvertretungen, wie die Fachschaften. Der Ebene sind etwa solche Partizipationsbestrebungen zuzuordnen, die auf eine Mitgestaltung der Prüfungs- oder Studienordnungen abzielen. Vielerorts haben auf dieser Ebene – als Reaktion auf die Bologna-Reformen – die Handlungsbefugnisse Studierender zugenommen.
- Eine weitere Ebene befasst sich mit übergreifenden Themen. Hier agieren organisierte, auf Partizipation abzielende Strukturen. Zu diesen zählen sowohl das exekutive als auch das legislative Organ der Verfassten Studierendenschaft: Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) sowie Studierendenparlament.

Politische Partizipation

Gemäß Bargel (2000: 5) ist das traditionelle „Herzstück“ studentischer Beteiligung die *politische Partizipation*. Unter ihr wird sowohl die durch die Hochschule institutionell den Studierenden zugestandene Teilhabe an Entscheidungen der Hochschulpolitik verstanden als auch aktives Teilnehmen Studierender an aus Eigeninitiative hervorgegangenen Handlungen und Diskursen, über die das Kollektiv betreffende Entscheidungen provoziert oder beeinflusst werden sollen. Unterscheiden lässt sich demnach im Bereich der politischen Partizipation zwischen

- institutionalisierten Partizipationsformen, zu denen die Beteiligung an Hochschulgruppen, Gremien und Ausschüssen zählt, sowie
- nicht-institutionalisierten Partizipationsformen, wie etwa ein Partizipieren über selbstinitiierte Arbeits- und Diskussionsgruppen oder im Rahmen politischer Aktionen.² (Dehnavie 2011: 43f.)

Klassifizierung studentischer Partizipationsneigungen

Aus ihren empirischen Untersuchungen zu den Ausmaßen studentischer Partizipation haben Ditzel/Bergt (2013: 183f.) eine Klassifizierung von Partizipationsneigungen Studierender vorgenommen. Demnach kann zwischen Studierenden differenziert werden, die (a) aktiv partizipieren, (b) ad-hoc partizipieren, (c) passiv partizipieren und (d) gar nicht partizipieren:

- (a) Das Engagement aktiv Partizipierender kennzeichne sich demnach durch starke intrinsische Motivation und ihre Persönlichkeit durch nach außen kommunizierte Hilfsbereit-

² Diese lassen sich im Weiteren zwischen illegitimen und legitimen Aktionsformen differenzieren (Dehnavie 2011: 43f.).

schaft und Aktivität. Für die Mitglieder ihrer Hochschule seien sie ob ihres alltäglichen Engagements und ihrer Aktivität in den organisierten Strukturen der studentischen Interessenvertretung als Ansprechpartner erkenntlich. Partizipation werde ihrerseits meist ein Wert an sich beigemessen.

- (b) Ad-hoc-partizipierende Studierende engagierten sich hingegen eher sporadisch aus Anlass besonderer Aktionen, die darauf abzielen, Aufmerksamkeit zu erregen – etwa Bildungsstreiks, Hochschul- oder Aktionstage. Ihre Beteiligungsbestreben erwachsen aus dem Willen bestimmte Vorhaben umzusetzen und konkrete Ziele zu erreichen. Ihre Sichtbarkeit für die Hochschule sei eher begrenzt.
- (c) Individuen mit passiver Partizipationsneigung zeigten lediglich dann Engagement, wenn aus der Beteiligung für sie ein konkreter Nutzen entspringt. Demnach ließen sie sich zwar extrinsisch motivieren und seien daher auch für die Hochschule greifbar. Von aufwändigeren Aktivitäten, die etwa eine Teilnahme an Evaluationsverfahren übersteigen, hielten sie sich jedoch für gewöhnlich fern.
- (d) Schließlich gebe es eine Gruppe von Studierenden, die für die Hochschule kaum sichtbar und für aktive Teilnahmen kaum zu gewinnen sei: Die Gruppe der nicht-partizipierenden Studierenden. Ihre Mitglieder legen ihre Aufmerksamkeit fast vollständig auf den eigenen Studienabschluss, die eigene Studienfinanzierung oder das Privatleben.

2.1.3. *Veränderte Gewichtung studentischer Ausdrucks- und Artikulationsweisen zur Hochschulentwicklung*

Aus der vorhandenen Fachliteratur zum Thema geht hervor, welche Ausdrucks- und Artikulationsweisen von Studierenden bevorzugt ausgewählt werden, um ihre eigenen Interessen zu vertreten. Etwa seien gemäß Bargel (2000: 6) Studierende an spontanen Initiativen und Bewegungen i.d.R. mehr interessiert, als an langfristigen und regelmäßigen Engagements in Organisationen und Gremien. Auch sei festzustellen, dass studentisches Interesse an informellen Arbeitsgruppen und Initiativen immer dann (besonders) hoch ist, wenn es sich um Initiativen zur Vertretung unmittelbarer Interessen in den Bereichen Karriere oder Berufseinstieg handelt. Der Stellenwert der Bereiche Solidarität, Chancenausgleich oder Ungleichheit habe hingegen (zumindest in den Jahren bis zur Jahrtausendwende) merklich abgenommen. Unkonventionellen Möglichkeiten die eigenen Bedürfnisse mitzuteilen, wie etwa Streiks, Demonstrationen, Besetzungen oder Boykotte, wird eine hohe Wirksamkeit zugesprochen (Dippelhofer 2004: 15; Sieh 2011: 35). Artikulation von Kritik im Rahmen von Flugblättern, Wandzeitungen, Demonstrationen oder Kundgebungen erhalte hingegen bloß wenig Akzeptanz, ebenso wie Lehrveranstaltungsboykotte sowie Institutsbesetzungen. Hohe Akzeptanz würden hingegen Diskurse zwischen Lehrenden und Studierenden sowie Auseinandersetzungen in studentischen Printmedien erfahren. (Dippelhofer 2004: 25)

2.2. **Warum ist studentische Partizipation wichtig?**

In der Regel sind sich Hochschulen der Relevanz studentischer Blickwinkel für die Definition und Lösung von Problemen der Hochschulpraxis bewusst. Dadurch, dass Studierende alltäglich mit Studium und Lehre konfrontiert werden, verfügen sie häufig über praktisches Expertenwissen zu Problemen des hochschulischen Alltags. 2005 erfolgte schließlich der Appell der Kultusministerkonferenz (KMK 2005: 7), über Landes- oder Hochschulsatzungsrecht die Gruppe der Studierenden verbindlich in die Evaluation der Lehre einzubeziehen.³

³ Exemplarisch wurde von der KMK hierbei auf die Veranstaltungsevaluation und die Bewertung der Lehr- und Prüfungsorganisation verwiesen (KMK 2005: 7).

2.2.1. *Studentische Partizipation als Kriterium für die Qualitätssicherung*

Die Entwicklung der Organisation Hochschule unterliegt wesentlich der Entscheidungsmacht ihrer professoralen Mitglieder sowie Mechanismen der Selbststeuerung und -kontrolle. Es wird organisationstheoretisch jedoch angenommen, dass darüberhinausgehende Partizipation Bildungseinrichtungen in ihrer qualitativen Entwicklung zu Gute kommen kann. Für die Organisation Hochschule erweise es sich etwa als produktiv, wenn ihre Steuerung über gewisse Unsicherheitszonen⁴ verfüge. Demnach gingen mit Freiräumen für Hochschulmitglieder zur persönlichen Entfaltung Nutzen für die Funktionalität der Organisation einher. (Friedrichsmeier/Wannöfel 2010: 8, 15f.)

Lippert (2005: 49ff.) rät zur Orientierung an den in der Wirtschaft zu beobachtenden Managementstrukturen: Reine Top-Down-Steuerungsmodelle seien dort als wenig erfolgversprechend beschrieben worden – zumindest immer dann, wenn die Motivation der Beschäftigten ein Kriterium für die Produktivität darstellt. Auch für Hochschulleitungen sei die Unterstützung ihrer Mitglieder unabdingbar: Zum einen sei es aufgrund der hohen Relevanz der Entscheidungen für Politik und Gesellschaft bedeutsam, die unmittelbar Betroffenen in Entscheidungen der Hochschulentwicklungsplanung bzw. -steuerung einzubinden. Zum anderen erfordere auch der hohe Komplexitätsgrad von Entscheidungen – die Qualitäten, Ausrichtung und Entwicklungswege der Hochschule betreffen – eine Beteiligung der Organisationsmitglieder.

Qualitäten einer Hochschule festzulegen, unterliege normativen Entscheidungen und könne sich nicht auf Objektivität oder Neutralität ergründen. Damit allen Hochschulmitgliedern ermöglicht werden kann, ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht zu werden, seien sie in Entscheidungen bezüglich der Qualitäten der Hochschule einzubinden. „Qualität muss gemeinsam von allen Hochschulmitgliedern bestimmt werden“ (Lippert 2005: 51f.).

Dafür seien Strukturen notwendig, die es der Gruppe der Studierenden ermöglichen, gemeinsam mit anderen unmittelbar betroffenen Gruppen demokratische Entscheidungen zu treffen. Hochschulentwicklung und Qualitätssicherung erfordern demnach Demokratisierung. Hierbei stellten Studierende „weder Mittel noch Mittelpunkt von Qualitätsmanagement“ dar, sondern „gemeinsam mit allen Betroffenen Subjekt von Qualitätssicherung und Hochschulsteuerung und -entwicklung“ (ebd.: 55). Eine Konzeptualisierung der Studierenden als Kunden, deren Zufriedenheit als Legitimation für die Umsetzung des Managements der Hochschule herangezogen wird, sei hingegen nicht zu empfehlen. Aus einer zwischen mehreren Gruppen ausgetragenen Aushandlung resultiere letztlich ein reiferes Produkt, als aus der alleinigen Entscheidung eines Einzelnen (bzw. einer einzelnen Statusgruppe). (Ebd.)

2.2.2. *Demokratisches Verständnis von Hochschulen*

Verwiesen wurde bereits darauf, dass sich die politische Partizipationsnorm als wesentlicher Bestandteil demokratischer Strukturen bzw. Staatsformen zu sehen ist. Das Verständnis von Demokratie beruht auf der Vorstellung, dass sich alle Mitglieder der entsprechenden organisatorischen Struktur aktiv in die Prozesse zur organisationalen Entscheidungsfindung einbringen (können). Damit sich gelebte Demokratie an Hochschulen entwickeln könne, sei es demnach notwendig, dass sich auch Studierende aktiv in das Hochschulgeschehen einbringen. Ein grundsätzliches Interesse Studierender an Themen allgemeiner Politik und Hochschulpolitik würden dafür vorausgesetzt. (Vgl. Dippelhofer 2015: 157)

Anforderungen von Gesellschaft und Wirtschaft im 21. Jahrhundert verlangen soziale und demokratische Hochschulen. Den Anspruch Mitbestimmung und Partizipation auszuweiten, un-

⁴ Gemeint sind hiermit Möglichkeiten, um von offiziellen Strukturvorgaben abzuweichen (vgl. Friedrichsmeier/Wannöfel 2010: 16).

termauert das *Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule*, welches durch ein Expertengremium von Wissenschaftler:innen für die Hans-Böckler-Stiftung ausgearbeitet wurde.⁵ Es nimmt an, dass sich die Qualität von Hochschulen davon abhängig zeigt, inwiefern bzw. wie stark partizipative Prozesse innerhalb ihrer demokratischen Strukturen ausgeprägt sind (HBS 2010: 35). Gemäß dem Leitbild werden demokratische Teilhabe und Partizipation aller Hochschulmitglieder vorausgesetzt, damit

- Hochschulen ihrer Verantwortung (gegenüber Gesellschaft und ihrer eigenen Entwicklung) gerecht werden können, die daraus erwächst, dass sie durch Steuergelder finanziert und ihnen Wissenschaftsfreiheit gewährt werden, sowie
- Wissenschaftler:innen gegenüber der Öffentlichkeit ihrer Verpflichtung, selbstkritisch bezüglich Ziele, Inhalte, Ergebnisse und Folgen ihrer Forschung und Lehre zu informieren, in angemessener Form nachkommen können. (Ebd.: 9)

Dem Leitbild nach sind soziale und demokratische Hochschulen als Träger der Wissenschaftsfreiheit angehalten, die Selbst- und Mitbestimmungsrechte ihrer Hochschulmitglieder zu respektieren und zu erweitern (ebd.: 31). Wissenschaftsfreiheit impliziere Verantwortung für gesamtgesellschaftliche Entwicklungen sowie das Erbringen von Beiträgen „zu einer humanen, toleranten und vernunftgeleiteten sozial gerechten, friedlichen und demokratischen Welt“ (ebd.: 11). Legitimation erhalte sie durch die Autonomie demokratischer und sozialer Hochschulen – die ohne Partizipation wiederum nicht nur schwer vorzustellen sei.

Gestärkt werde die Autonomie von Hochschulen durch eine gesetzlich bzw. per Satzung verankerte akademische Selbstverwaltung, die kontrollierend und beratend tätig ist. Ebenfalls wirke autonomieverstärkend, über eine mit verbindlichen Mitwirkungsmöglichkeiten ausgestattete, gesetzlich verankerte Studierendenvertretung, über Personalräte zur Interessenvertretung der Beschäftigten sowie über Beauftragte für benachteiligte Gruppen zu verfügen. Solch Strukturen wird ebenfalls zugesprochen, sich positiv auf die Qualität von Lehre und Forschung auszuwirken, da sie wissenschaftsrelevanten Austausch fördern und die Zielsetzungen der Hochschule zum Identifikationsgegenstand machen. (Ebd.: 32)

Ein Angebot moderner Formen der Mitbestimmung und Partizipation erweise sich gemäß dem Leitbild als wirksam, um

- Hochschulmitglieder zu motivieren,
- ihre Identifikation mit den Zielen der Hochschulentwicklung zu erhöhen,
- Innovativität und Lehr- und Forschungsqualität zu bekräftigen,
- Hochschulmanagement und -verwaltung effektiver zu gestalten sowie
- Produktivität und Unternehmergeist der Hochschule nachhaltig zu stärken. (Ebd.: 11)

2.2.3. *Funktion der Hochschule als Bildungs- und Sozialisationsinstanz*

In Gesellschaften mit demokratischen Strukturen ist die Bildung eines politischen Bewusstseins der jungen Generation von großer Bedeutung. Aufgrund ihrer Funktion als Instanz zur Bildung und Sozialisation junger Individuen der Hochschule zugesprochen, ein geeigneter Ort für politische Partizipation und die Entwicklung politischen Bewusstseins zu sein. (Dehnavi 2011: 43) Insofern lassen sich Hochschulen (1) als politische Orte kennzeichnen, die (2) auf die Vermittlung von Kritikfähigkeit, den Erwerb der Kompetenz konstruktiven Handelns sowie (3) die Sozialisation Studierender zu mündigen Staatsbürgern zielen.

⁵ Das Leitbild wurde von einer 18-köpfigen Projektgruppe unter der Leitung von Wolf Jürgen Röder angefertigt. Grundlegend hierfür waren die Ergebnisse von zahlreichen – zuvor durch die Projektgruppe veranlassten – Expertisen zu hochschulpolitischen Themen. Für nähere Informationen zu dem Projekt siehe HBS (2010: 3).

(1) Die Verantwortung von Hochschule und ihrer Mitglieder gegenüber der Gesellschaft äußert sich durch ihre Verpflichtung, Rechenschaft zu der Praxis in Lehre und Forschung abzulegen. Ihre Mitglieder sind nicht bloß angehalten, ihre eigenen Interessen zur Geltung zu bringen. Ebenso sind sie mit der Aufgabe konfrontiert, sich mit den Ansprüchen der Gesellschaft auseinanderzusetzen, diese zu verändern und zur gesellschaftlichen Entwicklung einen Beitrag zu leisten. Die Hochschule sei demnach als politischer Ort zu verstehen, der durch partizipatorische Prozesse und Prägungen gekennzeichnet ist. Ein Definieren hochschulischer Entwicklungsziele sowie angestrebter Qualitäten sei aufgrund dieses komplexen Verhältnisses zwischen Hochschule und Gesellschaft ohne Berücksichtigung der Angelegenheiten des Gemeinwesens bzw. der Politik nicht möglich. (Lippert 2005: 47, 49)

(2) Belegen lässt sich durch die bis heute fortwirkenden, durch den akademischen Nachwuchs der 1968er-Generation mitgestalteten Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen, dass ein ausgeprägtes Bewusstsein für Politik weitreichende (und die Institution der Hochschule überschreitende) gesellschaftliche Prozesse in Gang setzen kann. Aufgrund des Umstandes, dass gesellschaftliche Machtpositionen überdurchschnittlich häufig durch Hochschulabsolvent:innen besetzt werden, erweise es sich als sinnvoll, wenn in der Hochschule Kompetenzen vermittelt werden, die als Handwerkszeuge für eine kritische und aktive Mitgestaltung der Gesellschaft dienen können (Dippelhofer 2004: 1). Im Rahmen der siebten Bologna-Folgekonferenz, der Ministerkonferenz vom 26./27. April 2012 in Bukarest, erklärten die Ministerinnen und Minister für Bildung der teilnehmenden Staaten Hochschulbildung als „einen offenen Prozess, der den Studierenden nicht nur fachliche und Schlüsselkompetenzen vermitteln, sondern sie darüber hinaus zu selbstbewussten und kritischen Menschen heranbilden soll“ (BMBF 2015: 5f.).

(3) Mit der Entfaltung des politischen Bewusstseins Studierender gehe (auch) die Zielsetzung einher, in demokratischen Strukturen bzw. im demokratischen Staat mündige Bürger hervorzubringen. Dieser bedürfe es für eine aktive und politisch verantwortungsbewusste Mitgestaltung von Entwicklungsprozessen. Dazu seien die Bürger:innen so früh wie möglich mit den demokratischen Prinzipien vertraut zu machen. Die politische Bildungsarbeit aller Bildungseinrichtungen sei demnach in der Pflicht, womöglich vorhandene Aversionen zu thematisieren und Ungereimtheiten bezüglich den Wirkungszusammenhängen zwischen den unterschiedlichen Elementen eines demokratischen Systems aufzulösen. So könne Unverständnis gegenüber staatlicher Institutionen abgebaut und damit grundsätzlich ablehnende Haltungen gegenüber partizipativen Aktivitäten vorgebeugt werden. Um Individuen zu mündigen und moralisch verantwortungsvoll handelnden Mitgliedern der Gesellschaft auszubilden, setze einen langwierigen Prozess des Lernens und der Sozialisation voraus. Für diesen biete die Institution Hochschule strukturell gute Voraussetzungen. (Dippelhofer 2004: 6f.)

2.3. Empirische Befunde zur Entwicklung studentischer Partizipation

Trotz des zunehmend höheren Stellenwerts von Prozessen der QES sowie dem vermehrten Aufkommen von studentischen Partizipationsmöglichkeiten, lässt sich eine Zunahme der Distanz Studierender zu partizipativen Angeboten feststellen. In den Hochschulen steht der in den zurückliegenden Jahren konstant hohen Nachfrage nach Mitbestimmung eine (tatsächliche) Abnahme des Engagements in klassischer Gremienarbeit der Hochschulpolitik bzw. der akademischen Selbstverwaltung gegenüber. Untersuchungsergebnisse, mit denen sich dieser Umstand erklären ließe, sind bisher nur spärlich vorhanden. (Ditzel/Bergt 2013: 177; Venn 2013: 59, 68)

2.3.1. *Bedeutungsverlust politischer Partizipation*

Um Hinweise dahingehend zu gewinnen, was Studierende motiviert, die Hochschule als gemeinsamen Lebensraum einzuordnen und aktiv mitzugestalten, kann es sich als zielführend

erweisen, das politische Partizipationsverhalten von Studierenden zu betrachten (Sieh 2011: 35). Politisches Interesse Studierender lässt sich differenzieren in die Bereiche:

- allgemeinpoltisches Interesse,
- Interesse an hochschulpolitischen Themen und
- Interesse an studentischen Belangen (Dippelhofer 2004: 15).

Um Informationen zu dem Interesse Studierender an allgemeinpoltischen Geschehnissen zu erhalten, hat Dippelhofer (2015: 148f.) repräsentative Studierendensurveys ausgewertet: Während im Jahr 1993 noch jeder zweite Studierende angab, an allgemeinpoltischen Themen „sehr stark“ interessiert zu sein, erteilten die gleiche Auskunft im Jahr 2010 nur noch vier von zehn Studierenden. Ein grundsätzliches Interesse an allgemeinpoltischen Themen sei allerdings nach wie vor vorhanden. Weniger attraktiv für Studierende seien hingegen hochschulpolitischen Themen und studentische Politik. So gab nur jeder zehnte befragte Studierende an, außerordentlich an Themen studentischer Politik interessiert zu sein. Von 1998 bis zum Jahr 2004 hätten hochschul- und studentenpolitische Themen zwar einen Interessenzuwachs zu verzeichnen, in den Jahren danach sei dieser jedoch wieder abgeflacht.

Bargel (2000: 5ff.) hatte bereits vor zwei Jahrzehnten konstatiert, dass der Bereich der politischen Partizipation sich zunehmend einem Bedeutungsverlust ausgesetzt sieht. Die Auswertung der Ergebnisse des Studierendensurvey 1983–2016 der AG Hochschulforschung (dazu Multus et al. 2017: 80ff.) bekräftigen dieses:

- Zwar geht aus ihnen hervor, dass der Anteil der Studierenden mit starkem allgemeinpoltischen Interesse im Jahr 2016 mit 41 Prozent höher lag als noch drei Jahre zuvor. Jedoch zeichnete sich in den Jahren zuvor eine rückläufige Tendenz ab: Nachdem 2001 noch 45 Prozent der Studierenden angaben, stark am politischen Geschehen interessiert zu sein, taten dieses die anschließenden Jahre immer weniger – welches im Jahr 2013 schließlich in einen Umfragewert von 32 Prozent mündete.
- Das Interesse an studentischer Politik ist noch geringer: Im Jahr 2001 waren es acht Prozent, bei der letzten Befragung im Wintersemester 2015/16 nur noch fünf Prozent der Studierenden, die kundgaben, sich für studentische Politik zu interessieren.

Diese geringen Werte spiegeln sich auch in der niedrigen Motivation wider, sich an studentischen Gruppen und Hochschulgremien zu beteiligen: 65 Prozent der Studierenden gaben im Jahr 2016 an, keinerlei Interesse daran zu haben, in einer politischen Studierendenvereinigung tätig zu werden.

Als Gründe für solche Trends lassen sich zwei benennen: ein gering ausgeprägtes Selbstbewusstsein für eigenständige studentische Politik sowie der Rückzug Studierender aus der Verantwortung für die politische Entwicklung der eigenen Hochschule. Außerpolitische Bereiche, wie Familie, Partnerschaft und Freundschaften, hätten hingegen in den zurückliegenden Jahren für Studierende an Bedeutung gewonnen. Gleichwohl bilde das vorhandene (wenn auch geringe) politische Interesse Studierender eine hinreichende Basis für das demokratische System. (Dippelhofer 2015: 148, 157)

2.3.2. *Geringes Interesse an der Mitwirkung vs. studentische Erwartungen an die Verfasste Studierendenschaft*

Dippelhofer (2004: 23) erkennt darin, wie Studierende ihr partizipatorischen Ausdrucksweisen auswählen, ein Muster: „Je offizieller und politischer die Gruppen klingen, desto abgeneigter zeigen sich die Immatrikulierten, aktiv zu werden“. Für die Mitwirkung in Gremien oder AstA bedürfe es eines besonderen Interesses an studentischer Politik. Von Mitte der 1980er bis zum Jahr 2000 seien sowohl das Interesse als auch die aktive Beteiligung an der Studierendenvertretung konstant auf einem niedrigen Niveau geblieben. Lediglich fünf bis sechs Prozent

der Studierendenschaft hätten sich über den AStA engagiert – der Großteil von ihnen nur sporadisch. Zu beobachten sei außerdem, dass von Seiten studentischer Vertretungen in zunehmendem Maße Beschwerden laut werden, dass es ihnen an verlässlichen Mitstreiter:innen fehlt (Ditzel/Bergt 2013: 182).

Trotz einer konstatierten Gleichgültigkeit gegenüber den Prinzipien demokratischer Systeme bei einer bemerkenswerten Anzahl Studierenden äußere die Mehrheit aller Studierenden ausdrücklich ihr Verlangen nach einer politischen Vertretung ihrer Interessen. Durchaus präzise werde auch zum Ausdruck gebracht, welche Aufgaben entsprechende Vertretungsorgane wahrnehmen sollten (Dippelhofer 2015: 156):

- Zentral ist die Forderung an die studentische Interessenvertretung, auf eine Verbesserung des unmittelbaren Studiums hinzuwirken. Dazu werden Aspekte wie Studienbedingungen, Lehrqualität, Prüfungsbedingungen, Studieninhalte und Studienberatung sowie Studienhilfe gezählt.
- Für soziale Fragen wie die der Wohnungssuche oder jene der Herstellung von Kontakten wird seitens der Studierenden kein Unterstützungsbedarf gesehen. Größere Aufmerksamkeit sollte hingegen der Frage zuteilwerden, wie ausländische Studierende besser unterstützt werden könnten. Andere Themenbereiche, wie etwa die Benachteiligung von Frauen oder allgemeine soziale Fragen, wurden hingegen weniger stark als Aufgaben der Studierendenvertretungen eingeordnet.

2.4. Einflussvariablen und Bedingungen studentischer Partizipation

Die traditionelle Vorliebe Studierender für wenig organisierte und informelle Partizipationsmöglichkeiten findet seit mehreren Jahrzehnten auch Ausprägung im Partizipationsverhalten der Gesamtgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Seit den 1990er Jahren haben sich sowohl die Formen der Partizipation als auch die Bereitschaft zur politischen Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wesentlich verändert. Politische Parteien bzw. formale und organisierte Strukturen zur politischen Partizipation kennzeichnen seit einigen Jahren abnehmende Zulaufzahlen. Informelle Kanäle zur politischen Partizipation erfreuen sich hingegen zunehmender Beliebtheit. Begünstigt würden diese neue Formen der formal weniger organisierten Beteiligung vor allem durch das Vernetzungspotenzial des Internets. (Sieh 2011: 30f.)

Der vergleichsweise große Anklang, den nicht-traditionelle Partizipationsformen und -kanäle finden, ist u.a. in der zunehmenden Heterogenität der Studierendenschaft begründet. Diese äußert sich in unterschiedlichen Bereichen, etwa dem Studierendenalter, der Studienfinanzierung, dem anvisierten Studienabschluss oder der differenzierten Fokussierung auf das Studium. Als eine Folge der Heterogenisierung wird die strukturelle Abnahme an Solidarität innerhalb der Gruppe der Studierenden gesehen. Dieses wiederum wirke sich negativ auf die studentische Partizipationsbereitschaft aus (Ditzel/Bergt 2013: 81).

Die Partizipationsbereitschaft Studierender sowie die Auswahl ihrer Partizipationsformen werden beeinflusst durch unterschiedliche Faktoren. Diese lassen sich ordnen in

- Faktoren, die die Persönlichkeit der Studierenden betreffen (insbesondere im Hinblick auf Werthaltungen),
- soziodemographische Merkmale der Studierenden,
- Merkmale der organisatorischen Gestaltung der an der Hochschule zugestandenen Partizipationsmöglichkeiten für Studierende sowie
- die Institution Hochschule sowie den Arbeitsmarkt(zugang) für Hochschulabsolventen betreffende Rahmenbedingungen.

2.4.1. *Persönlichkeitsbezogene Faktoren*

Verbreitet ist die Annahme, dass sich der Rückzug Studierender aus Prozessen der Partizipation auf den Rückgang altruistischer und ideell motivierter Haltungen zurückführen lasse. Die Empirie brachte jedoch Ergebnisse hervor, die Zweifel an dieser Annahme wecken. Sieh (2011: 40) konnte etwa zeigen, dass sich die Bereitschaft von Studierenden in der ersten Studienphase, anderen helfend zur Seite zu stehen und zu einer Verbesserung des Allgemeinwohls beizutragen, seit 1995 erhöht hat. Einigkeit scheint dahingehend zu bestehen, dass Merkmale der Persönlichkeit Studierender sich auf ihr Partizipationsverhalten auswirken (können). Die vorhandene Fachliteratur zu dem Thema liefert einige Hinweise:

■ *Interesse an Mitgestaltung und Veränderung:* Allgemeiner Konsens besteht etwa dazu, dass Partizipations- oder Beteiligungsbereitschaft immer das Vorhandensein von Interesse voraussetzt (Dippelhofer 2004: 15). Das Verlangen danach, sich zu verändern bzw. sich weiterzuentwickeln, sei für die Bereitschaft, sich aktiv zu beteiligen, ebenfalls ausschlaggebend. Während die vergleichsweise hohe Partizipationsbereitschaft engagierter Studierender für gewöhnlich auf intrinsische Motive zurückgehe, erwachse das Bedürfnis nach Veränderung bei bislang wenig engagierten Studierenden in der Regel aus Unmut gegenüber ihrer persönlichen Studiensituation. Einen beeinträchtigend auf die Partizipationsbereitschaft wirkenden Faktor stelle dar, dass engagierte Studierende von wenig engagierten Studierenden häufig als Selbstdarsteller:innen oder extrovertierte Persönlichkeiten wahrgenommen werden. (Ditzel/Bergt 2013: 180)

■ *Ausdauerfähigkeit:* Hochschulpolitische Themen sind komplex. Sie schließen regionale Belange des Hochschulstandorts sowie gesamtgesellschaftliche Aspekte mit ein und überschreiten die jeweiligen Fachgrenzen. Ein hochschulpolitisches Engagement Studierender verlange daher häufig eine intensive und langfristige Beteiligung. Erfolge aus dieser Tätigkeit seien jedoch in der Regel erst spät sichtbar. Partizipierende Studierende sollten daher über ein hohes Maß an Ausdauerfähigkeit verfügen. (Ditzel/Bergt 2013: 180)

■ *Politisches Interesse:* Der Bedeutungsverlust politischer Partizipation gehe auf eine Abnahme des Stellenwerts von Politik und öffentlichem Leben für die Lebenswelt der Studierenden zurück sowie darauf, dass dieser Bereich „seit jeher wenig relevant“ (Dippelhofer 2015: 148) sei. Das verbreitete Desinteresse Studierender an Hochschulpolitik und studentischer Politik resultiere daraus, dass die Hochschule – anders als noch vor ein paar Jahrzehnten – weniger den Lebensmittelpunkt der Studierenden bilde. Dieses ließe sich teilweise mit der Granularisierung der Studentenrolle begründen (Bargel 2000: 2ff.). Diejenigen Studierenden, die ein hohes Interesse an hochschulpolitischen Themen zeigen, verfügen gegenüber der Gruppe der hochschulpolitisch desinteressierten Studierenden in der Regel auch über ein größeres Interesse an der Arbeit von Fachschaften, studentischer Selbstverwaltung, informellen Aktionsgruppen, offizieller Selbstverwaltung und politischen Vereinigungen. Auch besteht bei ihnen eine erhöhte Bereitschaft, in den genannten Feldern selbst aktiv zu werden. Einer Mitwirkung in Gremien und (formellen) Arbeitsgruppen stehen sie ebenfalls offener gegenüber als ihre hochschulpolitisch desinteressierten Kommilitonen. (Dippelhofer 2004: 27; Dippelhofer 2015: 148)

■ *Politische Selbstverortung:* Aus der politischen Selbstverortung Studierender lassen sich Rückschlüsse hinsichtlich ihrer Partizipationsbereitschaft ziehen. Eine Untersuchung (Dippelhofer 2004) kann belegen: Das größte Interesse für hochschulpolitische Themen bringen Studierende auf, die im politischen Spektrum der politischen Linken zuzuordnen sind.⁶ Dazu zählen Anhänger marxistisch-kommunistischer, grün-alternativer sowie sozialdemokratischer Überzeugungen. Nicht nur verfügen sie im Vergleich aller Studierenden über das höchste Interesse an Hochschulpolitik, sie engagieren sich auch häufiger und bringen vermehrt eigene

⁶ Je „linker“ sich Studierende im politischen Spektrum verorten, desto höher sei auch das kundgegebene hochschulpolitische Interesse (Dippelhofer 2004: 54f.).

Anregungen hervor. Dass ein Engagement in der Hochschul- oder studentischen Politik wiederum auch die politische Selbstverortung der Studierenden beeinflusst, müsse allerdings ebenfalls angenommen werden. (Dippelhofer 2004: 52ff.)

■ *Nutzererwartungen an das Studium:* Im weiteren deuten die Untersuchungsergebnisse auf einen Zusammenhang zwischen erwartetem Nutzen des Studiums und Interesse an der Hochschulpolitik hin: Studierende, die eher instrumentell-materialistische Erwartungen mit dem Abschluss ihres Studiums verknüpfen, seien etwa vergleichsweise schwach hochschulpolitisch engagiert. Studierende, die ihre Studienerwartungen hingegen mit sozialen und altruistischen Zielen verknüpfen – etwa der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts oder die Exploration alternativer Lebensformen – seien hingegen für hochschulpolitische Themen aufgeschlossener. Zudem würden sie sich engagierter zeigen und seien liberaler gegenüber unterschiedlichen Artikulationsweisen eingestellt. Im Umkehrschluss sei jedoch ebenfalls anzunehmen, dass sich eine politische Betätigung auch auf die Studienorientierung auswirkt und diese in eine sozialere Richtung lenkt. (Ebd.: 48, 54)

2.4.2. *Soziodemographische Merkmale der Studierenden*

Soziodemographische Merkmale lassen sich ebenfalls als Einflussgrößen auf die Partizipationsbereitschaft und das hochschulpolitische Interesse der Studierenden einordnen:

■ *Geschlecht:* Die Untersuchungsergebnisse von Dippelhofer (2004: 43, 54) verweisen darauf, dass Studierende weiblichen Geschlechts gegenüber ihren männlichen Kommilitonen durchschnittlich ein höheres Interesse an Hochschulpolitik und studentischer Politik aufbringen. Auch würden sie Aufgaben studentischer Interessenvertretung präziser wiedergeben können und seien gegenüber neuen Artikulationsformen vergleichsweise offener eingestellt. Die Bereitschaft, selbst aktiv zu werden bzw. sich zu engagieren, sei hingegen bei männlichen Studierenden ausgeprägter.

■ *Bildungsherkunft:* Auch die Bildungsherkunft sowie der berufliche Background des Elternhauses beeinflussen die Partizipationsbereitschaft von Studierenden. So sei bei Studierenden aus sozioökonomisch benachteiligten Elternhäusern im Vergleich zu Studierenden aus sozialökonomisch besser aufgestellten Elternhäusern das Interesse an Hochschulpolitik geringer. Ebenso falle es ihnen durchschnittlich schwerer, die Aufgaben von Studierendenvertretungen zu benennen. Gegenüber unkonventionellen Artikulationsformen seien sie hingegen aufgeschlossener als ihre Kommilitonen aus privilegierten Elternhäusern. (Ebd.: 45, 54)

■ *Erwerbstätigkeit und zeitliche Ressourcen:* Hinsichtlich des Zusammenhangs von Erwerbstätigkeit und Partizipationsneigung bei Studierenden ist die Ergebnislage bisweilen nicht eindeutig. Einerseits belegen Untersuchungsergebnisse, dass Studierende, die über keine finanzielle Absicherung verfügen und neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen (müssen), ein deutlich größeres Interesse an Hochschulpolitik aufweisen, sich häufiger aktiv beteiligen und gegenüber neuen Artikulationsformen offener eingestellt sind, als Studierende, die finanziell abgesichert sind oder neben dem Studium keiner beruflichen Tätigkeit nachgehen (müssen) (ebd.: 43, 54). Andererseits wirke die Knappheit zeitlicher Ressourcen – die sich u.a. in der Zunahme von Nebentätigkeiten begründet – auf die Umfänge studentischer Partizipationsaktivitäten limitierend (vgl. Venn 2013: 68). „Die Studierenden wirken einfach weniger an der Hochschule mit, weil sie seltener da sind“ (Bargel 2000: 2). Gemäß Sieh (2011: 33) sei auch die Einführung der Bologna-Studiengänge Ursache der Zeitknappheit Studierender. Demnach fehle es Studierenden aufgrund überfüllter Stundenpläne an freien Zeitfenstern, um außercurricular zu partizipieren. Ursächlich seien dafür etwa hohe Prüfungsdichten, die Integration von Anwesenheitszeiten als Prüfungsleistungen sowie durch Modulhandbücher und Prüfungs- bzw. Studienordnungen vorgegebene Studienverläufe (Ditzel/Bergt 2013: 181).

2.4.3. Organisatorische Strukturen der Hochschule

Die Motivation Studierender partizipativ aktiv zu werden, wird wesentlich durch die rechtlichen und organisatorischen Regelungen der Hochschule bestimmt. Häufig werden sie als einschränkend wahrgenommen. Dippelhofer (2004: 57) kritisiert, es fehle organisational an dem notwendigen politischen Willen, auf die Bildung eines demokratischen Bewusstseins aktiv hinzuwirken und die Kritikfähigkeit Studierender gegenüber hochschulischen bzw. gesellschaftlichen Entwicklungen hinreichend zu fördern. Es lassen sich (zumindest) vier Felder identifizieren, in denen organisatorische Strukturen einschränkend auf die Motivation Studierender für partizipative Aktivitäten wirken:

■ *Transparenz von Partizipationsmöglichkeiten und Gremienarbeit:* Bei Studierenden nicht vorhandenes Wissen zu bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten beeinflusse ihre Partizipationsbereitschaft sowie Artikulationsformen wesentlich. Fehlt Studierenden die Kenntnis von Partizipationsmöglichkeiten, können sie diese folglich auch nicht wahrnehmen. Oft sei Studierenden nicht hinreichend transparent, welche Arbeiten hochschulische Gremien verrichten und über welchen Stellenwert sie verfügen. Erschwerend komme hinzu, dass Politik sowie Abläufe und Strukturen der Organisation für Personen ohne kontextuelle Erfahrungswerte nur schwierig nachzuvollziehen sind. (Ditzel/Bergt 2013: 181f.)

■ *Aufgabenüberlastung studentischer Gremienmitglieder:* Einem gremienerfahrenen Studierendenvertreter zufolge liege die Ursache niedriger Partizipationszahlen auch darin, dass Studierende, die sich zur Annahme eines Gremienamtes entscheiden, mit Aufgaben überfrachtet werden (zit. bei Burchard 2015). Auch können sich kompetenzschwache studentische Amtsträger:innen nicht immer der Akzeptanz der Hochschullehrer:innen erfreuen (Burchard 2015). Der AstA der Goethe-Universität Frankfurt a.M. verweist etwa darauf, dass fehlende inhaltliche Kompetenz oftmals eine Hürde in der Gremienarbeit darstelle – da es einfach an der notwendigen Argumentationsstärke fehle (Goethe-Universität 2016c: 2). Zudem wirke die dominierende Stellung der Professor:innen innerhalb der Gremien demotivierend auf die Studierenden (Burchard 2015). Um studentische Gremienmitglieder für solche Herausforderungen angemessen zu wappnen, sei – so die LandesAstenKonferenz Berlin (LAK) – studentischen Gremienmitgliedern Kompetenzschulungen anzubieten (AG Demokratische Hochschule 2019: 16).

■ *Einflusschancen für Studierende:* Die Bereitschaft, politisch zu partizipieren, sei bei Studierenden gemäß Hoffmann-Lange (2020: 220) auch von den offerierten Chancen abhängig, über eine Beteiligung tatsächlich politisch Einfluss zu nehmen. Diese Chancen würden zumeist als wenig veränderbar und nicht erweiterbar wahrgenommen. Der Wert formal höherer Bildungsabschlüsse für eine politische Einflussnahme bzw. für die politische Beteiligung verliere somit – ob der fortwährenden Bildungsexpansion – gewissermaßen an Bedeutung. Zudem lässt sich belegen: Werden aus Anregungen sich beteiligender Studierender keine Maßnahmen ergriffen und folgen auf das Einbringen von Vorschlägen in der Regel lediglich „aufbauende Worte“ (Dippelhofer 2004: 15), so wirkt sich dieses in der Regel negativ auf die Partizipationsbereitschaft aus (ebd.).

■ *Organisation der Studierenden-Lehrenden-Beziehung:* Die Kopplung von Studierenden an die Strukturen der Hochschule sowie den vorhandenen partizipativen Möglichkeiten sei in der Regel „eher lose“ (Ditzel/Bergt 2013: 184), wodurch für das Zustandekommen von aktiver Partizipation eher ungünstige Voraussetzungen bestehen. Mitverantwortlich dafür sei etwa ein Mangel an Ansprechpartner:innen sowie die in einigen Fächern vorherrschende große soziale Distanz zu den Lehrenden (ebd.). Ausschlaggebend für eine geringe Bindung, Integration und Anteilnahme Studierender sei, dass Hochschulen von vielen Studierenden als „anonyme Betriebe“ (Bargel 2000: 2) wahrgenommen werden (Ditzel/Bergt 2013: 184).

2.4.4. Weitere Einflüsse

Es gibt Hinweise auf eine Reihe weiterer Umstände mit Wirkung auf die Partizipationsbereitschaft bzw. das Partizipationsverhalten von Studierenden. Nennen lassen sich etwa die Hochschulart, die Fächerkulturen und die Bewertung von Hochschulabschlüssen im Beschäftigungssystem:

■ *Hochschulart*: Dippelhofer (2004: 33ff.) hat das Partizipationsverhalten von Studierenden an Fachhochschulen mit dem Studierender von Universitäten verglichen. Es konnte festgestellt werden, dass Fachhochschul-Studierende ein höheres Interesse an Hochschulpolitik und studentischer Politik aufbringen sowie eine grundsätzlich größere Bereitschaft für außercurriculares Engagement aufweisen. Universitätsangehörige benannten hingegen präziser die Aufgaben studentischer Vertretungen und wiesen gegenüber nicht-traditionellen Artikulationsformen eine höhere Akzeptanz auf.

■ *Fachkultur des Studienfaches*: Ergebnisse von Studierenden surveys verweisen immer wieder auf fachspezifische Unterschiede im Hinblick auf die Partizipationsbereitschaft Studierender. Etwa weisen Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass Student:innen sozialwissenschaftlicher Studiengänge (sowohl an Universitäten als auch an FHs) im Vergleich mit allen Studierenden durchschnittlich über das höchste Interesse an Hochschulpolitik verfügen und am aktivsten partizipieren. Auch bilden sie die Spitzengruppe, wenn es darum geht, die Aufgaben von Hochschulpolitik zu benennen oder Akzeptanz gegenüber der Existenz unterschiedlicher Formen der Kritikäußerung⁷ aufzubringen. Studierende der Ingenieurwissenschaften (an Universitäten) hingegen wiesen hinsichtlich dieser vier Indikatoren der Hochschulpartizipation die niedrigsten Werte aller verglichenen Fächergruppen⁸ auf. Für Studierende der Ingenieurwissenschaften an Fachhochschulen sei – mit Abstrichen⁹ – gleiches zu konstatieren. (Dippelhofer 2004: 36ff.)

■ *Wertigkeit von Hochschulabschlüssen im Beschäftigungssystem*: Hinweise gibt es auch dafür, dass die beruflichen Aussichten Studierender die Partizipationsbereitschaft beeinflussen. Wenn der Arbeitsmarkt für Studienabsolvent:innen ergiebig ist, sei etwa zu erwarten, dass sich die Studierenden stärker mit dem eigenen Studium und der Hochschule identifizieren. Eine unsichere Berufsaussicht wirke sich hingegen so aus, dass das eigene Studienvorhaben angezweifelt wird. Oft werde eigene Studienzeit so gestaltet, dass sie bestmöglich zur Verbesserung der eigenen beruflichen Perspektive beiträgt. Viele seien der Ansicht, diesem Anliegen am effektivsten nachgehen zu können, indem in Auslandsaufenthalte, Kurse oder Zusatzqualifikationen investiert wird. Politischem, kulturellem oder sozialem Engagement an der Hochschule werde hingegen nur Potenzial zur Verbesserung der eigenen beruflichen Perspektiven zugerechnet. (Bargel 2000: 3)

⁷ Gemeint sind damit Meinungsäußerungen in Form von Boykotten, Demonstrationen oder auch Institutsbesetzungen (Dippelhofer 2004: 38).

⁸ In den Vergleich der Fächergruppen an Universitäten wurden neben den Sozial- und Ingenieurwissenschaften auch Kulturwissenschaften, Jura, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften einbezogen. An Fachhochschulen wurden Studierende der Sozialwissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften und der Ingenieurwissenschaften analysiert. (Dippelhofer 2004: 37)

⁹ Einzig im Hinblick auf die Akzeptanz von Kritikformen zeigte sich gemäß Dippelhofer (2004: 37) für die Fächergruppe der Wirtschaftswissenschaften ein noch niedrigerer Wert als für die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften.

3. Wie kann studentische Partizipation gelingen?

Um auf die geringe Partizipationsmotivation zu reagieren, gibt es verschiedene konzeptionelle und praktische Ansätze. Die Voraussetzungen des Gelingens von studentischer Partizipation liegen vor allem in den Strukturen und der Kultur der Organisation Hochschule sowie in der Sozialisation der Studierenden. Interventionsmöglichkeiten bieten sich Hochschulen vor allem für Erstgenanntes. Diese ergeben sich in erster Linie in Gestalt von Maßnahmendurchführungen, die zum Ziel haben, Studierende mit Studiengang, Institut und Lehrenden näher zusammenzubringen. Da Lehrende sowie studentische Vertretungen wesentliche Bezugsgrößen für Mitwirkungsangebote darstellen, erweise es sich als erfolgsversprechend, wenn (neue) Maßnahmen auch bei ihnen ansetzen bzw. diese mit einbeziehen. (Ditzel/Bergt 2013: 184)

Die in der Fachliteratur formulierten Gelingensbedingungen studentischer Partizipation zielen allesamt auf eine engere Kopplung Studierender an die hochschulischen Strukturen ab. Ditzel/Bergt (2013: 184) empfehlen hierfür die Anwendung von – je nach vorliegender Partizipationsneigung – unterschiedlichen Interventionsstrategien. Ihr Konzept geht davon aus, die Wahl einer Strategie zur Stärkung studentischer Partizipation von der Partizipationsneigung Studierender abhängig zu machen. Sie orientieren sich dabei an einer eigenen Klassifizierung der Partizipationsneigung Studierender, welche eine Einteilung in vier unterschiedliche Kategorien vornimmt – aktiv partizipierend, ad-hoc-partizipierend, passiv partizipierend und nicht partizipierend:

- Bereits engagierten Studierenden könnte demnach durch eine Stärkung sowie engere Verknüpfung vorhandener Beteiligungsstrukturen Unterstützung geleistet werden.

Übersicht 2: Interventionsstrategien zur Steigerung studentischer Partizipation

Studierende	Förderung der Partizipationsneigung	Schaffung von Transparenz
Kategorie 1: aktive Partizipation	Fördern und Vernetzen der Strukturen studentischer Partizipation	▪ Bereitstellen von Hintergrundwissen ▪ Bereitstellen von Kontextwissen zu Strukturen, Prozessen, Ansprechpartnern
Kategorie 2: Ad-hoc- Partizipation	Weniger engagierte Studierende lassen sich ggf. zur Partizipation bewegen, wenn für sie ein direkter Nutzen erkennbar wird (Nähe zum Problem, Leistungspunkte, Vergütung)	▪ Resultate studentischer Partizipation transparent machen ▪ Sichtbarmachen von Partizipationsmöglichkeiten
Kategorie 3: passive Partizipation	Identifikation wichtiger Themen durch das Abfragen von Meinungen über Evaluationsverfahren Stärkere Beteiligung durch die Steigerung der Rücklaufquoten	▪ Transparentmachen von Evaluationsergebnissen und ergriffenen Maßnahmen
Kategorie 4: keine Partizipation		▪ Studierende in der Orientierungsphase mit Möglichkeiten der Partizipation bekannt machen (z.B. Informationsveranstaltung, Informationsflyer)

Quelle: Ditzel/Bergt (2013: 185)

- Sich nur zu besonderen Anlässen engagierende Studierende sollte hingegen zur Förderung ihrer Partizipationsbereitschaft der Eigennutzen einer intensiveren bzw. regelmäßigeren Beteiligung aufgezeigt werden.
- Die Partizipationsneigung der Gruppe der Studierenden, denen eine passive Partizipationsneigung zugesprochen wird, lasse sich hingegen durch die Behandlung von Themen, die direkt auf die Lebenswelt der Studierenden eingehen bzw. studentische Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, oder durch das Setzen von Anreizen fördern. (Übersicht 2)

3.1. Organisatorische Aspekte

Erweiterung der Möglichkeiten zur Beteiligung an der Lehre sowie Schaffung von Verbindlichkeiten

Die Qualität der Lehre wird im wesentlichen bestimmt durch drei Faktoren: Rahmenbedingungen, Dozentenhandeln sowie Studentenhandeln. Lehrerfolg entsteht aus dem Zusammenspiel dieser Faktoren. (Rindermann 2016: 227) Interesse und die Mitarbeit Studierender bestimmen demnach etwa ein Drittel der Qualität der Lehre einer Hochschullehrveranstaltung. Den Nutzen, den sie aus einer universitären Lehrveranstaltung ziehen können, bedingen sie somit teilweise selbst. Folglich sollten Studierende nicht als Kunden eines vorgefertigten Produkts, sondern als Mitverantwortliche für die Erstellung dieses Produkts definiert werden. (Vgl. Bargel 2000: 8)

Studentische Beteiligungsbereitschaft und -intensität lassen sich vor allem dadurch erhöhen, dass Möglichkeiten zur Eigenaktivität geschaffen und Verbindlichkeiten hergestellt werden. Möglichkeiten zur Eigenaktivität können etwa geschaffen werden, indem Studierende im Rahmen von Übungen und Projekten aufgefordert und bestärkt werden, ihre individuellen Interessen und Umsetzungsvorschläge einzubringen. Wichtig sei hierbei insbesondere, sich mit den Anregungen Studierender im Rahmen eines gemeinsamen Dialogs konstruktiv auseinanderzusetzen. Dieses wiederum erfordere vielerorts eine veränderte Grundhaltung Lehrender. (Vgl. ebd.: 4ff.)

Damit Student:innen sich (stärker) an und in der Lehre beteiligen, erweisen sich Verbindlichkeiten zwischen Lehrenden und Studierenden als förderlich. Etwa sollte das Studierenden unterbreitete Lehrangebot von den Lehrenden – so wie sie es selbst ebenfalls von den Studierenden fordern – als verbindlich eingeordnet werden. Ungünstig für den Aufbau eines verbindlichen Dozierenden-Studierenden-Verhältnisses wirken hingegen ersatzlos (und unbegründet bzw. schlecht begründet) gestrichene Lehr- und Informationsveranstaltungen sowie schlecht abgestimmte Veranstaltungsangebote, aus denen verlängerte Studienzeiten resultieren. Um günstige Bedingungen für eine aktive Partizipation Studierender an der Lehre zu schaffen, gelte es etwaigen Desorientierungen – die etwa aus einer unübersichtlichen Studienangebotsgestaltung entspringen – ebenso vorzubeugen, wie (zu) verschulten Studienbedingungen, die mit übertriebener Regelmäßigkeit und übermäßigen Zeitdruck einhergehen. Vielmehr gehe es darum, den Studierenden ein Studienangebot zu unterbreiten, das zwar flexibel und offen gehalten ist, sich gleichwohl durch Strukturierung und Verbindlichkeiten auszeichnet. (Vgl. ebd.: 4, 8)

An vielen Hochschulen im deutschsprachigen Raum wird Studierenden – zumindest formal – ermöglicht, im Rahmen von Lehrveranstaltungsevaluationen (LVE) an der Entwicklung der Lehre mitzuwirken. Wesentliches Ziel der LVE ist es, die Perspektive der Studierenden für die Qualitätssicherung in SuL zu gewinnen¹⁰ (Csonka 2014: 8). Dafür werden häufig Fragenbögen

¹⁰ Formell existieren an Hochschulen bereits seit den 1960er Jahren für Studierende Möglichkeiten zur Veranstaltungskritik. Zunehmende Bedeutung für die Qualitätsentwicklung in SuL erfährt die studentische LVE jedoch erst seit dem Aufkommen von Hochschulrankings in den 1980ern sowie ihrer Verankerung im Hochschulrecht in den 1990er Jahren. (Knödler 2019: 213)

eingesetzt, anhand derer die Studierenden die von ihnen besuchten Lehrveranstaltungen bewerten können. Die anschließende Auswertung der Fragebögen soll dann ermöglichen, dass Lehrenden Anregungen zu ihrer Lehre präsentiert werden können (Knödler 2019: 117). Für eine möglichst hohe Akzeptanz dieses Verfahren von Seiten Studierender (ebenso wie von Seiten Dozierender) erweist sich bedeutsam, dass im Rahmen der Durchführung nachfolgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Ergebnistransparenz und Datenschutz,
- Ergebnisverwertung für die Qualitätsentwicklung sowie
- Fragebögen mit Überzeugungskraft (ebd.).

Um Studierende anzuregen sich engagiert an der LVE zu beteiligen, kann es hilfreich sein, diese Faktoren in der Planung und Gestaltung des Verfahrens zu berücksichtigen. Es liegt auf der Hand, dass gleiches für die mittlerweile vielerorts etablierten (allgemeinen) Studierendenbefragungen, Studieneingangsbefragungen oder Studienverlaufsbeurteilungen gilt.

Stärkung von demokratischen Strukturen

Um Individuen in ihrer Entwicklung zu mündigen Staatsbürgern eines demokratischen Staates angemessen zu begleiten, sind Strukturen notwendig, die politisches Partizipieren auf demokratische und gleichberechtigte Weise ermöglichen. Nur so lassen sich kritische Bürger:innen gewinnen, die sich eines Tages dadurch auszeichnen (können), dass sie gesellschaftspolitische Prozesse und Strukturen prägen und mitgestalten. (Vgl. Dippelhofer 2004: 58)

Auch an Hochschulen bedarf es demokratischer Strukturen, die es Student:innen ermöglichen, ihre politisch-demokratischen Werthaltungen praktisch auszuleben. Die Organisation Hochschule biete zwar den geeigneten Raum demokratische Werte und (theoretische) Partizipationsgrundlagen zu vermitteln, jedoch fehle es für eine aktive und praktische Mitbestimmung an notwendigen Voraussetzungen. Die Verfasste Studierendenschaft sei zwar Teil der hochschulpolitischen Strukturen, jedoch liegt in den entscheidenden Gremien in der Regel nach wie vor eine professorale Mehrheit vor. Somit werde den Student:innen hochschulpolitisch wie auch rechtlich die Möglichkeit genommen, ihre Interessen als größte Statusgruppe der Hochschule gleichberechtigt zu vertreten. Wird derart der Tatendrang politisch engagierter Student:innen gebremst, wirke dieses in der Regel demotivierend und die Studierenden ziehen sich (wieder) zurück in eine politisch passivere Rolle. (Ebd.: 57f.)

Studierende in erster Linie als „Objekte der Hochschulsteuerung“ (Lippert 2004: 59) einzuordnen, denen gelegentlich eine Beteiligung an Hochschulprozessen gewährt wird, reiche nicht aus. Vielmehr bedürfe es einer rechtlichen Grundlage, die eine aktive Mitgestaltung sowie eine demokratische und gleichberechtigte Entscheidungsfindung möglich macht. (Ebd.: 49ff.)¹¹

¹¹ Bei Pasternack (2020: 54f.) werden auch Modelle aus den 1990er Jahren in Erinnerung gerufen, die es durchaus wert wären, neu in Überlegungen einbezogen zu werden. Das ist zum einen das „Berliner Wahlmodell (Kreuzwahlverfahren)“: Mit diesem Vorschlag sollte die Hochschullehrermehrheit in den Selbstverwaltungsgremien rechtsprechungskompatibel relativiert werden, indem ein Teil der in den Gremien sitzenden Hochschullehrer:innen nicht allein durch die Hochschulmitglieder der eigenen Statusgruppe gewählt wird, sondern auch durch die Wahlberechtigten der weiteren Mitgliedergruppen. Zum anderen handelt es sich um das (Denk-)Modell „Verfasste Lehrendenschaft und Verfasste Studierendenschaft“: Hier würden Lehrende und Studierende zunächst getrennt voneinander ihre Interessen formulieren und diese anschließend nach dem Modell von Tarifverhandlungen streitig untereinander aushandeln. Dabei stünden beide Seiten insofern unter Einigungsdruck, als Lehre und Studium andernfalls nicht stattfinden. Beide Seiten können den Streik zur Durchsetzung ihrer Forderungen einsetzen. Schlichtung und Kompromisse auf Zeit wären, ebenso wie bei Tarifverhandlungen, möglich. Die Lehrenden könnten dazu ebenso wie die Studierenden als Teilkörperschaft der Hochschule organisiert werden, mit eigenen kollektiven Rechten, Pflichten und Interessen. Die Verfasste Studierendenschaft und die Verfasste Lehrendenschaft bildeten dann zusammen die Hochschule. Beide Seiten könnten in diesem Modell ihre Interessen nicht ohne Einigung mit der Mehrheit der jeweils anderen durchsetzen, stünden dabei aber unter Einigungsdruck, da andernfalls Lehre und Studium nicht stattfinden.

Das Niedersächsische Hochschulgesetz war 2015 durch ein „Gesetz zur Stärkung der Beteiligungskultur innerhalb der Hochschulen“ ergänzt worden. Dieses enthält eine Reihe von Instrumenten, die auch die studentische Partizipation vergleichsweise unaufwendig stärken können:

- *Vizepräsident.in mit studentischem Einvernehmen:* In Niedersachsen hat jede Hochschule die Möglichkeit, zusätzlich eine hauptberufliche Vizepräsidentin/einen hauptberuflichen Vizepräsidenten für den Bereich Studium, Lehre und studentische Belange einzusetzen. Dieses Amt muss im Einvernehmen mit den Studierenden besetzt werden: Die Studierendenvertreter im Senat und in der Studienqualitätskommission müssen dem Senatsvorschlag zustimmen. (§ 39 Abs. 3 NHG)
- *Studentische nebenberufliche Vizepräsident.innen:* In mehreren Ländern können Personen aus dem Kreis sämtlicher Hochschulmitglieder, also auch der Studierenden und Doktorand.innen, zu nebenberuflichen Vizepräsidenten gewählt werden (z.B. § 39 Abs. 2 NHG). Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind allerdings begrenzt, da mit der Wahrnehmung des Amtes keine Ausstattung verbunden ist. Insofern läuft es faktisch auf eine dauerhafte studentische Vertretung in den Präsidiumssitzungen hinaus, aufgewertet durch den reputierlichen Titel, von dem sich insbesondere die Presse gern beeindrucken lässt.
- *Studierendeninitiative:* Im Niedersächsischen Hochschulgesetz gibt es das Instrument der Studierendeninitiative, mit dem Studierende seit 2015 die Möglichkeit haben, mit einem Quorum von drei Prozent Themen an ein bestimmtes Hochschulorgan heranzutragen, das sich dann hochschulöffentlich mit diesen Themen befassen „soll“ (§ 20a NHG).
- *Vertretungen in Hochschulräten:* In Niedersachsen haben Personalvertretung, Gleichstellungsbeauftragte und Studierendenvertretung die Möglichkeit, an den Sitzungen der Hochschulräte mit beratender Stimme teilnehmen (§ 52 Abs. 3 NHG).

Stärkung der Fachschaften

Hinsichtlich der thematischen Breite sowie der Kontinuität ihrer Arbeit, würden die Potenziale von Fachschaften längst noch nicht ausgeschöpft werden. Funktional ermöglichen Fachschaften Studierenden nicht nur die Gefühle von Zugehörigkeit und Bindung; sie können auch als Fora für politischen Austausch sowie den Dialog über Lehrqualität (des jeweiligen Faches) dienen. Mit einer Stärkung der Fachschaften könnte ein großer Schritt getätigt werden, um zwischen Studierenden und Hochschule ein größeres Verbundenheitsgefühl zu erzeugen und letztlich eine verstärkte studentische Beteiligung an Prozessen der Hochschul- und Qualitätsentwicklung anzuregen. (Vgl. Bargel 2000: 7)

Verknüpfung von verfasster Mitbestimmung und neuen Partizipationsformen

Friedrichsmeier/Wannöffel (2010: 40ff.) machen sich dafür stark, verfasste Mitbestimmung und moderne Partizipationsformen an Hochschulen enger miteinander zu verknüpfen. Dieses könne geschehen, indem auf Fakultätsebene Runde Tische sowie auf (Gesamt-)Hochschulebene Mitbestimmungskonferenzen als Instrumente etabliert werden.

Das Konzept basiert auf der Annahme, dass eine Kooperation formaler Gremien bzw. die Verbindung ihrer Arbeiten sich als notwendig erweist, ein sinnvolles Abgrenzen ihrer unterschiedlichen Zuständigkeiten gegeneinander jedoch nicht möglich ist. Demokratische Prinzipien folgend, müsse seitens der zusammenarbeitenden Gremien in dementsprechenden Kooperationen darauf geachtet werden, die eigene Funktion und den eigenen spezifischen Blickwinkel beizubehalten. Die an Mitbestimmung interessierten Beteiligten seien zahlreich und die Mitbestimmungsdimensionen vielfältig.¹² Differenzieren ließen sich letztere nach den externen

¹² Als Mitbestimmungsdimensionen werden bei Friedrichsmeier/Wannöffel (2010: 41) die Selbstverwaltung als Interessenvertretung aller Hochschulmitglieder, die Personalvertretung als Interessenvertretung der Be-

Rollenwahrnehmungen des jeweiligen Organs. Dahingehend beziehe sich die Verfasste Studierendenschaft zwar auf die studentische Perspektive, jedoch seien in diese auch Studierende in anderen Rollen einbezogen, etwa als studentische Hilfskräfte oder als Studierende, die sich gesamtgesellschaftlich engagieren. Demnach sei eine Verknüpfung bzw. Interaktion zwischen unterschiedlichen Mitbestimmungsdimensionen unumgänglich.

Auf die Frage, wie solch eine Kooperation bzw. strategische Abstimmung unterschiedlicher Mitbestimmungsdimensionen an Hochschulen umgesetzt werden könnte, regen die beiden Autoren die Etablierung von Runden Tischen und Mitbestimmungskonferenzen an. Erstgenannte sollen regelmäßig tagen und ermöglichen, dass Vertreter:innen der Beschäftigten, des Personalrats sowie der akademisch dominierten Gremien gemeinsam Entscheidungen zu konkreten Arbeitskontexten finden. Über eine (konzeptionell vorgesehene) aktivierende Moderation, könne zugleich möglich gemacht werden, unterrepräsentierten Gruppen größere Aufmerksamkeit bzw. Gehör zu verschaffen. Auf den Runden Tischen aufbauend würde einmal im Jahr eine Mitbestimmungskonferenz stattfinden, in der gewählte Vertreter:innen der einzelnen Gruppen ihre gruppenspezifischen Interessen einbringen.

Damit die Ergebnisse aus dem Einsatz dieser beiden Instrumente auch tatsächlich umgesetzt werden, sei jedoch die Unterstützung der beteiligten Mitbestimmungsorgane durch ihre Vetopositionen und Mitbestimmungsrechte erforderlich. Dieses würde einerseits dazu führen, dass in dieser Konzeption der verfassten Mitbestimmung eine zentrale Funktion zuteilwerde. Andererseits gehe damit auch einher, dass über die Abhaltung von Mitbestimmungskonferenzen der Arbeit der einzelnen Mitbestimmungsorgane zusätzliche Legitimation verschafft werden könnte.

Steigerung des Gewichts der Stimme Beteiligter ohne wissenschaftliche Reputation über Netzwerkarbeit

Die übliche Zusammensetzung der akademischen Selbstverwaltungsgremien gewährleistet in der Regel das Zustandekommen eine professorale Mehrheit. Setzt sich der Akademische Senat aus 25 Mitgliedern zusammen, sind davon 13 Mitglieder Professor:innen. Die restlichen vier Gruppen (Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter:innen, technisches und Verwaltungspersonal) verfügen hingegen jeweils lediglich über vier Plätze.¹³ Hier werde die Anerkennung von Kompetenz eng an den akademischen Rang gekoppelt, wodurch man sich als Senatsmitglied ohne akademische Reputation in der Regel nicht nur einem reduzierten Stimmgewicht, sondern auch einem niedrigeren Anteil an Redezeit ausgesetzt sehe. (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 18f.).

Eine aktive(re) Netzwerkarbeit verfüge dahingehend über Potenziale, hier entschärfend zu wirken: In Netzwerken mitzuarbeiten verbessere nicht nur die eigene Informationsbasis; ebenso werde durch Kompetenzzuwächse eine verbesserte Mitwirkung in den Hochschulgremien ermöglicht. Dadurch könne eine Art der Reputation entstehen, die auf Wissen und Netzwerkbeziehungen fußt. (Ebd: 18ff.; vgl. auch Lapke 2009: 11). Wie das eigene Standing in Mitbestimmungsgremien über Netzwerkarbeit gestärkt werden kann, ließe sich am Beispiel des Gutachter-Netzwerk Akkreditierung¹⁴ nachvollziehen. Über die Netzwerkbildung mit hochschulinternen und -externen Gruppen sowie aktives Mitwirken an Maßnahmenumsetzungen

schäftigten, die Verfasste Studierendenschaft als Interessenvertretung der Student:innen, Beauftragte als Interessenvertretung Benachteiligter, Hochschulräte als Interessenvertretung der Gesellschaft, Akkreditierung zur Interessenvertretung der Stakeholder sowie Tarifverträge als gewerkschaftlich wahrgenommene Interessenvertretung der Beschäftigten angeführt.

¹³ Es gab und gibt gesetzgeberische Versuche, dies (in Teilen) anders zu gestalten. Pasternack (2020: 47–53) stellt entsprechende Initiativen unter den Titeln „NRW-Modell (2014)“, „Schleswig-Holsteinisches Modell“ und „Thüringer Modell“ vor. Vgl. dort auch die Darstellung zur „Viertelparität im Gremium für die Grundordnungsbeschlussfassung bzw. die Hochschulleitungswahl“ (ebd.: 58–60).

¹⁴ <https://www.gutachternetzwerk.de/startseite> (3.5.2021)

fördere der (an Mitbestimmung interessierte) Hochschulangehörige, dass seine Kompetenzen sichtbar und letztlich anerkannt werden. Dieses erweise sich insbesondere für solche Personen als sinnvoll, die (bislang) keine akademische Reputation aufweisen können. (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 22f.)

Potenziale der Digitalisierung für die Stärkung studentischer Partizipation

Es existiert kaum ein Bereich in der heutigen Gesellschaft, der nicht durch die Digitalisierung berührt ist. Auch Hochschulen und ihre Studierenden sind Digitalisierungsprozessen umfänglich ausgesetzt. Dass wissenschaftliche Untersuchungen zu Wahrnehmungs- und Umsetzungsmöglichkeiten digitaler studentischer Partizipation und Mitbestimmung bisweilen kaum vorzufinden sind, mag daher erstaunen. Einerseits liegen zahlreiche Untersuchungen zu der Digitalisierung (in) der Lehre vor. Andererseits fehlt es bislang an Untersuchungen, die Chancen und Risiken digitalisierter Partizipationsstrukturen erforschen. Bedarf besteht etwa nach validiertem Wissen zu Möglichkeiten für die Vertretung studentischer Interessen im Rahmen digitaler Strukturen bzw. mithilfe digitaler Werkzeuge – insbesondere zu Potenzialen, Hindernissen und rechtlichen Anforderungen, die mit einer digitalen Umsetzung einhergehen.

Wie sich ein Kollektiv konkret in einer digitalen Welt organisieren kann und auf welche Art und Weise sich dort Mitbestimmung gestalten könnte, sei Landgraf (2019: 26f.) zufolge vielerorts noch „in der Experimentierphase“. So gebe es etwa mittlerweile an einigen Hochschulen für Studierende die Option, über digitale Wege ihre Stimme für Hochschulwahlen abzugeben. Die Beteiligung an Hochschulwahlen stelle jedoch längst nicht die einzige Möglichkeit zur Mitbestimmung an Hochschulen dar. Daher wäre es von Relevanz, dieses Feld noch umfassender zu untersuchen – insbesondere nach Umsetzungsmöglichkeiten für weitere digitale Partizipationsformate.

Die Autoren der Zukunfts-AG zum Thema „Digital Turn aus Studierendenperspektive“ plädieren dafür, die Studierendenschaft die Digitalisierung selbst aktiv mit umsetzen zu lassen. Hierfür bedürfe es eines offenen Austauschs zwischen Hochschulen und Studierendenvertretungen. Anderenfalls verharren die Studierenden in ihrer bislang vorrangig passiven Feedback-Rolle. Zudem plädieren die Autoren für eine Erweiterung vor allem digitaler (aber auch analoger) Partizipationsformen zu Themen aus Studium und Lehre und raten zu „Online-Abstimmungen zu hochschulrelevanten Themen“. (Baumann et al. 2019: 4f.)

Schaffung adäquater Studienbedingungen und Studienfinanzierung

Auf das Problem zunehmender Studierendenerwerbstätigkeit im Semester kann es unterschiedliche organisatorische Antworten geben. Bargel (2000: 7f.) empfiehlt etwa Reformen hinsichtlich der Studienfinanzierung, die Integration größerer Praxisbezüge in das Studium, die Anzahl der entgeltlichen Beschäftigungsmöglichkeiten für Studierende an Hochschulen zu erhöhen sowie größeres Augenmerk auf den Übergang Studierender in das Berufsleben zu richten.

Lippert (2005: 53ff.) geht davon aus, dass der individuellen Partizipationsentscheidung eines Studierenden ein Kosten-/Nutzenabgleich vorausgeht. Von dieser Annahme ausgehend zieht er drei Schlussfolgerungen für die Praxis:

- Seit geraumer Zeit bestehen Überlegungen zu einer Reformierung des Konzepts der Regelstudienzeit. Damit studentische Mitbestimmung nicht ungerecht ist, d.h. engagierte gegenüber nicht-engagierten Studierenden keine Nachteile haben, müsse in einem ersten Schritt die Zeit des tatsächlichen Studiums nicht aktiv partizipierender Studierender klar definiert werden. Im nächsten Schritt dann gelte es, die Zeiten, die Studierende im Rahmen der studentischen Willensbildung aufgewandt haben, auf die Regelstudienzeit anzurechnen. Entsprechend sei der Unterschied zwischen dem politisch-juristisch festgelegten Richtwert und der tatsächlichen durchschnittlichen Studiendauer zu kennzeichnen und diese in die Studienordnungen aufzunehmen.

■ Damit sich Studierende dazu motivieren lassen, aktiv im hochschulpolitischen Geschehen zu partizipieren, seien veränderte Rahmenbedingungen notwendig. Diese sollten den Studierenden glaubhaft vermitteln können, dass eine Teilnahme an Mitbestimmungsprozessen für sie lohnend ist. Praktische Konsequenz könne etwa sein, bestehende Studienordnungen so zu verändern, dass sie Studierenden gewähren, sich außerfachliches Engagement anrechnen zu lassen. Da ein Studium schließlich aus mehr bestünde als nur dem Fachstudium, seien aktiv mitwirkende Studierende – als Ausgleich für ihren betriebenen Zeitaufwand – mit anrechenbaren ECTS¹⁵-Leistungspunkten zu entlohnen. Hochschulpolitische Partizipation und Mitbestimmung seien dabei in die Workload-Berechnungen des gesamten Studiums einzubeziehen, sodass für aktiv partizipierende Student:innen das außercurriculare Engagement nicht als Zusatzbelastung neben dem eigentlichen Workload bzw. dem für das Fachstudium vorgesehenen Workload zu erbringen ist.

■ Abnehmende studentische Partizipation lasse sich nicht kausal auf geringere freie Zeiteresourcen Studierender zurückführen, sondern müsse auch in Abhängigkeit von den finanziellen Aspekten eines Studiums gesehen werden. Viele Student:innen seien neben ihrem Studium erwerbstätig und/oder erhalten BAföG-Leistungen – welches jedoch an die Bedingung gebunden ist, das laufende Studium schnellstmöglich abzuschließen. Wichtig sei jedoch, dass ein Studium nicht nur schnellstmöglich abgehakt wird, sondern eine Studienfinanzierung auch zu aktivem Mitwirken in der Hochschulpolitik anregt bzw. dieses ermöglicht. Dementsprechend sollen die Bedingungen einer BAföG-Finanzierung widerspiegeln, dass von Studierenden nicht nur verlangt werde, sich curricularen Inhalten zuzuwenden, sondern ebenso die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Themen sowie Mitwirkungsaktivitäten im Rahmen der QES der Hochschule.

Beeinflussung der Partizipationsbereitschaft durch materielle Anreize

Die Partizipationsbereitschaft zeigt sich stets abhängig von individuellen Motiven bzw. Motivationsfaktoren. Motive fungieren als Impulsgeber dafür, an einer bestimmten Handlung zu partizipieren. (Schürmann 2013: 30) Diese können dabei intrinsischer oder extrinsischer Natur sein. Erstere werden durch die Tätigkeit selbst bedingt, welches bedeutet, dass die Tätigkeit ihrer selbst willen ausgeübt wird – etwa, weil sie von der partizipierenden Person als interessant empfunden wird. Für die Ausübung bzw. Fortführung einer intrinsisch motivierten Handlung bedarf es demnach keinerlei Anreize. (Heckhausen/Heckhausen 2010: 6)

Extrinsische Anreize werden durch eine „Selbst- und Fremdbewertung und materielle Belohnungen“ hervorgerufen (ebd.). Materielle Belohnungsfaktoren – sogenannte Incentives – können dabei sowohl monetärer als auch nichtmonetärer Natur sein. Zu ihnen zählen Gutscheine, Sachgegenstände oder Geldbeträge. Die Vergabe von Incentives ist durch ihren Aufforderungscharakter gekennzeichnet. Die Ursache ihres Einsatzes ist, dass ein bestimmtes erwünschtes Anschlusshandeln erhofft wird, welches gekoppelt ist an die vorausgehende Impulsgebung durch materielle Belohnungsfaktoren. So wird mit dem Einsatz von Geldgeschenken versucht, zu vermehrten Partizipationsaktivitäten anzuregen. (Pforr 2015: 1, 5)

Wissenschaftlichen Untersuchungen, die sich konkret mit den Auswirkungen materieller Anreize auf studentische Partizipation an Hochschulen auseinandersetzen, sind bislang rar. Einzelne Studien sind zu vorhanden, die die Wirkung von Incentivierung auf das partizipative Verhalten in bestimmten Kontexten untersucht haben:

■ Es existiert eine Studie (Oppl 2019) zu den beeinflussenden Wirkungen von Incentives auf die Bereitschaft Studierender, an der Gestaltung der Lehrveranstaltungen zu partizipieren. Im

¹⁵ Das ECTS (European Credit Transfer System) ist ein System zur Akkumulation und zum Transfer von Studienleistungen im Europäischen Hochschulraum, das ermöglichen soll, die an Hochschulen in verschiedenen europäischen Ländern erzielten Studienleistungen miteinander zu vergleichen und im Ausland erbrachte Studienleistungen an der Heimathochschule anerkennen zu lassen.

Rahmen dieser Studie wurden prüfungswirksame Anerkennungen in Form von prüfungsrelevanten Bonuspunkten an diejenigen Studenten:innen vergeben, die aktiv am Präsenzunterricht partizipierten. Oppl konnte hierbei nachweisen, dass sich die Incentives positiv auf die Teilnahmebereitschaft der Studierenden auswirkten (ebd.: 51f.).

■ Vaas (2006: 94) untersuchte die Motivationsfaktoren von Studierenden der Politikwissenschaft für ein (partei-)politisches Engagement. Den Untersuchungsergebnissen nach sind die häufigsten Motive Studierender für ein politisches Engagement der Wille, eine bestimmte Sache zu unterstützen, sowie vorhandenes Interesse an öffentlicher bzw. staatlicher Politik. In der Untersuchung zeigte sich, dass vor allem intrinsische Motive überwiegen. Etwa gaben nur ca. 27 % der befragten Student:innen an, dass die Möglichkeit, ihren Lebenslauf zu verbessern bzw. um freiwillige Tätigkeiten zu erweitern, sie zum politischen Partizipieren motivieren würde.

■ Stadtmüller/Forst (2005) haben festgestellt, dass Incentives zwar die Beteiligung(sbereitschaft) an freiwilligen Umfragen erhöht, die Ausmaße des materiellen Anreizes jedoch keine Wirkung auf die Umfänge der partizipativen Aktivitäten haben. Vielmehr müsse der finanzielle Anreiz nicht als Bezahlung, sondern als Dankeschön wahrgenommen werden – als „token of appreciation“. Demnach wirke der symbolische Wert von Incentives weitaus stärker als ihr eigentlicher ökonomischer Wert. (Ebd.: 11)

Participation Mainstreaming

Beim Konzept des *participation mainstreaming* handelt es sich um einen Ansatz, der darauf abzielt, das politische Anliegen der Stärkung der Partizipation Hochschulangehörigen, organisational zu verankern (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 44ff.). Das Konzept ist an dem Konzept des Gender Mainstreaming angelehnt und orientiert sich an dessen Umsetzungserfolge in der Gleichstellungspolitik. Participation Mainstreaming verfolgt das Ziel, Partizipation in das Leitbild der Hochschule zu überführen, um so ein aktives Mitwirken aller Hochschulmitglieder an den Entscheidungsabläufen strukturell sicherzustellen. Als konkreten Vorschlag für eine Umsetzung geben die Autoren beispielhaft die Einführung eines Rede- und Teilnahmerechts an, anhand dessen die Partizipationsanliegen von Hochschulmitgliedern rechtlich abgesichert würden. Letztlich soll mit der Einführung des Participation Mainstreaming verbindlich gemacht werden, dass allen Hochschulmitgliedern die Möglichkeit gewährt wird aktiv zu partizipieren. Die Evaluation der Umsetzung könne dabei durch ein weiteres Instrument erfolgen, den *participation index*. (HBS 2010: 32)

Participation Index

Anhand dieses Instruments ließen sich die Ergebnisse des Participation Mainstreaming sichern und seine Umsetzung kontrollieren. Es soll ermöglichen, dass regelmäßig Daten zu dem Partizipationsverhalten an Hochschulen erfasst und ausgewertet werden. Mit der Anwendung dieses Instruments gehe einher, dass Kennzahlen zur Partizipation erhoben werden und Missstände (ebenso wie Erfolge) der Partizipation an der Hochschule aufgedeckt bzw. anhand von Zahlen belegt werden können. Auch werde durch das Erheben konkreter Daten ein Vergleich zu anderen Hochschulen möglich. Die erhobenen Daten wiederum können als Grundlage für das Stellen politischer Forderungen sowie als Legitimationsbasis für das Ergreifen hochschulpolitischer Maßnahmen dienen. (Friedrichsmeier/Wannöffel 2010: 45)

3.2. Motivationale Aspekte

Relevanz und Chancen der Partizipation transparent machen

Ditzel/Bergt (2013: 184) verweisen darauf, dass die Partizipationsbereitschaft Studierender erhöht werden kann, indem Möglichkeiten zur Partizipation sowie die Ergebnisse aus partizipativen Aktivitäten von Studierenden transparent gemacht werden. Als wesentlich zeige sich vor allem, Relevanz und Chancen studentischen Engagements (umfassender) thematisieren – insbesondere, um auch Studierenden unterer Semester partizipative Tätigkeiten näher zu bringen. Dass Studierende zu den allgemeineren hochschulischen Strukturen sowie den partizipativen Möglichkeiten eine nur geringe Bindung aufweisen, sei mitunter dadurch zu erklären, dass es an Ansprechpartner:innen fehle, Wissen zu den im Rahmen partizipativer Angebote behandelten Themen fehle sowie es die positiven Auswirkungen von Partizipation nicht erkannt werden.

Auch biete es sich an, explizit weibliche Studierende zu einem politischen Engagement an der Hochschule zu motivieren. Gegenüber ihren männlichen Mitstudierenden seien sie stärker an studentischer Politik interessiert, jedoch bislang weniger einbezogen. (Dippelhofer 2015: 157) Denkbar wäre eine „stärkere Kommunikation und Politisierung ihrer sozial ausgerichteten Intentionen, die mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit wecken und jenseits formaler Quotenregelungen Wirkung entfalten“ (ebd.).

Stärkung der Hochschule als studentischer Interessen- und Lebensmittelpunkt

Damit Hochschulen (wieder) stärker in den Interessen- und Lebensmittelpunkt der Studierenden rücken, seien Bindung und Zugehörigkeit sowie Integration und Identität zu stärken. Für viele Studierende stellen bisweilen Fachschaften die wichtigste Instanz dar, um Gefühle von Zugehörigkeit und Integration bei Studierenden zu erzeugen. Dahingehend bewährt hätten sich zudem bisweilen

- Einführungsveranstaltungen,
- Tutorien,
- Orientierungsveranstaltungen in der zweiten Studienphase sowie
- Initiativen zu Studium und Arbeitsmarkt, Praktika- und Stellenbörsen oder Hilfestellungen zur Existenzgründung (Bargel 2000: 3f.).

Laut Ditzel/Bergt (2013: 180) könne eine engere Bindung bislang nicht partizipativ aktiver Studierender zudem gestärkt werden, indem studentische Hilfskraftstellen geschaffen und studentische Projekte ins Leben gerufen werden. AStA oder die Fachschaften würden hingegen vor allem dahingehend über Potenzial verfügen, bereits engagierte Studierende enger an die Hochschule zu koppeln.¹⁶

Studienrealität als Anknüpfungspunkt

Grundsätzlich sei anzunehmen: Je größer der Bezug eines Partizipationsangebots zu der Studienrealität ist, desto höher wird das Interesse sein, das Studierende diesem entgegenbringen. Persönlich relevante Bereiche wie Studiengang, Institut und studentische Strukturen sind für Studierende im Hinblick auf eine Partizipation an der Entwicklung der hochschulischen Organisation demnach von besonderen Interesse und bergen somit Potenziale für die Partizipation Studierender. (Vgl. Ditzel/Bergt 2013: 179, 184)

¹⁶ Enttäuschte Erwartungshaltungen sowie fest vorgegebene zeitliche Studienabfolgen, wie etwa Praktika, Auslandsemester oder ein nahendes Studienende, würden hingegen dafür sorgen, dass sich eine Distanz zwischen Studierenden und Hochschule aufbaut (Ditzel/Bergt 2013: 179).

Naheliegender scheint, verstärktes Augenmerk daher den Fachschaften zukommen zu lassen. Diese kennzeichne ihre Nähe zur Studienrealität und ihre Fokussierung studienrelevanter oder -begleitender Themenfelder. Auch werde Fachschaftsarbeit von Studierenden als weniger aufwendig sowie als weniger politisch motiviert wahrgenommen, als es bei der Arbeit gesamtstudentischer Vertretungen der Fall ist. Überdies seien dort die „Früchte der Mitgestaltung“ (Dippelhofer 2004: 16) in der Regel schneller zu ernten. (Ebd.)

Förderung des allgemeinen politischen Interesses

Gemäß Dippelhofer (2015: 146ff.) seien Studierende (nach wie vor) an allgemeinen politischen Themen interessiert, dieses jedoch in abnehmendem Maße. Hohes allgemeinpolitische Interesse sei vor allem bei hochschulpolitisch aktiven Student:innen vorhanden. Aufgrund dessen ließe sich vice versa schlussfolgern, dass eine Förderung des allgemeinpolitischen Interesses sich positiv auf das Engagement in hochschulpolitischen Feldern auswirken könnte.

Sehe man zudem die Hochschule als einen Ort, der die zukünftigen gesellschaftlichen Funktionselemente formt, so sei es von großer Bedeutung, bei Studierenden die Entwicklung politisch-demokratischer Werte zu fordern und zu fördern. Besonderes Augenmerk müsse hierbei auf den Lehramtsstudierenden liegen – da sie in Zukunft mit der Aufgabe konfrontiert sind, demokratische Werte an die nächste Generation zu vermitteln.

Betonung der gesellschaftlichen Dimension wissenschaftlichen Handelns

Partizipative Angebote erfreuen sich in der Regel größerer Attraktivität bzw. größerem Zulauf, wenn sie unmittelbare Belange Studierender thematisieren – etwa die eigene Karriere oder den Berufseinstieg (vgl. Bargel 2000: 6). Um Studierende auch über ihren privaten Interessen hinaus für (hochschul-)politische Themen zu begeistern, biete es sich an, den Studierenden die gesamtgesellschaftliche Dimension bzw. Folgen wissenschaftlichen Handelns¹⁷ näher zu bringen. Dieses könne etwa erfolgen, indem letztere stärker in die Lehre (aller Fächer) einbezogen, dort reflektiert und diskutiert werden. (Dippelhofer 2015: 156f.)

3.3. Praktische Beispiele

3.3.1. *Projekt zur Steigerung studentischer Partizipation der Goethe-Universität Frankfurt am Main*¹⁸

Unter dem Motto „Wie geht Deine Uni? – #einmischen!“ wurde im Jahr 2017 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main ein Projekt ins Leben gerufen, das darauf abzielt, studentische Teilhabe zu stärken und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Studium und Lehre zu leisten. Dieses Vorhaben wurde in der Abteilung Lehre und Qualitätssicherung (LuQ) angesiedelt und gemeinsam von Universitätsverwaltung, Fachbereichen, Fachschaften und dem AStA organisiert. Zu den Projektzielen zählen den Austausch zwischen den Hochschulangehörigen zu fördern sowie studentische Partizipationsmöglichkeiten transparent zu machen.

Für gelingende studentische Partizipation sei gemäß der Abteilung LuQ notwendig, Studierende von Beginn an institutionell in Partizipationsstrukturen einzubinden. Ihre Belange sollen gehört, erfragt, ernstgenommen sowie letztlich anerkannt werden. Eine stetige Fluktuation

¹⁷ Für eine Thematisierung bieten sich etwa Sachverhalte an wie Reichweite und Gefahren ökonomischer oder politischer Theorien oder Folgen des medizinischen und technischen Fortschritts (Dippelhofer 2015: 156).

¹⁸ Sofern nicht anders angegeben, entstammen die in diesem Kapitel angeführten Informationen dem Webauftreten der Goethe-Universität Frankfurt: www.uni-frankfurt.de (3.5.2020).

der aktiv partizipierenden Studierenden sei von vornherein mit einzuplanen. Feste Ansprechpartner:innen stünden den Studierenden im Rahmen ihrer Partizipationsaktivitäten zu Seite. (Lommel/Ganter/Schulmeyer-Ahl 2017: 26).

Entwicklung von Maßnahmen zur Steigerung studentischer Partizipation

Vor Beginn des Projekts trafen sich mehr als 40 Personen aus allen Statusgruppen und Bereichen der Goethe-Universität, um über Voraussetzungen und Rahmenbedingungen studentischer Teilhabe zu diskutieren. Für das Treffen wurden fünf zu bearbeitende Themenblöcke ausgegeben: Allgemeine Hürden, Information, Kommunikation, Wirkung und Anerkennung.

Einen wichtigen Input auf dieser Veranstaltung lieferte der AStA der Universität. Er prangerte etwa an, dass die Studierendenschaft in der Regel bloß als passive Statusgruppe wahrgenommen werde. Auch verfüge die Hochschule über ein Selbstverständnis, lediglich kurzweiliger Ausbildungsort sowie Bereitsteller von Dienstleistungen zu sein. Hochschule könne man hingegen auch zu einem aktiven Gestaltungsort machen. Sodann zählt der AStA vier Punkte auf, die wieder verstärkt in den Fokus der Hochschulpolitik rücken sollten:

- gesicherte Lebensverhältnisse (z. B. Studienfinanzierung, Wohnraum),
- Identifikation der Hochschule mit Studium und Bildung (anstatt mit funktionalem Ausbildungscharakter),
- Freiheit und Selbstbestimmung in der Studiengestaltung (z.B. keine Regelstudienzeit) sowie
- studentische Interessen und Forderungen berücksichtigen (z.B. die paritätische Besetzung von Gremien oder die Abschaffung von Veto-Rechten).

Weiterhin kritisierte der AStA, dass mit studentischer Partizipation keine gleichberechtigte Mitbestimmung einhergehe, sondern sich studentische Bemühungen in der Regel wirkungslos zeigten. Auch würden die zeitlichen Restriktionen, die ein Regelstudium mit sich bringt, nicht hinreichend berücksichtigt: Studierende seien zwar zwangsläufig früh (zu Studienbeginn) in partizipative Angebote einzubinden, jedoch würde die Masse an Informationen zu Partizipationsmöglichkeiten Studienanfänger:innen häufig überwältigen. Um Studierende hinsichtlich fachbereichsübergreifende Partizipationsmöglichkeiten bzw. Gremienarbeiten zu informieren, müsse bestehenden Initiativen und Studentengruppen eine bessere Sichtbarkeit verliehen werden. Die Errichtung einer Website, die entsprechende Informationen aufarbeitet bzw. transparent macht, sei demnach notwendig.

Im Rahmen einer solchen könnten Informationen zu Partizipationsmöglichkeiten für die Studierenden übersichtlich aufbereitet dargestellt werden; die Senatskommission könne entscheiden, welche Initiativen auf der Website eingetragen werden. Es dürfe dabei nicht nur über Gremienarbeit berichtet, sondern auch erfolgreiche Geschichten studentischen Engagements thematisiert werden. Somit könne man nicht nur das Engagement bereits aktiver Student:innen anerkennen, sondern auch neue Anreize für (bisher) noch nicht aktiv partizipierende Studierende. Im weiteren monierte der AStA das Fehlen von Ansprechpartner:innen sowie das geringe Argumentationsgewicht der Stimme Studierender.

Arbeitskreise zu „Studentische Partizipation“

Damit konkrete Umsetzungsmaßnahmen herausgearbeitet werden können, wurden drei Arbeitskreise (AK) gebildet: der *AK Website*, der *AK Rahmenordnung/Curriculare Verankerung* und der *AK Information*. Die AKs wurden damit beauftragt, Maßnahmen für eine Verbesserung der studentischen Partizipation zu erarbeiten.

- Um den Informationszugang der Studierenden hinsichtlich vorhandener Partizipationsmöglichkeiten zu verbessern, nahm sich der *AK Website* der Erstellung einer universitätswei-

ten Website an. Diese soll zum einen studentische Initiativen und Gruppen samt einer Selbstbeschreibung listen, zum anderen einen Kalender mit den (aktuellen) Terminen zu Partizipationsmöglichkeiten präsentieren. Zudem sollen auf der Website im Rahmen eines FAQs Antworten für die (vermeintlich) häufigsten Fragen der Studierenden aufbereitet werden.

■ Der *AK Rahmenordnung* nahm sich vor Antwort auf die Frage zu finden, wie studentische Teilhabe curricular verankert werden könnte. Damit wird dem insbesondere von Seiten Studierender geäußerten Wunsch nach Aufnahme außercurricular geleisteten Engagements in die Rahmenordnung¹⁹ nachgegangen. In den Raum gestellt bzw. angeregt wurde seitens des AKs eine Verankerung von Praxis- oder Optionalmodulen, im Rahmen derer sich Studierende ihr außercurriculares Engagement anrechnen lassen könnten.

■ Der *AK Information* nahm sich der Entwicklung von Maßnahmen an, die Studierenden niedrigschwellig Zugang zu Informationen hinsichtlich vorhandener Partizipationsangebote ermöglichen. Formuliert wurde etwa die Idee eines regelmäßig stattfindenden „Tag der Partizipation“, der Mitglieder aller Statusgruppen mit einbindet, von Studiengängen, Fachschaften, zentraler Verwaltung, AStA und studentischen Initiativen gemeinschaftlich getragen und von der Abteilung LuQ organisiert wird.

1. Tag der studentischen Partizipation – #einmischen!

Im Januar 2017 kam es im Rahmen des „1. Tag der studentischen Partizipation - #einmischen!“ zur Präsentation der AK-Ergebnisse. Teil der Veranstaltung bildete das „Wohnzimmer der Möglichkeiten“, welches studentischen Gruppen einen Raum bot, sich hochschulöffentlich vorzustellen (Ganter 2017). Das Veranstaltungsprogramm begann mit einem einführenden Vortrag zum Thema „Wie geht Deine Uni? – Gremien, Mitbestimmung, Gestaltungsmöglichkeiten“. Es folgten sechs verschiedene Foren, die jeweils einer Leitfrage nachgingen und zum Teil zeitgleich zueinander stattfanden. Die Leitfragen der einzelnen Foren lauteten:

- „Welche Entwicklung wird Riedberg²⁰ nehmen?“
- „Wie kann ich eigene Ideen realisieren? (Finanzen/Fördergelder)“
- „Wahlen, Gremien und der AStA – welche institutionellen Formen der Partizipation gibt es?“
- „Wie kann ich an der Weiterentwicklung von Studiengängen und Studienbedingungen mitwirken?“
- „Wie soll die Goethe-Universität 2025 aussehen?“
- „Was ist die Basis universitären Handelns? (Einführung ins Hochschulrecht)“

Im Anschluss an die Veranstaltung fanden zwei konkrete Maßnahmen zur Steigerung der studentischen Partizipation an der Goethe-Universität Umsetzung.

Das Online-Informationsportal für studentische Partizipation

Eine dieser Maßnahmen war die Errichtung eines Informationsportals, in dem Partizipationsmöglichkeiten aufgezeigt und Hintergrundwissen zu studentischer Beteiligung bereitgestellt werden (vgl. OVGU 2014). Dieses Portal enthält etwa einen Bericht zum Projektvorhaben zur Steigerung studentischer Partizipation selbst sowie – geordnet unter verschiedenen Reitern – Informationen zu den unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten für Studierende. Ebenso wird es genutzt, um auf Studierendenbefragungen sowie aktuelle Projekte mit studentischer Beteiligung aufmerksam zu machen.

¹⁹ Rahmenordnung für gestufte und modularisierte Studiengänge der Goethe-Universität Frankfurt

²⁰ Naturwissenschaftlicher Campus der Goethe-Universität Frankfurt

Die curriculare Verankerung studentischer Partizipation: Das Optionalmodul

Auch kam es zur Umsetzung des Vorschlags des AK Rahmenordnung: Eine Verpflichtung zum Angebot von Optionalmodulen wurde in die Rahmenordnung für gestufte und modularisierte Studiengänge der Goethe-Universität verankert. Die curriculare Anerkennung außercurricularen Engagements wurde somit möglich gemacht. Unter bestimmten Voraussetzungen können sich Studierende ihre partizipativen Aktivitäten demnach unter in Form von ECTS-Leistungspunkten anrechnen lassen; etwa können für eine Mitarbeit in der Selbstverwaltung der Hochschule 4 ECTS angerechnet werden. In der Rahmenordnung für gestufte und modularisierte Studiengänge der Goethe-Universität Frankfurt vom 30. April 2014 in der Fassung vom 15. Juli 2020 heißt es dazu wie folgt:

„§ 11 Studienaufbau; Modularisierung: (6) Alle Studiengänge sollten, die Ein-Fach-Bachelorstudiengänge sowie Bachelor-Hauptfach-Teilstudiengänge müssen Optionalmodule enthalten, innerhalb derer die Studierenden nach Maßgabe der studiengangsspezifischen Ordnung aus den Angeboten der Goethe-Universität wählen können. Dabei sollen hochschulpolitische Aktivitäten berücksichtigt werden.“²¹

3.3.2. *enterscience – ein intersektionelles Projekt für Studierende aller Fachrichtungen der Universität Bremen*

Die zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft sowie der Umgang mit ihr im akademischen Raum ist für viele Hochschulen herausfordernd. Nicht immer werden geeignete Lösungen hervorgebracht. Ein Resultat dieses Umstands seien ungleiche Teilhabechancen der Studierenden (Universität Bremen 2017a). Das Projekt *enterscience* gehe dagegen vor. Es wurde ins Leben gerufen, um die bestehenden Herausforderungen des Fachbereich 9 Kulturwissenschaften der Universität Bremen zu bearbeiten – und zwar eben jene, die sich aus einer zunehmend heterogenen Studierendenschaft ergeben.

Das Projektvorhaben zielt nicht einzig darauf ab, über eine Einführung neuer partizipativer Möglichkeiten zur Mitgestaltung (der Hochschule) die Teilhabechancen heterogener Studierendengruppen zu erhöhen. Auch soll eben jenen (herkömmlicherweise weniger zur Geltung kommenden) Gruppen hochschulöffentlich größere Sichtbarkeit verschafft werden. Vorgesehen ist etwa, Studierende aktiv in die Mitgestaltung der Lehre bzw. die (Weiter-)Vermittlung der Lehrinhalte mit einzubeziehen. Umgesetzt werden soll dieses z.B., indem Tutor.innen-Stellen für Studierende höherer Semester etabliert werden. Zudem kommen in dem Projekt – anknüpfend an den konzeptionellen Ansatz des Forschenden Lernens – diversitätssensible Lehr-Lern-Räume zum Einsatz. Als (übergeordnete) Projektziele sind formuliert worden:

- Studierende aktiv mitgestalten zu lassen (etwa im Rahmen von Teamteaching),
- Studierende im Studieneinstieg sowie Studienübergängen zu begleiten und Studienabbrüche zu verringern,
- die Universität sozial zu öffnen sowie
- *widening participation* und *empowerment* zu ermöglichen (Kaufmann/Satilmis 2017: 14).

Zudem soll das Projekt die Funktion einer Schnittstelle zwischen Studium, Lehre und wissenschaftlicher Nachwuchsförderung erfüllen. Etwa sollen den Studierenden die Abläufe des Wissenschaftsbetriebs nähergebracht werden, um einerseits den Studierenden die hochschulischen Strukturen besser verständlich zu machen sowie andererseits (erste) Kontakte zu anderen Wissenschaftler:innen zu ermöglichen. Letzteres sei besonders wichtig in Anbetracht des Umstands, dass Studierende ohne akademischen familiären Background – und somit in der

²¹ https://www.uni-frankfurt.de/95837297/2020_12_22_Novellierung_RO_mit_Anlagen__Seitenzahlen.pdf (10.3.2021)

Regel gekennzeichnet durch den Mangel an Vorbildern oder Kontakten mit engen Verbindungen zum Wissenschaftsbetrieb – bloß selten eine berufliche Tätigkeit in Wissenschaft und Forschung anstreben. (Universität Bremen 2017b)

Letztlich lässt sich entercience als eine strategische Maßnahme zur Umsetzung des Qualitätskriteriums Diversität bzw. Heterogenität einordnen, mit der Partizipation und Kompetenzen gestärkt sowie die Vernetzung von heterogenen Studierenden ermöglicht und gefördert werden (sollen) (vgl. Kaufmann/Satilmis 2017: 17). Das oben angeführte Vorhaben, Tutor.innen-Stellen zu etablieren, knüpft an die Überlegungen von Dippelhofer (2004: 9) an, hochschulpolitisches Engagement Studierender zu erhöhen, indem die Hochschule stärker in den Interessen- und Lebensmittelpunkt der Studierenden rückt. Bezugnehmend darauf lässt sich im weiteren mutmaßen, dass sich Studierende aufgrund ihrer Einbindung in die Wissensvermittlung bzw. Lehrgestaltung ebenfalls dafür aktivieren lassen, auch weitere Partizipationsmöglichkeiten an der Hochschule wahrzunehmen.

3.3.3. *Referat für studentische Partizipation – AStA HAW Hamburg*

Um die studentische Partizipation für Studierende an ihrer Hochschule zu erhöhen, wurde an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg) durch den AStA das *Referat für studentische Partizipation* ins Leben gerufen. Aus einer Stellungnahme auf der Website des AStA²² gehen Informationen über gesteckte Ziele und geplante Maßnahmen des Referats hervor, über die in diesem Kapitel nachfolgend berichtet wird.

Demnach sei es dem Referat vor allem ein Anliegen, Studierende – über die bloße Mitwirkung in Gremien hinausgehend – in die Entwicklung der Hochschule mit einzubinden. Dafür gelte es, die Bedürfnisse der Student.innen verstärkt in den Fokus der Hochschule zu rücken, Anpassungen in der Seminar- und Zeitplangestaltung anzuregen sowie die allgemeinen Studienbedingungen zu verbessern.

In den Anführungen des Referats lassen sich Parallelen zu den Überlegungen von Ditzel/Bergt (2013: 183f.) und Dippelhofer (2015: 148f., 156) finden: Ebenso wie die erwähnten Autoren formuliert auch das Referat den Anspruch – mit dem Ziel studentische Partizipation zu aktivieren und zu verstärken –, Studierende an die hochschulischen Strukturen enger zu koppeln, indem Fachschaften gestärkt und das allgemeinpolitische Interesse gefördert werden.

Um die Bedürfnisse der Studierendenschaft auch in der Praxis umsetzen zu können, müsse die Vernetzung innerhalb der Fachschaftsräte der Hochschule verbessert werden. So könne ein Austausch bereits aktiv partizipierender Studierender über die eigenen Studierendenvertretungen hinaus etabliert werden. Es ließen sich Bedürfnisse der Studierenden der einzelnen Fachbereiche sammeln und gemeinsam organisieren – um letztlich besser auf die Wünsche der gesamten Studierendenschaft eingehen zu können. Über gut vernetzte Fachschaftsräte ließe sich auch unkompliziert eine „alternative Orientierungswoche“ veranstalten, mit der Studienanfänger.innen in die Strukturen der Hochschule eingeführt werden.

Zudem soll den Hochschulneulingen die Stadt Hamburg und ihre gesellschaftspolitischen Ereignisse nähergebracht werden. Dadurch würde nicht nur ihr (politisches) Verständnis des Studienorts gefördert, sondern auch ihr potenzielles Engagement an der Hochschule in eine gesamtgesellschaftliche Dimension eingebettet werden.²³

²² <https://www.asta.haw-hamburg.de/referat-f%C3%BCr-studentische-partizipation.html> (3.5.2020)

²³ Auch hier sind Parallelen zu Dippelhofer (2015: 156f.) erkennbar: Um Studierende auch über die unmittelbaren Belange ihres Studiums hinaus für gesellschaftspolitische Themen zu begeistern, sei die Herstellung einer Bewusstseinsbildung hinsichtlich einer gesamtgesellschaftlichen Dimension ihres wissenschaftlichen Handelns notwendig. Aufgrund dessen sei eine Sensibilisierung der Studierendenschaft bzgl. Mitbestimmung und Partizipation und den daraus erreichbaren Chancen nicht nur hinsichtlich ihres unmittelbaren Studiums wichtig.

Damit gezielt auf Themen der Lebenswelt der Studierenden eingegangen werden kann, möchte das Referat Diskussions- und Beteiligungsräume schaffen. Partizipative Methoden – wie etwa ein World Café – könnten eine informelle studentische Beteiligung in Gestalt der Äußerung von Wünschen erleichtern.

Grundsätzlich ziele das Referat darauf ab, Beteiligungsräume von und für Student:innen zu schaffen und diese so zu stärken, dass Partizipationsmöglichkeiten auf einer eher informellen Ebene aufgezeigt werden – um daran anschließend auch auf einer formelleren Ebene handlungsfähiger zu sein. Der Versuch lautet, über die (informelle) Auseinandersetzung mit studienbezogenen Themen Studierende zur Partizipation (in Qualitätsfragen) zu aktivieren.

3.3.4. *Student's Day an der Bergischen Universität Wuppertal – ein partizipatorisches Instrument zur Studiengangentwicklung*

Die flächendeckende Einrichtung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland verlange es, angepasste Evaluationsmaßnahmen einzuführen, mithilfe derer Studiengangqualität gesichert und weiterentwickelt werden kann. 2010 führte die Bergische Universität Wuppertal (BUW) erstmalig ein neugeschaffenes partizipatorisches Instrument zur Studiengangevaluation und -verbesserung durch – den *Student's Day*.²⁴

Problematik und Ausgangssituation: Quantitative Lehrveranstaltungsevaluationen in Form von Fragebögen betrachten lediglich einzelne Kurse des Fachstudiums. Sie bieten keine hinreichende Basis für die Bewertung der Studiengangsentwicklung, da sie Probleme in der Abstimmung der Studieninhalte oder der Studiengangkoordination weder erkennen noch offenlegen. Probleme systematischer Natur werden somit nicht abgebildet.

Ablauf und Vorgehen: Es handelt sich bei dem *Student's Day* um eine eintägige Veranstaltung, die einmal jährlich am Ende des Wintersemesters stattfindet und sich im wesentlichen in zwei Phasen gliedert. Die erste Phase ist als Workshop in Form einer Zukunftswerkstatt definiert, an der ausschließlich die Teilnahme von Studierenden des jeweiligen Faches vorgesehen ist. Beim ersten *Student's Day* übernahm ihre Moderation ein Mitarbeiter der „Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der BUW“, unterstützt durch zwei studentische Hilfskräfte. Die Zukunftswerkstatt sah methodisch vor, dass drei unterschiedliche Phasen durchlaufen werden: eine Kritikphase, eine Phantasiephase sowie eine Realisierungsphase. So sollten auf kreativem Wege Lösungsvorschläge für die stagnierende Entwicklung der Qualität der Studienfächer gefunden werden.

Für die zweite, anschließende Phase des *Student's Day* war vorgesehen, die im Rahmen der Zukunftswerkstatt erarbeiteten Ergebnisse den Dozierenden zur gemeinsamen Diskussion zu präsentieren. Konzeptionell ist beabsichtigt, dass hieraus ein ergebnisbewertendes Gespräch zwischen Studierenden und Dozierenden erwächst, in dem gemeinsame Zielsetzungen ausgehandelt und anschließend festgelegt werden. Im nächsten Schritt sollen diese dann für die Ausrichtung von Arbeitsprozessen herangezogen werden, aus denen Teilprojekte, Aktionspläne sowie Initiativen zur Verbesserung der fachspezifischen Studienbedingungen entwickelt werden. Mittel- und langfristige Zielsetzungen werden in eine für alle Teilnehmer:innen transparente To-Do-Liste überführt. Durch Aushänge und Website-Beiträge sollen der Öffentlichkeit gegenüber die Ergebnisse kommuniziert werden.

Die Umsetzung ausgearbeiteter Aktionspläne ist unmittelbar im Anschluss an den *Student's Day* vorgesehen. Bei der nächsten Ausgabe des *Student's Day* im jeweiligen Folgejahr soll dann überprüft werden, inwiefern Zielsetzungen der vorangegangenen Evaluationsrunde – so wie

²⁴ Sämtliche Schilderungen in diesem Kapitel zu den Eigenschaften und der praktischen Umsetzung dieser Maßnahme entstammen Venn (2013: 60ff.).

vorgesehen – auch tatsächlich umgesetzt wurden. Den Abschluss einer jeden Veranstaltung markiert eine Fachparty in entspannter Atmosphäre.

Stärken und Potenziale: Das Instrument ermöglicht einen Dialog auf Augenhöhe, wodurch sich Studierende in ihren Bedarfen und Wünschen ernstgenommen fühlen. Das Format der Zukunftswerkstatt bietet einen Raum für Kommunikation, Ideenfindung und das Entwerfen von Problemlösungen. Die notwendigen Voraussetzungen für eine direkte Überführung von konstruktiver Kritik und Anregungen in die Ausarbeitung und Umsetzung von QES-Maßnahmen ist ebenfalls gegeben. Die Evaluation der Umsetzung vereinbarter Maßnahmen des vorangegangenen Student's Day sorgt zudem für hinreichenden Handlungsdruck für die Verantwortlichen. Eine zeitnahe Maßnahmenumsetzung wiederum kann Glaubwürdigkeit und Akzeptanz hervorrufen. Das Publimachen der Ergebnisse sowie die jährliche Evaluation der Vorgänge sorgen überdies für Transparenz. Auch wird den Studierenden Eigenverantwortung zugesprochen – ohne sie jedoch zu einer dauerhaften und langwierigen Beteiligung zu verpflichten.

Hieraus könnte möglicherweise Motivation für weitere Partizipationsaktivitäten entspringen, die demokratisch-orientierte Fachkultur Belebung erfahren und sich die Identifikation Studierender mit Studiengang und Hochschule nachhaltig verbessern. Auch kann davon ausgegangen werden, dass durch die Veranstaltung Initiativen Studierender Auftrieb erhalten: Im Nachklang der ersten Veranstaltung konnten etwa verstärkte Aktivitäten studentischer Initiativen beobachtet werden.²⁵

Konkrete Ergebnisse des ersten Student's Day der Politikwissenschaft an der BUW: Die im Rahmen der zweiten Veranstaltung durchgeführte Evaluation des ersten Student's Day konnte positive Entwicklungen konstatieren. Positiv angemerkt wurden etwa:

- das Angebot abwechslungsreicher Seminarformen, der intensiveren thematischen Verknüpfung zusammenhängender bzw. aufeinander aufbauender Veranstaltungen, die vermehrte Integration von (digitalen) Medien in Lehrveranstaltungen, der Ausbau eines Mentorensystems sowie eine strukturiere Raumplanung;
- die Integration einer jährlich stattfindenden dreitägigen Studienfahrt zu den Institutionen und Einrichtungen der Europäischen Union (EU) nach Brüssel (als Reaktion auf das Feedback, es würde an Exkursionen fehlen);
- die Einführung der Möglichkeit, Anschaffungsvorschläge für Fachliteratur (für den Bibliotheksbestand) bei den Fachverantwortlichen einzureichen,
- die Etablierung eines fachspezifischen Newsletters, der hochschulexterne Kooperationen anführt, Informationen zur beruflichen Orientierung listet und (freiwilliges) hochschulisches Engagement wertschätzt,
- die Einbindung von Gastvorträgen internationaler Experten, englischsprachiger Literatur sowie aktueller politischer Themen in Studium und Lehre sowie
- den Beginn der Planung eines Masters im Fach Politik.

Die Veranstaltung wurde von Studierenden darüber hinaus genutzt, um auch Themen anzusprechen, die weniger fachspezifisch sind und die allgemeinen Studienbedingungen betreffen. Die geäußerten Anregungen wurden anschließend an das Rektorat weitergeleitet. Thematisiert wurden unter anderem

- längere Öffnungszeiten der Universitätsgebäude,
- der Bedarf an neuen Raumkonzepten,
- die Möglichkeit einer in regelmäßigen Abständen erfolgende Qualitätsprüfung der universitären Einrichtungen sowie

²⁵ Im Rahmen des Student's Day festgehaltene Anregungen zur Stärkung der Studierendengemeinschaft wurden etwa von einer studentischen Initiative selbst in die Hand genommen und eigenständig verwirklicht. Konkret kam es in Folge dessen zur Organisation von gemeinsamen Filmabenden, Diskussionen sowie Beratungsangeboten für Studienanfänger:innen.

- die Erweiterung von Trainingsangeboten, die auf den Erwerb von Schlüsselqualifikationen abzielen.

Bedarfe und Schwierigkeiten: Verglichen mit der Gesamtzahl aller Studierenden des Faches war die Anzahl der Teilnehmenden bei der ersten Veranstaltung verhältnismäßig gering.²⁶ Ursächlich dafür könnten vorausgegangene Schwierigkeiten in der Terminfindung sein. An den Semesterenden haben bei den Studierenden für gewöhnlich ihre Prüfungen oberste Priorität. In den Semesterferien hingegen werden typischerweise nur wenige Gedanken dem universitären Geschehen gewidmet. Während des Semesters wiederum stellen insbesondere die Verpflichtungen bzw. der hohe Studienaufwand der 2-Fach-Studierenden einen Hindernisfaktor dar. Venn (2013: 69) stellt daher die Überlegung in dem Raum, dass eine Teilnahme an solch einer Veranstaltung für Studierende auch verpflichtend sein könnte. Zudem sei es notwendig, die durch die Veranstaltung gebotenen Chancen zur Geltendmachung der eigenen individuellen Bedürfnisse, im Rahmen der Werbung für das Event stärker in den Fokus zu rücken.

3.3.5. *YOUiversity – Studentische Online-Partizipation zur Mitgestaltung von Seminarinhalten an der HHU Düsseldorf*

An der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) erwuchs im Rahmen des Lehrmoduls „Theorie und Praxis der Online-Partizipation“ die Idee einer Online-Plattform, die Studierenden eine Online-Partizipation an Lehrveranstaltungen ermöglicht. Seit dem Wintersemester 2015/16 führt die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf unter dem Namen *YOUiversity* ein diese Überlegungen umsetzendes Projekt durch. Den Studierenden soll damit eine Partizipationsplattform geboten werden, über die sie eigene Ideen und Vorschläge in die Lehrgestaltungen einbringen und die Lehrveranstaltungsinhalte selbst mitgestalten können. Die Plattform ermöglicht drei unterschiedliche Beteiligungsformate:

- „Diskussionsschwerpunkte“ (Dozierende geben ein Thema vor; Studierende bestimmen Diskussionsschwerpunkte und legen diese hinzu; anschließend werden diese besprochen),
- „Themenvorschläge“ (Studierenden wird der Raum gegeben selbst Themen vorzuschlagen) sowie
- „Ideen sammeln und bewerten“ (Ideen der Studierenden werden gesammelt und gemäß ihrem Potenzial für die Lehrgestaltung bewertet). (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf o.J.)

Die hier skizzierte Online-Plattform der HHU Düsseldorf wird womöglich bloß geringfügig das hochschulpolitische Partizipationsverhalten Studierender verstärken können. Es liegt jedoch auf der Hand, dass eine solche Maßnahme eine Möglichkeit bietet, Studierende in Lehrveranstaltungen aus ihrer oftmals passiven Rolle des Rezipienten zu holen und sie zu motivieren, die Lehrveranstaltung aktiv mitzugestalten. Auch entstehen dadurch, dass die Umsetzung eigener Vorschläge bzw. die Wertschätzung eigener Ideen erfahren wird, Erfolgserlebnisse. Diese könnten die Studierenden dazu motivieren, sich auch in anderen (Studierendenpartizipation erfordernden) Bereichen des Hochschulgeschehens aktiv(er) einzubringen.

²⁶ Im zweiten Jahr hatte sich die Teilnehmerzahl der Veranstaltung des Vorjahres allerdings bereits verdoppelt.

3.4. Erfahrungen an der Otto-von-Guericke-Universität

3.4.1. *Studentische Partizipation an der OVGU*²⁷

Studierenden der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (OVGU) werden vielfältige Möglichkeiten geboten, sich an den demokratischen Prozessen der Hochschule zu beteiligen. So gibt es neben zentralen und dezentralen Gremien über 40 studentische Organisationen an der OVGU, die eine aktive Partizipation am hochschulischen Geschehen ermöglichen (OVGU 2014). Das höchste studentische Vertretungsorgan der Hochschule ist der Studierendenrat (StuRa), der durch eine Struktur ähnlich einem Rätemodell gekennzeichnet ist.

Neben den Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung existieren weitere Möglichkeiten, das Studium und die Lehre an der OVGU aktiv mitzugestalten. Diese werden etwa im Rahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung (QES) der Hochschule geboten, deren Anliegen es ist, die Qualitätsziele und -standards der einzelnen Studiengänge zu sichern. Die Studierenden sind nicht nur die Zielgruppe von QES-Prozessen, sondern können und sollen zur Qualitätssicherung diese Prozesse auch aktiv mitgestalten. Von den Auswirkungen der Gestaltung von QES-Prozessen in Studium und Lehre sind Studierende direkt betroffen. Deshalb ist es wünschenswert, wenn sie ihre Erfahrungen einbringen und sich am Qualitätsprozess beteiligen. Durch den Beitrag des Expertenwissens Studierender können QES-Prozesse an Qualität gewinnen und letztlich zielgenauer ausgerichtet werden.

Das System der QES an der OVGU ist durch einen gemeinschaftlichen Weg geprägt. Neben den etablierten zentralen und dezentralen Gremien wurden Qualitätsbeauftragte auf zentraler (ZQB), dezentraler/fakultativer (FQB) sowie studentischer Ebene (SQB) eingeführt. Dadurch soll sichergestellt werden, dass es sowohl bei jeder Fakultät als auch auf zentraler Ebene sowie für die Gruppe der Studierenden dezidierte Ansprechpartner:innen für Qualitätsfragen gibt. Die Qualitätsbeauftragten bilden gemeinsam mit Vertreter:innen des Zentrums für Lehrerbildung (ZLB) sowie des Zentrums für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) die regelmäßig tagende Arbeitsgruppe der Qualitätsbeauftragten (AG QB). Sie soll das Forum für einen kontinuierlichen Austausch der Arbeitsebene bieten und trägt dazu bei, Gremienarbeit zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Das Sachgebiet Qualitätssicherung im Dezernat Studienangelegenheiten bildet in der Charakteristik einer Verwaltungseinheit die zentrale Serviceeinheit für das QM-System der Hochschule.²⁸ Dabei bekleidet die Sachgebietsleitung gleichzeitig die Position der zentralen Qualitätsbeauftragten (ZQB).

Anhand ihres QES-Konzepts möchte die OVGU ihren Hochschulangehörigen einen Dialog auf Augenhöhe ermöglichen, allen Statusgruppen hinreichend Gehör verschaffen sowie Partizipationsmöglichkeiten anbieten. Anders als bei formalisierten Verfahren soll hierbei das Dialogformat offener und niedrigschwelliger gehalten werden. Provoziert werden sollen dadurch umfassendere Mitwirkungsaktivitäten in Fragen der Qualitäts- und Studiengang(weiter)entwicklung. Um dieses Konzept in der Praxis umzusetzen, bedient sich die OVGU dem Einsatz verschiedener Instrumente:

■ Jährlich einmal finden Studiengangsgespräche statt, im Rahmen derer Studierenden eines Studiengangs ermöglicht wird, sich mit ihren Lehrenden zu (z.T. selbst gewählten) Themen aus Studium und Lehre auszutauschen. Im Rahmen einer (zumindest) einmal im Qualitätsturnus²⁹

²⁷ Sofern nicht anders angegeben, entstammen die in diesem Kapitel angeführten Informationen der Kommunikation mit den Verantwortlichen der Arbeitsgemeinschaft der dezentralen Qualitätsbeauftragten (AG QB) (hier anonymisiert dargestellt) sowie dem Webaufruf des Sachgebiet Qualitätssicherung der OVGU: www.qualitaet.ovgu.de (22.6.2020).

²⁸ Für die organisatorische Einbindung von Qualitätsmanagement an deutschen Hochschulen lassen sich mehrere Modelle in der Praxis beobachten: Stabsstelle, Verwaltungsabteilung und Referat sowie zentrale Einrichtungen bzw. Institute (Brase/Ansmann/Seyfried 2015: 3).

²⁹ Dieser beträgt maximal acht Jahre und findet Regelung durch interne Ausführungsbestimmungen.

stattfindenden Studiengangskonferenz wird im weiteren auch hochschulöffentlich – unter Einbezug der Qualitätsbeauftragten, von Vertreter:innen des Dekanats sowie hochschulexternen Personen – ein Austausch zu (studiengangbezogenen) Qualitätsfragen ermöglicht.

■ Die Studierenden werden auch im Rahmen zentraler sowie dezentraler Befragungen in die QES-Prozesse eingebunden. Während die zentralen Befragungen die Studierenden von Studienbeginn über Studienverlauf bis hin zum Studienende begleiten, werden die dezentralen Befragungen, wie z.B. Lehrveranstaltungsevaluationen, sowohl auf Fakultätsebene durchgeführt als auch dort verantwortet. Die Ergebnisse beider Befragungen werden im Rahmen der Studiengangsgespräche und -konferenzen rückgekoppelt und reflektiert.

■ Den Studierenden wird ebenfalls ermöglicht, sich über Gremienstrukturen – etwa der Kommission für Studium und Lehre (KSL) – am Hochschulgesehen zu beteiligen. Neben der Stelle des (zentralen) SQBs wurde an einigen Fakultäten die Position eines fakultätseigenen SQBs etabliert. In Qualitätsfragen sollen sie insbesondere den Studierenden, aber auch allen anderen Hochschulmitgliedern, als erste Ansprechpartner:innen zu Verfügung stehen.

■ Um den Hochschulangehörigen eine weitere Möglichkeit zu geben, an den Prozessen in Studium und Lehre zu partizipieren, bietet das Sachgebiet Qualitätssicherung das Kontaktformular *BesserMacher* an. Über dieses können Studierende wie auch Mitarbeiter:innen anonym Anregungen und Verbesserungsvorschläge einsenden und damit an der Gestaltung und Entwicklung der Lehrqualität mitwirken. Dieses Angebot ermöglicht eine Beteiligung an den QES-Prozessen der Hochschule, die – anders als eine Beteiligung im Rahmen von Studiengangsgesprächen und -konferenzen – die physische Anwesenheit der partizipierenden Person zu einem terminierten Zeitpunkt nicht voraussetzt.

Mit dem alleinigen Angebot an unterschiedlichen Partizipationsmöglichkeiten gehen allerdings nicht automatisch auch die gewünschten Erträge (an studentischer Beteiligung) einher. Die QES-Verantwortlichen konstatieren im Rahmen von QES-Prozessen einen (erheblichen) Mangel an tatsächlichen Mitwirkungsaktivitäten seitens der Studierenden. Festmachen ließe sich dieser vor allem an ausbleibenden Teilnahmen bzw. Anwesenheiten in den Gremiensitzungen, etwa in denen der KSL, sowie in den Studiengangsgesprächen und -konferenzen. Darüber hinaus zeigt sich gegenwärtig (Stand: 6/2020) die Stelle des zentralen studentischen Qualitätsbeauftragten (SQB) nicht besetzt.

Zu erkennen sei eine Differenz im Partizipationsverhalten in Abhängigkeit von der Studiengangsgröße: In der Regel sei es so, dass Studierende aus Studiengängen mit einer nur geringen Studierendenzahl umfassender bzw. häufiger aktiv partizipieren, als jene Studierende aus Studiengängen mit einer vergleichsweise hohen Anzahl an Studierenden. Fachkulturell seien hingegen keine gravierenden Unterschiede im Partizipationsverhalten auszumachen.

Beweggründe für die Ablehnung bzw. die begrenzte Wahrnehmung der partizipativen Angebote seitens der Studierenden ließen sich nicht nachzeichnen. Auffällig sei jedoch, dass Studierende, wenn sie sich denn aktiv an den Partizipationsangeboten beteiligten, „überrascht“ seien, über welchen (unerwartet hohen) Impact ihre Mitwirkung auf die Qualitätsentwicklungen in Studium und Lehre verfügt. Entsprechend falle das direkte Feedback der Student:innen im Anschluss ihrer Teilnahme an Beteiligungsformaten wie der Studiengangskonferenz in der Regel positiv aus.

3.4.2. *Maßnahmen und Aktivitäten der OVGU zur Verbesserung der studentischen Partizipation*³⁰

Informationen zu den unterschiedlichen Partizipationsangeboten werden vom Sachgebiet Qualitätssicherung auf seiner Website (www.qualität.ovgu.de) transparent gemacht. So finden im Rahmen eines Studierendenpanels regelmäßig Längsschnitterhebungen statt, deren Auswertungsergebnisse anschließend auf dieser Website zugänglich gemacht werden. Auch werden hier die Jahresberichte für Studium und Lehre veröffentlicht, in denen Ereignisse, Leistungen und Entwicklungen (einzelner) Fakultäten präsentiert werden.

Das alleinige Anzeigen von Informationen zu QES-Prozessen in SuL sowie vorhandenen Partizipationsangeboten erweise sich selten als hinreichend, wenn es darum geht, vorhandene Beteiligungsmöglichkeiten und -chancen transparent zu machen. Auch müsse den Studierenden die Relevanz ihrer eigenen Beteiligung deutlich werden. Diese gelte es daher, den Studierenden aufzuzeigen und verständlich zu machen. (Vgl. Ditzel/Bergt 2013: 184f.) Für dieses Anliegen können sich Bezugspersonen bzw. (idealerweise feste) Ansprechpartner:innen für die Studierenden als hilfreich erweisen.

Die OVGU bietet ihren Studierenden solche Ansprechpersonen durch die Einrichtung von FQB-Stellen sowie an manchen Fakultäten durch die Eingliederung dezentraler SQBs auf Fakultäts-Ebene an. Studierenden wird somit die Möglichkeit geboten, mit einer sachverständigen Person in direkten Kontakt treten zu können. In dem oftmals als anonym empfundenen Hochschulbetrieb müsse den Studierenden – will man sie dazu aktivieren, an QES-Prozessen in SuL zu partizipieren – das Gefühl gegeben werden, dass ihre Bedarfe ernst genommen werden (vgl. Bargel 2000: 2).

Als Maßnahme, um die Partizipation Studierender zu fördern und die Studierendenschaft zu einer stärkeren Beteiligung zu motivieren, wird versucht, die Studierenden sowohl auf zentraler als auch auf dezentraler Ebene über unterschiedliche Kanäle zu erreichen. Beispielsweise wurde der Versuch unternommen, an einigen Stellen die studentische Partizipation durch Incentivierung zu flankieren. Einerseits wurde dieses umgesetzt, indem Gutscheine und Sachgegenstände verteilt wurden; andererseits erfolgten attraktive Gestaltungen von Studiengangskonferenzen und KSL-Sitzungen. Letztlich habe der Einsatz von Incentives jedoch zu keiner wahrnehmbaren positiven Veränderung der studentischen Partizipation geführt.

Die OVGU ist durchaus bemüht, der nicht zufriedenstellenden studentischen Partizipation durch das Aufgebot unterschiedlicher Instrumente entgegenzusteuern. Wenn jedoch studentische Beteiligung an QES-Prozessen in SuL trotz zahlreicher vorhandener Partizipationsangebote ausbleibt, dann ist es angezeigt zu analysieren, worin dieser Mangel begründet ist und was unternommen werden kann, um die Studierenden künftig besser in die hochschulischen Prozesse zu integrieren. Nachfolgend werden dazu einige Vorschläge gemacht.

3.4.3. *Impulse für die Gestaltung und Stärkung von QES-Partizipation Studierender an der OVGU*

Anpassungen bei der Incentivierung

Der Einsatz von Incentives ist insgesamt positiv zu bewerten, jedoch gibt es Faktoren, die bei künftigen Incentivierungsvorhaben stärker berücksichtigt werden könnten. Aus der Fachliteratur geht hervor, dass, um eine Incentivierung erfolgreich zu gestalten, vor allem Augenmerk

³⁰ Sofern nicht anders angegeben, entstammen die in diesem Kapitel angeführten Informationen der Kommunikation mit den Verantwortlichen der Arbeitsgemeinschaft der dezentralen Qualitätsbeauftragten (AG QB) (hier anonymisiert) sowie dem Webauftritt des Sachgebiet Qualitätssicherung der OVGU: www.qualität.ovgu.de (22.6.2020).

auf ihren zielgerichteten Einsatz gelegt werden muss. Das bedeutet: Im Voraus einer Incentivierung gilt es zu analysieren, welche Anreize die gewünschten Effekte bei den Adressaten auslösen. (Vgl. Heckhausen/Heckhausen 2010: 5f.) Die notwendigen Informationen für eine solche Analyse ließen sich etwa einholen, indem in die bereits vorhandenen Studierendensurveys der OVGU Fragen zu Partizipationserfahrungen und -Motivationsfaktoren integriert werden. Alternativ ließe sich auch eine neue Umfrage starten, die sich ausschließlich mit den Partizipationserfahrungen der Studierenden beschäftigt.

Es ist durchaus vorstellbar, dass die bisher eingesetzten Anreize die Studierenden nicht bei ihren Motivationsimpulsen abholen – der den Incentives zugrundeliegende Aufforderungsmechanismus als nicht die erwünschte Wirkung entfaltet. Dementsprechend scheint es sinnvoll zu prüfen, an welcher Stelle der (heterogenen) studentischen Partizipationsneigungen gegenwärtig angeknüpft wird: Bereits aktiv partizipierenden Studierenden gilt es etwa mit anderen Formen der Incentivierung zu begegnen als sich bislang eher passiv oder nur punktuell beteiligenden Studierenden. Relevant für eine adäquate Anpassung der Incentivierung sind Informationen dazu, ob Studierende sich eher kurz- oder längerfristig engagieren möchten. Dabei ist anzunehmen, dass es sich als zielführender erweist, Motivationsfaktoren zu bedienen, die im direkten Zusammenhang mit dem Studienleben stehen – und nicht solche, die mit dem Studienalltag kaum gemeinsame Schnittstellen haben.

Für Studierende, die bislang kaum bis gar nicht aktiv sind, können etwa prüfungswirksame Anerkennungen einen motivierenden Partizipationsfaktor darstellen. Diese ließen sich z.B. in Form von Leistungspunkten umsetzen, die für die Teilnahme an Studiengangsgesprächen bzw. -konferenzen im Rahmen eines (Optional-)Moduls vergeben werden. Eine Beteiligung an QES-Prozessen in SuL wäre somit an prüfungswirksame (Bonus-)Punkte gekoppelt. (Vgl. Oppl 2019: 58f.)

Bereits aktiv an QES-Prozessen beteiligte Studierende hingegen ließen sich wohl eher durch wertschätzende, d.h. emotional gekoppelte Anreize zu weiterem Engagement begeistern – etwa über Ehrungen, Zertifikate o.ä. Dem mit solchen Auszeichnungen einhergehende symbolische Wert wird in dieser Gruppe in der Regel eine höhere Wirksamkeit zugesprochen als dem ökonomischen Wert von Incentives (vgl. Stadtmüller/Port 2005: 11; Pforr 2005: 11). Über diesen Weg kann die bereits vorhandene intrinsische Motivation Studierender für partizipatives Verhalten direkt angesprochen werden. Bei bislang nicht aktiv partizipierenden Studierenden ist diese hingegen erst einmal zu aktivieren. Gleichwohl muss ein transparentes und faires System gefunden werden, welches keinen Studierenden benachteiligt.

Eine weitere Anerkennungsform können vergütete Stellen innerhalb des QM im Bereich SuL darstellen, die funktional als Schnittstellen zwischen ZQB, FQB, SQB und den Fachschaften dienen. Ein Anbieten von ‚festen‘ Stellen könnte dafür sorgen, dass zumindest jene – diese Stellen besetzenden – Studierenden enger an die Hochschule gebunden werden und die Hochschule damit stärker in ihren Interessen- und Lebensmittelpunkt rückt (Ditzel/Bergt 2013: 180).

Festzuhalten bleibt, dass oft nicht der ökonomische oder kurzfristige Wert gegebener Anreize positive bzw. motivierende Effekte erzielt. Zielführender ist es, wenn die zu beteiligenden Personen die Incentives als tatsächliche Wertschätzung empfinden und/oder in ihnen einen konkreten Nutzen erkennen. Stadtmüller/Port (2005: 11) konnten etwa nachweisen, dass nicht die Höhe des materiellen Anreizes den Umfang der Partizipation steigert. Der finanzielle Anreiz dürfe nicht als Bezahlung, sondern müsse vielmehr als eine Dankesbekundung wahrgenommen werden – als ein sogenannter „token of appreciation“ (Pforr 2015: 11).

Erfolgsgeschichten erzählen

Studierenden sollte offensiv bewusstgemacht werden, weshalb ihre Beteiligung an QES-Prozessen wichtig und sinnvoll ist, sowie inwiefern sich QES-Maßnahmen positiv auf ihr Studium auswirken (und sich bereits ausgewirkt haben) (vgl. Vaas 2006: 94). Dementsprechend sind

Informations- und Ergebnistransparenz miteinander zu verknüpfen – schließlich seien OVGU-Studierende nach Teilnahmen an Studienganggesprächen bzw. -konferenzen hinsichtlich der Wirkungskraft ihrer Beteiligung überrascht gewesen.

Potenziale der Studierendenpartizipation an der OVGU könnten sich demzufolge etwa dadurch entfalten, dass (verstärkt) über Erfolge bisheriger Mitwirkungsaktivitäten berichtet wird. Um die Notwendigkeit studentischer Beteiligung für die Hochschule zu untermauern, könnte es sich zudem als sinnvoll erweisen, Studierenden den Stellenwert bzw. die Bedeutung studentischer Partizipation für die QES in SuL zu verdeutlichen. Praktisch umgesetzt werden könnte dieses Vorhaben etwa, indem den Studierenden gegenüber die (Ergebnisse der) Jahresberichte SuL offensiv(er) präsentiert werden. Eine weitere Option könnte es darstellen, die stattfindenden Studiengangsbefragungen bzw. die aus ihrer Auswertung hervorgehenden Ergebnisse in einen für die Student:innen größeren und bedeutsameren Kontext einzubetten.

Vorhandene Daten nutzen

Vorliegende Daten aus Studierendenbefragungen lassen sich systematisch dafür nutzen, um Partizipationsangebote zu gestalten, die an den Bedarfen der heterogenen Studierendenschaft anknüpfen. So enthalten die Ergebnisse der OVGU-Erstsemesterbefragung des Wintersemesters 2018/2019 Informationen zu den Motiven der Hochschulwahl. Diesen lässt sich entnehmen, dass 70 % der befragten Studierenden die günstigen Lebensbedingungen am Hochschulstandort sowie knapp 60 % die Nähe der Universität zu ihrem Heimatort schätzen (OVGU 2019: 29).

Solche Daten, die Rückschlüsse zu der Bedeutung bzw. Rolle der universitären Lebensumgebung für die Studierenden zulassen, sollten in Überlegungen zur Ausgestaltung partizipationssteigernder Maßnahmen durchaus berücksichtigt werden. Die vom AStA der HAW Hamburg in die Wege geleiteten Projekte³¹ zeigen, wie entsprechende Überlegungen in der Praxis umgesetzt werden könnten: Mit dem Ziel, ihren Studierenden eine höhere Identifikation mit der Hochschule als (umfassende) Lebenswelt zu ermöglichen, wurden hier etwa konkrete stadtbezogene Maßnahmen in die Wege geleitet.

Langfristige Anreize setzen und Verantwortungsgefühl stärken

Vaas (2006) konnte nachweisen, dass bei studentischer Partizipation vor allem intrinsische Motive überwiegen. Daher darf die Frage im Raum stehen, ob extrinsische Motivationsformen – wie etwa die Vergabe von Incentives – langfristig tatsächlich Wirkung entfalten können. Dass sich Studierende durch den Erhalt eines materiellen Geschenks dazu motivieren lassen, an einer außercurricularen Veranstaltung teilzunehmen, ist kein hinreichendes Indiz dafür, dass sich diese Studierende auch aktiv und konstruktiv in die Prozesse der QES einbringen. Zielführender hinsichtlich der Erhöhung der Partizipationsbereitschaft sollte es sich hingegen erweisen, das Verständnis und das Verantwortungsgefühl der Studierenden für Qualität in SuL zu stärken. An der OVGU bietet es sich etwa an, das Konzept des Kontaktformulars BesserMacher weiterzuentwickeln – hin zu einem aktiv gelebten und transparenten Verbesserungsvorschlagswesen. Dafür spricht der bislang unbefriedigende Output des Instrumentes.

³¹ siehe dazu oben 3.3.3. Referat für studentische Partizipation – AStA HAW Hamburg

4. Fazit

Studierende – wie andere Hochschulangehörige auch – nehmen unentwegt Belastungen, Sub-optimales, Fehlzuordnungen, Konflikte etc. wahr und sammeln dadurch (unbewusst) fortwährend organisationsrelevantes Wissen. Insofern können Studierende als lebendige Monitoring-Akteure verstanden werden, deren Wissen für die Organisationsentwicklung abschöpfbar ist. (Vgl. Pasternack et al. 2018: 322) Das gilt auch für QES-Prozesse in Studium und Lehre. Insofern ist es ein Gebot der Klugheit, studentische Erfahrungen dabei einzubeziehen.

Nun ist im Grundsatz die Partizipation von Studierenden aus dem Hochschulsystem auch nicht mehr wegzudenken. Nicht zuletzt aufgrund der in den vergangenen Jahren zunehmenden Integration von QES-Prozessen stellen für Hochschulen aber fehlende bzw. nicht hinreichende studentische Mitwirkungsaktivitäten ein akutes Problem dar. Da akute Probleme in der Regel auch kurzfristige Lösungen erfordern, besteht an Hochschulen ein Bedarf an kurzfristigen Wirkungen von Maßnahmen zur Steigerung studentischer Partizipation. Materielle Anreize, wie etwa Incentives, könnten zwar solche Wirkung entfalten, gewährleisten jedoch nur bedingt eine längerfristiges Engagement Studierender. Untersuchungen zeigen, dass bei studentischer Partizipation vor allem intrinsische Motive überwiegen. Im Lichte dessen muss für Hochschulen ein Zielkonflikt prozessiert werden: Einerseits besteht ein Bedarf an kurzfristigen Wirkungen, andererseits entfalten intrinsisch-orientierte Anreize ihre Wirkung in der Regel erst mittel- bis langfristig.

Ungeklärt bleibt die Frage, ob extrinsische Motivationsformen langfristig verstärkend auf das Beteiligungsverhalten Studierender wirken können. Jedenfalls müssen beim Einsatz von Incentives die Belohnungskomponenten zielgerichtet eingesetzt werden. Das heißt: Die Studierenden müssen in ihren Bedarfen so abgeholt werden, dass ihre Motivationsimpulse genutzt werden. Erfahrungswerte belegen, dass es häufig nicht der ökonomische oder kurzfristige Wert der Anreize ist, der die gewünschten Effekte folgen lässt. Es kommt vor allem darauf an, dass die partizipierenden Personen Anreizsetzungen als tatsächliche Wertschätzung empfinden oder einen konkreten Nutzen in ihnen erkennen.

Zusätzlich zu kurzfristigen Anreizen, etwa in Form von Geldbeträgen, sind langfristig orientierte Anreize notwendig. Solche können etwa (1) bei entsprechender Aktivität und Kontinuität erweiterte Mitwirkungsrechte und Gestaltungsmöglichkeiten in Aussicht stellen, (2) einen offensiven strategisch angelegten Vorteil (Berufschancen, Stipendien, Wissenszuwachs u.ä.) beinhalten und/oder (3) einen lockeren Wettkampf unter Studierenden anregen, indem sie (periodisch) Ideen für Qualitätsverbesserungsinitiativen sammeln, welche im Nachgang bewertet und die „besten“ Ideen oder die Ideen mit den potenziell größten Auswirkungen belohnt werden.

Aus der vorhandenen Fachliteratur lassen sich einige Basics für den organisatorischen Umgang mit einem Defizit an studentischer Partizipation ableiten:

- Zum ersten erweise es sich langfristig als zielführend, wenn das allgemeinpolitische Interesse der Studierenden grundlegend gefördert und die gesellschaftliche Dimension aktiven Partizipationshandelns betont werden.
- Zum zweiten seien Möglichkeiten zur Beteiligung an der SuL-Qualitätsentwicklung (strukturell) zu erweitern und die Partizipationsangebote direkt an der Studienrealität zu orientieren.
- Hierfür gelte es zum dritten, die Potenziale der Digitalisierung konsequent zu nutzen.
- Zum vierten sollte sich die Hochschulen (wieder) stärker zum Interessen- und Lebensmittelpunkt Studierender entwickeln.

Wirksam scheint es, Studierenden offensiv bewusst zu machen, weshalb ihre Beteiligung an den QES-Prozessen sowohl für die Hochschule als auch für sie selbst sinnvoll und wichtig ist, sowie inwiefern bereits getroffene QES-Maßnahmen sich positiv auf ihr Studium ausgewirkt haben. Dementsprechend gilt es, Informations- und Ergebnistransparenz kontinuierlich zu verknüpfen. Es liegt auf der Hand, dass sich eine (regelmäßige) Berichterstattung über die Erfolge studentischer Mitwirkung(saktivitäten) als zielführend erweisen kann. Um zunächst Aufmerksamkeit für QES-Vorhaben zu generieren und gleichzeitig etwaige Vorbehalte Studierenden gegenüber einer Beteiligung aufzulösen, stehen unterschiedliche Vorgehensweisen zur Verfügung:

■ *Informationsveranstaltungen:* Über diese lässt sich ein unkomplizierter Austausch zwischen den Studierenden und den (dezentralen) Qualitätsbeauftragten organisieren und den Studierenden (aktiven Partizipationsprozessen vorausgesetztes) Wissen zur QES vermitteln. Die Goethe-Universität Frankfurt etwa veranstaltet seit 2017 einen jährlichen Tag der Partizipation, an dem sich die Abteilung Lehre und Qualität gemeinsam mit der Universitätsverwaltung, den Fachbereichen, Fachschaften und dem AstA zusammenfindet, um die Studierenden über Möglichkeiten zur Partizipation zu informieren und das Forum für einen Austausch zu bieten.

■ *Informationshürden abbauen:* Um eine transparente Informationsvermittlung und Beteiligung der Studierenden zu gewährleisten, lässt sich das Thema QES in SuL in die Semesterpläne der einzelnen Studiengänge integrieren. Alternativ lässt sich, nicht zuletzt um den Verpflichtungscharakter zu umgehen, die Einführung von freiwilligen Workshops zu QM in SuL für Studierende erwägen – u.U. kann die Teilnahme dann an die Vergabe von Leistungspunkten gekoppelt werden.

■ *Partizipation als berufsfördernder Faktor:* Studierende sind eher bereit, an hochschulischen Prozessen zu partizipieren, wenn sich dadurch unmittelbare und individuelle Bedürfnisse befriedigen lassen (Bargel 2000: 6). An diese Erkenntnis anknüpfend lässt sich den Studierenden eine (ehrenamtliche) Teilnahme an Prozessen der QES als bedeutsam für die eigene Karriere bzw. die berufliche Zukunft präsentieren. In der Regel wirkt es nutzbringend, im Rahmen von Bewerbungsverfahren auf Erfahrungswerte im Umgang mit Mitbestimmungs- bzw. Teilhabeprozessen verweisen zu können.

Im weiteren sollten sich QES-Verantwortliche stets bewusst sein: Nicht jedes Partizipationsangebot eignet sich – auch angesichts der zunehmend heterogener werdenden Studierendenschaft – für alle Studierende gleichermaßen. Dies offenbart sich u.a. darin, dass in den zurückliegenden Jahren, trotz der Zunahme bzw. Diversifizierung von Partizipationsmöglichkeiten, grundsätzlich eine zunehmende Distanz Studierender zu partizipativen Angeboten zu beobachten war. Möchte man möglichst viele Studierende in der Ansprache erreichen, so müssen individuell unterschiedliche Bedarfe und Partizipationsneigungen berücksichtigt werden. Studierende, die sich regelmäßig und aktiv einbringen, sind demnach andere Partizipationsangeboten zu unterbreiten als Studierenden, die bloß gelegentlich und passiv partizipieren.

Sowohl die Partizipationsbereitschaft als auch die präferierten Formen der Partizipation von Studierenden sind durch multifaktorielle Einflüsse geprägt (Übersicht 3). Faktoren, die die Persönlichkeit der Studierenden betreffen – insbesondere im Hinblick auf Werthaltungen –, spielen ebenso eine Rolle wie ihre soziodemographischen Voraussetzungen. Wissen zu entsprechenden Voraussetzungen der Studierendenschaft – aus denen sich Informationen hinsichtlich ihrer Bedarfe ableiten lassen – kann von Hochschulen als Ansatzpunkt für die organisatorische Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten nutzbar gemacht werden. Denn Bereitschaft zur sowie Formen der studentischen Partizipation sind wesentlich dadurch bedingt, inwiefern die Partizipationsangebote die Bedarfe der Studierenden aufgreifen bzw. an diese anknüpfen.

Viele Hochschulen verfügen aufgrund (z.T.) regelmäßig durchgeführter Studierendenbefragungen (z.B. Studierendenpanel) über Datenmaterial, aus dem sich Informationen zu Bedürfnissen bzw. Neigungen der Studierendenschaft gewinnen lassen. Darüber hinaus ließen sich

mit den vorhandenen Befragungsinstrumenten auch direkt Motivations- und/oder Hinderungsgründe abfragen. Stocker (2014: 96) verweist etwa auf Umfrageergebnisse, in denen die befragten Studierenden insbesondere zeitliche Einschränkungen, Unkenntnis über Beteiligungsmöglichkeiten und Unsicherheiten über ausreichende Qualifikationen als Hinderungsgründe für eine intensivere Beteiligung anzeigen. Solche Informationen sollten systematisch berücksichtigt werden, wenn es darum geht, an den studentischen Bedarfen orientierte Partizipationsangebote auszugestalten.

Die in diesem Arbeitspapier angeführten Praxisbeispiele offenbaren, dass Hochschulen bereits unterschiedliche Maßnahmen ergreifen, um die studentische Partizipation im Bereich QES zu stärken. Alle untersuchten Maßnahmen haben gemein, dass deren Impulse v.a. darauf abzielen, die intrinsische Motivation der Studierenden (für eine etwaige QES-Mitwirkung) zu erhöhen.

Inwiefern die Maßnahmen der verschiedenen Hochschulen jedoch tatsächlich objektiv förderlich waren, lässt sich bislang nicht konstatieren. Dazu bedarf es eines Messinstrumentes, mithilfe dessen man Daten rund um studentische Partizipation auswerten könnte. Um das überhaupt gewährleisten zu können, müssen Maßnahmen nicht nur eingeführt, sondern diese auch durch regelmäßige Erhebungen dokumentiert, ausgewertet und die Ergebnisse in zukünftige Entwicklungsschritte integriert werden. Zudem ließe sich so eine Datenbasis schaffen, die eine fundierte Auseinandersetzung mit diesem Thema ermöglicht. Damit lassen sich Maßnahmen in einem Theorie-Praxis-Vergleich untersuchen und ggf. weiterentwickeln. An ein solches Verfahren kann die Anforderung gestellt werden, dass die Stimmen der Studierenden gleichberechtigt Berücksichtigung finden – schließlich sind sie die Protagonisten der so evaluierten Maßnahmen.

Konzepte bzw. Ansätze wie Participation Mainstreaming und Participation Index können sich bei der Etablierung eines solchen Verfahrens als hilfreich erweisen. Auch lässt sich an Instrumente zur internen Qualitätssicherung – etwa Studiengangsgespräche und -konferenzen, Runde Tische und/oder Mitbestimmungskonferenzen – anknüpfen, die mittlerweile an manchen Hochschulen etabliert sind.

Letztlich erweist sich für eine Stärkung der Partizipation Studierender an den QES-Prozessen eines als grundlegend: Partizipationsrelevante Erfolgsfaktoren müssen verstärkt und Hinderungsgründe minimiert werden. Da diese in wechselseitigem Einfluss zueinanderstehen, ist es angezeigt, mehrere Faktoren – Erfolge stärken sowie Hindernisse abbauen, extrinsische sowie intrinsische Anreize setzen – parallel zu bedienen. Nur so lassen sich langfristig und kontinuierlich studentische Stimmen stärker und aktiv in die QES integrieren. Auf der Suche nach Best Practice scheint es sinnvoll, den Erfahrungsaustausch mit anderen Hochschulen zu stärken.

Übersicht 3: Zusammenfassung von Einflussfaktoren auf die studentische Partizipation an Hochschulen und möglichen Maßnahmen zu ihrer Stärkung

Kategorien	Einflussfaktoren	Mögliche Maßnahmen
Transparentmachung von Chancen und Relevanz studentischer Partizipation	• kurzfristige vs. langfristige Einflussmöglichkeiten • Informations- und Ergebnistransparenz	• Informationsveranstaltung (z.B. „Tag der Partizipation“) • Präsentation umgesetzter Projekte/Maßnahmen • Gewinn durch Partizipationsaktivitäten aufweisen (Erfahrungswert, ECTS, materielle Anreize, BAföG-Verlängerung, berufsbezogene Vorteile) • Sinnhaftigkeit muss klar ersichtlich werden (z.B. Fragebögen mit Überzeugungskraft in der LVE) • Student:innen die Einflussgröße ihrer Beteiligung an QES-Prozessen verdeutlichen • Online-Informationsportal bzw. Website, das bzw. die Informationen zu Partizipationsmöglichkeiten (z.B. bestehende Initiativen und Studentengruppen, Kalender mit Terminen bestehender Partizipationsangebote, FAQ, Auswertungsergebnisse von Evaluationen und Befragungen) sowie zu behandelten Themen bereitstellt • aktiv gelebtes und transparentes Verbesserungsvorschlagswesen
Verbesserung der Ansprechbar- und Erreichbarkeit Lehrender	• Wahrnehmung von Studierenden als wichtige Einflussgröße auf QES/QM	• feste Ansprechpartner:innen • studentische.r Qualitätsbeauftragte.r • Instrumente bzw. Tagesveranstaltungen zur gemeinsamen Studiengangevaluation und -verbesserung (z.B. Studienganggespräche und -konferenzen, „Student’s Day“)
Schaffung von Anreizen	• Motivationsfaktoren	• Story-Telling erfolgreicher Maßnahmen und Projekte • zielgerichteter und zielgruppengerechter Einsatz der Incentives (z.B. Anreize wie Ehrungen oder Zertifikate) • Anerkennung des Engagements (prüfungswirksam z.B. Praxis- oder Optionalmodule bzw. ECTS, Incentives, Vergütung über z.B. studentische Stelle innerhalb des QM SuL) • in Studienordnungen Zeiten studentischer Willensbildung (auf die Regelstudienzeit) anrechnen lassen (z.B. Optionalmodule verpflichtend verankern)
soziodemographische Aspekte	• Partizipationsneigungen • Heterogenität/Diversität • fachkulturelle Unterschiede	• unterschiedliche (die Heterogenität der Studierendenschaft berücksichtigende) Mitbestimmungsmöglichkeiten anbieten • Situationsanalyse (vorliegende Daten aus Studierendenbefragungen nutzen) zu: Hochschulstandort (regionale Haltefaktoren, wie z.B. Pendler-Quote), Fächerspezifika, Erwerbstätigkeit, BAföG-Bezugsquote – dadurch Steigerung des Wissens um Anknüpfungspunkte • Fragen zu Partizipationserfahrungen und Motivationsfaktoren in bestehende Studierenden surveys integrieren – dadurch weitere Anknüpfungspunkte • Vernetzung von heterogenen Studierenden fördern (z.B. diversitätssensible Lehr-Lern-Räume)

Kategorien	Einflussfaktoren	Mögliche Maßnahmen
Hochschule als Interessen- und Lebensmittelpunkt der Studierenden	Identifikation mit Hochschule als Gestaltungs- und nicht nur Ausbildungsort	- Erhöhung des Angebots interner studentischer Stellenangebote (Stellen für Tutor.innen, feste studentische QM-Stelle/SQB → Erfolgsgeschichten/Vorbild) - Ersti-Wochen mit Einbezug des Themas „Hochschule in der Stadt(-politik)“ - aktive Einbeziehung des AStA und der Fachschaftsräte (sowie ihre Vernetzung anregen) - Abbau von Anonymität (z.B. Lehrende und studentische Vertretungen mit in Partizipationsangebote einbeziehen) - fachspezifische Veranstaltungen über Perspektiven innerhalb des Berufsfelds (z.B. Praktika- und Stellenbörse) - fachspezifische Newsletter (Themen z.B. hochschulexterne Kooperationen, berufliche Orientierung, hochschulisches Engagement) - Abläufe des Hochschul- und Wissenschaftsbetriebs Studierenden näherbringen (z.B. über Lehrforschungsprojekte, Einbindung in Lehre)
Schaffung von Verbindlichkeit	Transparenz	- Rückkopplung der Ergebnisse (kurzfristige/langfristige Umsetzungen) - Ziele und Ergebnisse von studentischer Partizipation in Evaluationen integrieren - Eingliederung von QES in Semesterplan - verbindliche Studien- und Veranstaltungsangebote
Förderung des allgemeinpolitischen Interesses	demokratische Strukturen an der Hochschule	- Veranstaltungen zum Thema „Die Hochschule und ihr Standort“ - Förderung studentischer Projekte zu Partizipation - Diskussions-, Beteiligungs- und Kreativräume schaffen (z.B. World Café, Zukunftswerkstatt)
Stärkung von demokratischen Strukturen	- Kompetenzförderung - stärkere Gewichtung der studentischen Stimmen - Digitalisierung	- Workshops zu QM für Student.innen - Mitgestaltung der Lehrveranstaltungen (z.B. Online-Portal zum Einbringen von Diskussionsschwerpunkten, Themenvorschlägen und Ideen, Teamteaching) - Lehrveranstaltungsevaluation in Semesterplan eingliedern - Instrumente, die verfasste Mitbestimmung und moderne Partizipationsformen miteinander verknüpfen (Runde Tische, Mitbestimmungskonferenzen) - Unterstützung studentischer Netzwerkarbeit (z.B. mit Wissenschaftler.innen) - Studierendenperspektive in Digitalisierung berücksichtigen (Austausch mit Studierendenvertretungen) - digitale Partizipationsformen (Online-Abstimmungen zu hochschulrelevanten Themen) - Rede- und Teilnahmerecht für Student.innen an allen die Hochschulentwicklung betreffenden Veranstaltungen und Sitzungen
Betonung der gesellschaftlichen Dimension von Partizipation	Motivationsfaktoren	- langfristige Vorteile eines Engagements (auch nach dem Studium) aufzeigen (beruflich, persönlich) - Einbindung der gesamtgesellschaftlichen Folgen von Partizipation in die Lehre (aller Fächer)

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Partizipationsstufen	9
Übersicht 2:	Interventionsstrategien zur Steigerung studentischer Partizipation.....	21
Übersicht 3:	Zusammenfassung von Einflussfaktoren auf studentische Partizipation an Hochschulen.....	46

Literatur

- AG Demokratische Hochschule (2019): Abschlussbericht der AG Demokratische Hochschule – Die demokratische Hochschule – Stärkung der Selbstverwaltung und Förderung von partizipativen Formaten; URL <https://www.berlin.de/sen/wissenschaft/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.812110.php> (3.5.2020).
- Arnstein, Sherry (1969): A Ladder of Citizen Participation, in: Journal of the American Planning Association 4/1969, S. 216–224.
- AStA HAW Hamburg (o.J.): Referat für studentische Partizipation; URL <https://www.asta.haw-hamburg.de/referat-f%C3%BCr-studentische-partizipation.html> (3.5.2020).
- Bargel, Tino (2000): Studentische Mitwirkung: Impulsreferat – Fragen zur studentischen Mitwirkung, Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz, Konstanz.
- Baumann, Jan/Alexa Böckel/Frederic Denker/Philipp Gross/Eva Kern/Marcus Lamprecht/Julian Reimann/Berenike Rensinghoff/Zaim Sari/Elisa Schopf/Elisabeth Wächter/Henrika Meyer/Florian Rampelt/Ronny Röwert (2019): Der Digital Turn aus Studierendenperspektive. Studentisches Thesenpapier zur Digitalisierung in der Hochschulbildung. Hochschulforum Digitalisierung, Berlin; URL https://hochschulforumdigitalisierung.de/sites/default/files/dateien/Studentisches_Thesenpapier_2019.pdf (10.3.2021).
- BMBF, Bundesministerium für Bildung und Forschung (2015): Bericht der Bundesregierung über die Umsetzung des Bologna-Prozesses 2012-2015 in Deutschland; URL https://www.bmbf.de/files/Bericht_der_Bundesregierung_zur_Umsetzung_des_Bologna-Prozesses_2012-2015.pdf (17.2.2020).
- Bremisch, Marlis (2018): Was bedeutet das? Das neue Thüringer Hochschulgesetz, in: GEW Thüringen vom 01.10.2018; URL <https://www.gew-thueringen.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/das-neue-thueringer-hochschulgesetz/> (3.5.2020).
- Brase, Alexa Kristin/Moritz Ansmann/Markus Seyfried (2015): WiQu – Wirkungsforschung in der Qualitätssicherung von Lehre und Studium. Kurzbericht zur Online-Befragung: Kurzbericht zur Online-Befragung; URL https://www.uni-potsdam.de/fileadmin01/projects/ls-verwaltung/WiQu_Kurzbericht_Onlinebefragung_final.pdf (7.8.2019).
- Burchard, Amory (2015): Mitbestimmung an Hochschulen. Warum Studierende keine Lust auf Unipolitik haben, in: Tagesspiegel Online; URL <https://www.tagesspiegel.de/wissen/mitbestimmung-an-hochschulen-warum-studierende-keine-lust-auf-unipolitik-haben/11803996.html> (3.5.2020).
- Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (2020): Ist online Wählen sicher? Informationen zu den Gremien-Wahlen 2020; URL <https://www.uni-kiel.de/gf-praesidium/de/wahlanglegenheiten/gremienwahlen/online-wahlen/ist-das-system-sicher> (4.5.2020).
- Csonka, Nadine (2014): Evaluation von Lehrveranstaltungen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Praxisleitfaden für Evaluationsbeauftragte an Fakultäten und Instituten, Humboldt Universität zu Berlin, Berlin; URL <https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/5316/8.pdf?sequence=1> (10.3.2021).
- Dehnavi, Morvarid (2011): Die politische Partizipation von Studentinnen ,1968', in: Morvarid Dehnavi/Johanna Lauff/Isabelle Sieh/Andrea Wienhaus (Hg.), Politische Identitätsbildung und politische Partizipation von Studierenden ,1968' und 2008, Hamburger Beiträge zur Erziehungswissenschaft Heft 12, Hamburg, S.29–42.
- Dippelhofer, Sebastian (2004): Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik. Sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys, Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung 41, Arbeitsgruppe Hochschulforschung der Universität Konstanz, Konstanz.
- Dippelhofer, Sebastian (2015): Politisch-demokratische Orientierungen und hochschulpolitisches Engagement von Studierenden. Empirische Befunde, in: Zeitschrift für Bildungsforschung 5/2015, S. 145–158.
- Ditzel, Benjamin/ Torsten Bergt (2013): Studentische Partizipation als organisationale Herausforderung – Ergebnisse einer explorativen Studie, in: Susanne Maria Weber/Michael Göhlich/Andreas Schröer/Claudia Fahrenwald/Hildegard Macha (Hg.), Organisation und Partizipation. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik, Organisation und Pädagogik Band 13, Springer VS, Wiesbaden, S. 177–186.
- Friedrichsmeier, Andres/Manfred Wannöfel (2010): Mitbestimmung und Partizipation – Das Management von demokratischer Beteiligung und Interessenvertretung an deutschen Hochschulen, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf; URL https://www.boeckler.de/pdf/p_arbp_203.pdf (10.3.2021).
- Fuchs-Heinritz, Werner (1994): Partizipation, in: Werner Fuchs-Heinritz/Rüdiger Lautmann/Otthein Rammstedt/Hanns Wi-enold (Hg.), Lexikon zur Soziologie, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 489.
- Ganter, Sofia (2017): Erster „tag der studentischen Partizipation“. Ein Tag rund um die Wege studentischer Teilhabe auf dem Campus Riedberg, in: UniReport 1/2017, S. 15; URL https://www.unireport.info/65279188/unireport_1-17_1.pdf (10.3.2021).
- Günther, Anna (2019): Bayerns Studenten hoffen auf mehr Rechte, in: Süddeutsche Zeitung, Pressemitteilung vom 3.7.2019; URL <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-hochschulgesetz-studentenvertretung-1.4507990> (13.3.2020).
- HBS, Hans-Böckler-Stiftung (2010): Das Leitbild Demokratische und Soziale Hochschule. Vorschlag für die Hochschule der Zukunft, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

- Heckhausen, Jutta/Heinz Heckhausen (2010): Motivation und Handeln: Einführung und Überblick, in: Jutta Heckhausen/Heinz Heckhausen (Hg.), Motivation und Handeln, Springer Verlag, Berlin, S. 1–8.
- Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (o.J.): YOUiversity – Studentische Online-Partizipation zur Mitgestaltung von Seminarinhalten; URL <https://diid.hhu.de/projekte/youiversity/> (29.4.2020)
- Heribert Adam (1965): „Studentenschaft und Hochschule“ – Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik, Frankfurter Beiträge zur Soziologie 17, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt.
- Hof, Christiane/Nina Carstensen/Alrun Schleiff (2013): Partizipation in regionalen Entscheidungsprozessen – eine Analyse der Erwartungen an Partizipation, deren Formen und Möglichkeiten, in: Weber, Susanne Maria/Michael Göhlich/Andreas Schröer/Claudia Fahrenwald/Hildegard Macha (Hg.), Organisation und Partizipation. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik, Organisation und Pädagogik Band 13, Springer VS, Wiesbaden, S. 281–291.
- Hoffmann-Lange, Ursula (2000): Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik, in: Kuhn, Hans-Peter/Harald Uhlendorff/Lothar Krappmann (Hg.), Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit, Springer SV, Wiesbaden, S. 219–241.
- HRG, Hochschulrahmengesetz: Hochschulrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Januar 1999 (BGBl. I S. 18), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. November 2019 (BGBl. I S. 1622) geändert worden ist; URL <https://www.gesetze-im-internet.de/hrg/HRG.pdf> (3.3.2020).
- HRK, Hochschulrektorenkonferenz (2005): Entschließung des 205. Plenums am 23.11.2005. Zur zukünftigen Studienfinanzierung, Bonn; URL https://www.hrk.de/fileadmin/_migrated/content_uploads/Empfehlung_Studienfinanzierung.pdf (13.3.2020).
- Kaufmann, Margrit E./Ayla Satilmis (2017): Forschendes Lernen, Partizipation und Vielfalt – Einblicke zur Realisierung des Bremer Leitbilds für Lehre am Beispiel der Kulturwissenschaften, Vortrag im Rahmen der HRK-Jahrestagung „Institutionelle Strategien zur Weiterentwicklung der Lehre“ an der Ruhr-Universität Bochum vom 14./15. März 2017; URL https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/07-01-Tagungen/07-01-44-Bochum/PP-P_Kaufmann_Satilmis.pdf (26.2.2020).
- Knödler, Elisa (2019): Evaluation an Hochschulen. Entwicklung und Validierung eines verhaltensbasierten Messinventars zur studentischen Lehrveranstaltungsevaluation, Springer VS, Wiesbaden.
- Kurz, Lukas (2016): Studentische Mitbestimmung in Baden-Württemberg: Der Weg zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, in: Tremmel, Jörg/Markus Rutsche (Hg.), Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlage – Perspektiven – Fallstudien, Springer VS, Wiesbaden, S. 459–484.
- Kühne, Anja (2019): Demokratie an Berliner Hochschulen. Wer an der Uni mitbestimmt, in: Tagesspiegel vom 21.01.2019; URL <https://www.tagesspiegel.de/wissen/demokratie-an-berliner-hochschulen-wer-an-der-uni-mitbestimmt/2389-1976.html> (3.5.2020).
- LAK-Berlin (2019): Stellungnahme zur AG Demokratische Hochschule vom 22.05.2019; URL <https://www.lak-berlin.de/stellungnahme-zum-hearing-demokratische-hochschule-am-22-05-2019/> (04.05.2020).
- Landgraf, Julia (2019): Hochschule und Forschung in der digitalen Welt; URL https://www.gew.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=76033&token=8c326fd90e679a0d10d94a085027b9a6e54104d4&sdownload=&n=Digitalisierung_im_Hochschulbereich_komprimiert.pdf (14.4.2020).
- Lapke, Gerhard (2009): Ein Netz für Gutachter, in: ver.di Report biwifo 1/2009, S. 11.
- Lippert, Ingmar (2005): Mitbestimmung von Studierenden bei der Qualitätssicherung und Hochschulentwicklung, in: Hochschulkonferenz (HRK) (Hg.), Hochschule entwickeln, Qualität managen: Studierende als (Mittel)punkt. Die Rolle der Studierenden im Prozess der Qualitätssicherung und -entwicklung, Beiträge zur Hochschulpolitik 10/2005, Bonn, S. 47–55; URL https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-10-Publikationsdatenbank/Beitr-2005-10_Hochschule_entwickeln_Qualitaet_managen.pdf (27.2.2020).
- Lommel, Martin/Sofia Ganter/Kerstin Schulmeyer-Ahl (2017): Mit Studierenden gemeinsam auf dem Weg nach Bologna? Die Beteiligung von Studierenden in der Hochschulpraxis (Vortrag im Rahmen der Konferenz „Unterstützung der Belarus Roadmap zur Hochschulreform“ in Minsk am 19. Mai 2017), Abteilung Lehre und Qualitätssicherung an der Goethe-Universität Frankfurt a. M., Frankfurt; URL https://eu.daad.de/medien/eu.daad.de.2016/dokumente/service/veranstaltungen/2017/bologna-prozess-europ%C3%A4ischer-hochschulraum/2017_05_19_lommel_bologna_conference_minsk.pdf (16.2.2020).
- Luhmann, Niklas (2006): Organisation und Entscheidung, VS Verlag, Wiesbaden.
- Mayrberer, Kerstin (2013): Partizipatives Lernen mit dem Social Web in der Schule, in: Weber, Susanne Maria/Michael Göhlich/Andreas Schröer/Claudia Fahrenwald/Hildegard Macha (Hg.), Organisation und Partizipation. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik, Organisation und Pädagogik Band 13, Springer VS, Wiesbaden, S. 167–175.
- Multrus, Frank/Sandra Majer/Tino Bargel/Monika Schmidt (2017): Studiensituation und studentische Orientierungen. 13. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen; URL https://kops.uni-konstanz.de/bitstream/handle/123456789/47447/Multrus_2-1uaz30xmghwx23.pdf?sequence=1&isAllowed=y (10.3.2021).
- MWK, Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (2012): Auswertung der Online-Beteiligung zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Baden-Württemberg; URL https://mwk.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-mwk/intern/dateien/pdf/Verfasste_Studierendenschaft/Abschlussbericht_Online-Beteiligung_VerfassStud.pdf (10.3.2020).

- Nachtweh, Ina (2014): Dialogorientiertes Qualitätsmanagement: Studentische Beteiligung durch „Runden Tisch“ und „Küchenkabinett“, aus: BlauPause (Interner Newsletter der HAW Hamburg vom 28.01.2014); URL <https://www.haw-hamburg.de/blaupause/aktuelle-ausgabe/aktuelldetails/artikel/dialogorientiertes-qualitaetsmanagement-studentische-beteiligung-durch-runden-tisch-und-kuechenkab.html> (3.5.2020).
- NHG, Niedersächsisches Hochschulgesetz (i.d.F. vom 15.12.2015); URL http://www.nds-voris.de/jportal/portal/t/2dve/page/bsvorisprod.psml?pid=Dokumentanzeige&showdoccase=1&js_peid=Trefferliste&documentnumber=1&numberofresults=1&fromdoctodoc=yes&doc.id=jlr-HSchulGND2007rahmen&doc.part=X&doc.price=0.0&doc.hl=1#focuspoint (10.3.2021).
- Oppl, Stefan (2019). Über die Wirkung von Incentives zur aktiven Partizipation in universitären Lehrveranstaltungen ohne Anwesenheitspflicht, in: Fachhochschule St. Pölten GmbH (Hg.), Gelernt wird, was geprüft wird, oder...? (Beiträge zum 8. Tag der Lehre an der FH St. Pölten), ALGE Verlag - Fachhochschule St. Pölten GmbH, St. Pölten, S. 51–62; URL http://skill.fhstp.ac.at/wp-content/uploads/2019/11/Tagungsband_2019.pdf (10.3.2021).
- Ortmann, Alexandra (2009): Die Gruppenhochschule und die Wissenschaftsfreiheit. Kann die Demokratisierung der Hochschule grundgesetzwidrig sein?, in: Forum Recht 1/2009, S. 8–11; URL http://forum-recht-online.de/wp/wp-content/uploads/2012/04/FoR0901_008_ortmann.pdf (10.3.2021).
- OVGU (2014): Magdeburger Runde (Stand: 07. Mai 2014); URL <http://md-runde.ovgu.de/> (10.3.2021).
- OVGU (2019): Ausgewählte Ergebnisse der Erstsemesterbefragung im WS 2018/2019; URL https://www.fokus-lehre.ovgu.de/fokuslehre_media/Forschung/Forschung_Ergebnisse/Ausgew%C3%A4hlte+Ergebnisse+Erstsemesterbefragung+WS+2018_19+%28Pr%C3%A4sentation+KSL%29-p-820.pdf (10.3.2021).
- Pasternack, Peer (2006): Hochschulflexibilisierung und Mitbestimmung, in: Bettina Kremberg (Hg.), Mitbestimmung und Hochschule, Shaker Verlag, Aachen, S. 155–172.
- Pasternack, Peer (2020): Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht, Institut für Hochschulforschung, Halle-Wittenberg; URL <https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/HoF-Handreichungen12.pdf> (10.3.2021).
- Pasternack, Peer/Sebastian Schneider/Peggy Trautwein/Steffen Zierold (2018): Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018; URL https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-PaSchnTrauZie_Verwaltete-HS-Welt_web.pdf (10.7.2021).
- Pförr, Klaus (2015): Incentives. GESIS Survey Guidelines, Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften; URL https://www.gesis.org/fileadmin/upload/SDMwiki/Incentives_Pförr_08102015_1.1.pdf (16.4.2020).
- Stadtmüller, Sven/Rolf Porst (2005): Zum Einsatz von Incentives bei postalischen Befragungen, Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim; URL https://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/gesis_reihen/howto/how-to14rp.pdf (10.3.2021).
- Rindermann, Heiner (2016): Lehrveranstaltungsevaluation an Hochschulen. Der Einfluss der Rahmenbedingungen auf Qualität von Lehre und Ergebnisse von Lehrevaluation, in: Daniel Großmann /Tobias Wolbring (Hg.), Evaluation von Studium und Lehre. Grundlagen, methodische Herausforderungen und Lösungsansätze, Springer VS, Wiesbaden, S. 227–262.
- Schürmann, Lisa Katrin (2013): Motivation und Anerkennung im freiwilligen Engagement. Kampagnen und ihre Umsetzung in Internet und Social Media, Springer VS, Wiesbaden.
- Sieh, Isabelle (2011): Implikationen des Bologna-Prozesses auf die politische Partizipation der Studierenden, in: Morvarid Dehnavi/Johanna Lauff/Isabelle Sieh/Andrea Wienhaus (Hg.), Politische Identitätsbildung und politische Partizipation von Studierenden ,1968‘ und 2008, Hamburg, S.29–42.
- Stocker, Michael (2014): Studentische Partizipation im Rahmen des universitären Qualitätsmanagements, in: Wittmann, Maria/Karl Wilbers (Hg.), Teilsystemakkreditierung. Möglichkeiten und Grenzen einer Variante des Akkreditierungsverfahrens, epubli GmbH, Berlin, S. 85–100; URL https://opus4.kobv.de/opus4-fau/files/5743/Teilsystemakkreditierung_DIN-A5_Homepage.pdf (10.3.2021).
- Universität Bremen (2017a): enterscience; URL <http://www.fb9.uni-bremen.de/de/enterscience.html> (26.2.2020).
- Universität Bremen (2017b): Widening Participation; URL <http://www.fb9.uni-bremen.de/de/enterscience/widening-participation.html> (26.2.2020).
- Vaas, Dominic (2006). Partizipation von Studierenden: Das Beispiel der Tübinger PolitikstudentInnen. Eine empirisch-exemplarische Untersuchung von Beeinflussungsfaktoren auf Partizipation unter Berücksichtigung eines Prozessmodells, Grin Verlag.
- Venn, Miriam (2013): Studiengänge gemeinsam verbessern – Der Student’s Day als partizipatorisches Instrument der Evaluation und Studiengangsentwicklung, in: Miriam Barnat/Sandra Hofhues/Anne Cornelia Kenneweg/Marianne Merkt/Peter Salden/Diana Urban (Hg.), Junge Hochschul- und Mediendidaktik. Forschung und Praxis im Dialog, Hamburg, S. 59–71.

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)

Institut

Das Institut für Hochschulforschung (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte. Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und dort am Master-Studiengang Soziologie beteiligt. Direktor des Instituts ist Prof. Peer Pasternack.

Programm

Das HoF-Tätigkeitsprofil wird durch fünf Aspekte bestimmt:

■ HoF betreibt primär Hochschulforschung und ist, damit verknüpft, in Teilbereichen der Wissenschaftsforschung, Zeitgeschichte, Bildungs- und Regionalforschung tätig. Hochschulforschung ist keine Disziplin, sondern ein Forschungsfeld. Dieses wird mit öffentlichen Mitteln unterhalten, weil ein Handlungsfeld – das Hochschulwesen – aktiv zu gestalten ist: Um die Rationalität der entsprechenden Entscheidungsprozesse zu steigern, wird handlungsrelevantes Wissen benötigt. In diesem Sinne ist HoF bewusst im Feld zwischen Forschung und Anwendung tätig. Dabei setzt die Anwendung Forschung voraus – nicht umgekehrt.

■ Das Hochschulsystem bildet einerseits den Adapter zwischen Bildungs- und Wissenschaftssystem. Andererseits trägt es zur Kopplung von kultureller und ökonomischer Reproduktion der Gesellschaft bei. Mithin ist die Integration von vier Systemlogiken zu bewerkstelligen: gesellschaftlich unterstützte individuelle Selbstermächtigung (Bildung), wissensgeleitete Erzeugung von Deutungen, Erklärungen und daraus konstruierten Handlungsoptionen (Wissenschaft), sinngebundene Orientierung (Kultur) sowie ressourcengebundene Bedürfnisbefriedigung (Ökonomie). Die Hochschulforschung muss dies systematisch abbilden.

■ Daher ist Hochschulforschung ein fortwährendes interdisziplinäres Kopplungsmanöver. Sie empfängt ihre wesentlichen methodischen und theoretischen Anregungen aus der Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik/Erziehungswissenschaft. Systematisch ist sie zwischen den z.T. inhaltlich überlappenden Forschungsfeldern Bildungs- und Wissenschaftsforschung angesiedelt. Schnittstellen weist sie insbesondere zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft auf, daneben aber auch zu vergleichbar interdisziplinär angelegten Bereichen wie der Schul- sowie der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

■ Die Interdisziplinarität der Hochschulforschung macht eigene Nachwuchsentwicklung nötig. HoF stellt sich dieser Aufgabe, indem es Promotionsprojekte unterstützt. Alle Promovierenden am Institut sind zugleich in die Bearbeitung von Forschungsprojekten einbezogen, um auf diese Weise einen sukzessiven Einstieg in Methoden, theoretische Ansätze und Themen des Forschungsfeldes zu erlangen.

■ HoF ist das einzige Institut, welches in den ostdeutschen Bundesländern systematisch Forschung über Hochschulen betreibt. Daraus ergeben sich besondere Projekt- und Anwendungsbezüge. Seit 2006 sind diese in das Zentralthema „Raumbezüge der Hochschulentwicklung im demografischen Wandel“ eingeordnet.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. Das Institut bearbeitet alle wesentlichen Themen der aktuellen Hochschulentwicklung:

■ Im Zentrum stehen Untersuchungen zu Raumbezügen der Hochschulentwicklung einschließlich Third Mission und Wissenschaftskommunikation.

■ Ebenso bearbeitet HoF Fragen der Hochschulorganisation und -governance, Qualitätsentwicklung an Hochschulen, des akademischen Personals, der Gleichstellung, der Hochschulbildung, Studienreform und Nachwuchsförderung sowie der Forschung an Hochschulen. Damit wird nahezu komplett das Spektrum der Hochschulentwicklung und -forschung abgedeckt.

■ Daneben ist HoF die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die kontinuierlich auch zeithistorische Themen bearbeitet.

Publikationen

HoF publiziert die Zeitschrift „die hochschule. journal für wissenschaft und bildung“ und gibt beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag die Reihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ heraus. Forschungsreports werden in den „HoF-Arbeitsberichten“ veröffentlicht. Dem Wissenstransfer in die Anwendungskontexte der Hochschulentwicklung widmen sich die „HoF-Handreichungen“. Ferner informieren der Print-Newsletter „HoF-Berichterstatte“ zweimal im Jahr und der HoF-eMail-Newsletter dreimal jährlich über die Arbeit des Instituts. Ein Großteil der Publikationen steht auf der Website des Instituts zum Download zur Verfügung (<http://www.hof.uni-halle.de>).

Wissenschaftsinformation

HoF verfügt über einen Fachinformationsservice mit Spezialbibliothek und Informations- und Dokumentations-System zu Hochschule und Hochschulforschung (ids hochschule):

■ Die Bibliothek verfügt über ca. 60.000 Bände und etwa 180 Zeitschriften. Als Besonderheit existiert eine umfangreiche Sammlung zum DDR-Hochschulwesen und zu den Hochschulsystemen der osteuropäischen Staaten. Alle Titel der Spezialbibliothek sind über Literaturdatenbanken recherchierbar.

■ „ids hochschule“ macht – unter Beteiligung zahlreicher Partner aus Hochschulen, hochschulforschenden Einrichtungen und Fachinformationseinrichtungen – Forschungsergebnisse zur Hochschulentwicklung zugänglich (<http://ids.hof.uni-halle.de>).

Standort

Lutherstadt Wittenberg liegt im Osten Sachsen-Anhalts, zwischen Leipzig, Halle und Berlin. Die Ansiedlung des Instituts in Wittenberg stand im Zusammenhang mit der Neubelebung des historischen Universitätsstandorts. 1502 war die Wittenberger Universität Leucorea, gegründet worden. Nach mehr als 300 Jahren wurde 1817 der Standort durch die Vereinigung mit der Universität in Halle aufgegeben. In Anknüpfung an die historische Leucorea ist 1994 eine gleichnamige Stiftung errichtet worden, in deren Räumlichkeiten HoF ansässig ist.

Bislang erschienene HoF-Arbeitsberichte

Online-Fassungen unter

https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm

116: Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Zum Stand der Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Materialband zum WiFF-Report*, 2021, 126 S.

115: Peer Pasternack: *Das fünfte Jahrzehnt. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2016–2020*, 2021, 97 S.

114: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister / Verena Plümpe: *Citizen Science jenseits von MINT. Bürgerforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unter Mitarbeit von Nicola Gabriel, 2020, 105 S.

113: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Input- und Leistungsdaten der Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern unter besonderer Berücksichtigung der Universitäten*, 2020, 69 S.

112: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Kommunikation organisieren. Die koordinierende Begleitung von Forschungsförderprogrammen, verhandelt an Beispielen aus der Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unter Mitarbeit von Jennifer Jacob und Steffen Zierold, 2019, 148 S.

111: Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Carolin Seifert, 2019, 129 S.

110: Anke Burkhardt / Florian Harlandt / Jens-Heinrich Schäfer: *„Wie auf einem Basar“. Berufungsverhandlungen und Gender Pay Gap bei den Leistungsbezügen an Hochschulen in Niedersachsen*, unter Mitarbeit von Judit Anacker, Aaron Philipp, Sven Preußner, Philipp Rediger, 2019, 142 S.

109: Justus Henke / Norman Richter / Sebastian Schneider / Susen Seidel: *Disruption oder Evolution? Systemische Rahmenbedingungen der Digitalisierung in der Hochschulbildung*, 2019, 158 S.

108: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Lebensbegleitend: Konfessionell gebundene religiöse, politische und kulturelle Allgemeinbildungsaktivitäten incl. Medienarbeit in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen, Bildungs- und Kommunikationsformen*, 2018, 143 S.

107: Anke Burkhardt / Florian Harlandt: *Dem Kulturwandel auf der Spur. Gleichstellung an Hochschulen in Sachsen. Im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst*, unter Mitarbeit von Zozan Dikkat und Charlotte Hansen, 2018, 124 S.

106: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelle Fort- und Weiterbildungen für Beruf und nebenberufliche Tätigkeiten in der DDR. Dokumentation der Einrichtungen und Bildungsformen*, 2018, 107 S.

105: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Das kirchliche Berufsbildungswesen in der DDR*, 2018, 176 S.

104: Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Konfessionelles Bildungswesen in der DDR: Elementarbereich, schulische und neben-schulische Bildung*, 2017, 104 S.

103: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Ausleuchtung einer Blackbox. Die organisatorischen Kontexte der Lehrqualität an Hochschulen*, 2017, 103 S.

102: Anke Burkhardt / Gunter Quaißer / Barbara Schnalzger / Christoph Schubert: *Förderlandschaft und Promotionsformen. Studie im Rahmen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2017*, 2016, 103 S.

101: Peer Pasternack: *25 Jahre Wissenschaftspolitik in Sachsen-Anhalt: 1990–2015*, 2016, 92 S.

100: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid / Sebastian Schneider: *Third Mission Sachsen-Anhalt. Fallbeispiele OVGU Magdeburg und Hochschule Merseburg*, 2016, 92 S.

116: Peer Pasternack: *Konsolidierte Neuaufstellung. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut*

für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2011–2015, 124 S.

315: Peggy Trautwein: *Lehrpersonal und Lehrqualität. Personalstruktur und Weiterbildungschancen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Thomas Berg, Sabine Gabriel, Peer Pasternack, Annika Rathmann und Claudia Wendt, 44 S.

215: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Viele Stimmen, kein Kanon. Konzept und Kommunikation der Third Mission von Hochschulen*, 107 S.

115: Peggy Trautwein: *Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre. Ergebnisse der Studierendenbefragung 2013 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Jens Gillissen, Christoph Schubert, Peer Pasternack und Sebastian Bonk, 116 S.

513: Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: *Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Dokumentation zum Zeitraum 1945 – 1991*, 56 S.

413: Gunter Quaißer / Anke Burkhardt: *Beschäftigungsbedingungen als Gegenstand von Hochschulsteuerung. Studie im Auftrag der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung*, 89 S.

313: Jens Gillissen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, 124 S.

213: Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, 99 S.

113: Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, 77 S.

812: Justus Henke / Peer Pasternack: *Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt*, 36 S.

712: Martin Winter / Annika Rathmann / Doreen Trümpler / Teresa Falkenhagen: *Entwicklungen im deutschen Studiensystem. Analysen zu Studienangebot, Studienplatzvergabe, Studienwerbung und Studienkapazität*, 177 S.

612: Karin Zimmermann: *Bericht zur Evaluation des „Professorenprogramm des Bundes und der Länder“*, 53 S.

512: Romy Höhne / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000-2010), Erträge einer Meta-Analyse*, 91 S.

412: Peer Pasternack (Hg.): *Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)*, 135 S.

312: Karsten König / Gesa Koglin / Jens Preische / Gunter Quaißer: *Transfer steuern – Eine Analyse wissenschaftspolitischer Instrumente in sechzehn Bundesländern*, 107 S.

212: Johannes Keil / Peer Pasternack / Nurdin Thielemann: *Männer und Frauen in der Frühpädagogik. Genderbezogene Bestandsaufnahme*, 50 S.

112: Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, 63 S.

711: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Wissenschaftliche Wissenschaftspolitikberatung. Fallstudie Schweizerischer Wissenschafts- und Technologierat (SWTR)*, 64 S.

611: Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Wandel der Hochschulbildung in Deutschland und Professionalisierung*, 64 S.

- 5'11: Peer Pasternack: *HoF-Report 2006 – 2010. Forschung, Nachwuchsförderung und Wissenstransfer am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg*, 90 S.
- 4'11: Anja Franz / Monique Lathan / Robert Schuster: *Skalenhandbuch für Untersuchungen der Lehrpraxis und der Lehrbedingungen an deutschen Hochschulen. Dokumentation des Erhebungsinstrumentes*, 79 S.
- 3'11: Anja Franz / Claudia Kieslich / Robert Schuster / Doreen Trümpler: *Entwicklung der universitären Personalstruktur im Kontext der Föderalismusreform*, 81 S.
- 2'11: Johannes Keil / Peer Pasternack: *Frühpädagogisch kompetent. Kompetenzorientierung in Qualifikationsrahmen und Ausbildungsprogrammen der Frühpädagogik*, 139 S.
- 1'11: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Deutungskompetenz in der Selbstanwendung. Der Umgang der ostdeutschen Hochschulen mit ihrer Zeitgeschichte*, 225 S.
- 4'10: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Politik in der DDR. Rekonstruktion und Literaturbericht*, 79 S.
- 3'10: Irene Lischka / Annika Rathmann / Robert D. Reisz: *Studierendenmobilität – ost- und westdeutsche Bundesländer. Studie im Rahmen des Projekts „Föderalismus und Hochschulen“*, 69 S.
- 2'10: Peer Pasternack / Henning Schulze: *Die frühpädagogische Ausbildungslandschaft. Strukturen, Qualifikationsrahmen und Curricula. Gutachten für die Robert Bosch Stiftung*, 76 S.
- 1'10: Martin Winter / Yvonne Anger: *Studiengänge vor und nach der Bologna-Reform. Vergleich von Studienangebot und Studiencurricula in den Fächern Chemie, Maschinenbau und Soziologie*, 310 S.
- 5'09: Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens*, 70 S.
- 4'09: Manfred Stock unter Mitarbeit von Robert D. Reisz und Karsten König: *Politische Steuerung und Hochschulentwicklung unter föderalen Bedingungen. Stand der Forschung und theoretisch-methodologische Vorüberlegungen für eine empirische Untersuchung*, 41 S.
- 3'09: Enrique Fernández Darraz / Gero Lenhardt / Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Private Hochschulen in Chile, Deutschland, Rumänien und den USA – Struktur und Entwicklung*, 116 S.
- 2'09: Viola Herrmann / Martin Winter: *Studienwahl Ost. Befragung von westdeutschen Studierenden an ostdeutschen Hochschulen*, 44 S.
- 1'09: Martin Winter: *Das neue Studieren. Chancen, Risiken, Nebenwirkungen der Studienstrukturreform: Zwischenbilanz zum Bologna-Prozess in Deutschland*, 91 S.
- 5'08: Karsten König / Peer Pasternack: *elementar + professionell. Die Akademisierung der elementarpädagogischen Ausbildung in Deutschland. Mit einer Fallstudie: Studiengang „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ an der Alice Salomon Hochschule Berlin*, 159 S.
- 4'08: Peer Pasternack / Roland Bloch / Daniel Hechler / Henning Schulze: *Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in den ostdeutschen Ländern*, 137 S.
- 3'08: Teresa Falkenhagen: *Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 123 S.
- 2'08: Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrre: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, 120 S.
- 1'08: Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*, 81 S.
- 4'07: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn. Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt*, 46 S.
- 3'07: Michael Hölscher / Peer Pasternack: *Internes Qualitätsmanagement im österreichischen Fachhochschulsektor*, 188 S.
- 2'07: Martin Winter: *PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts*, 58 S.
- 1'07: Karsten König: *Kooperation wagen. 10 Jahre Hochschulsteuerung durch vertragsförmige Vereinbarungen*, 116 S.
- 7'06: Anke Burkhardt / Karsten König / Peer Pasternack: *Fachgutachten zur Neufassung des Sächsischen Hochschulgesetzes (SächsHG) – Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag – unter den Aspekten der Autonomieregelung und Weiterentwicklung der partizipativen Binnenorganisation der Hochschule im Vergleich zu den Regelungen des bisherigen SächsHG*, 36 S.
- 6'06: Roland Bloch: *Wissenschaftliche Weiterbildung im neuen Studiensystem – Chancen und Anforderungen. Eine explorative Studie und Bestandsaufnahme*, 64 S.
- 5'06: Rene Krempkow / Karsten König / Lea Ellwardt: *Studienqualität und Studienerfolg an sächsischen Hochschulen. Dokumentation zum „Hochschul-TÜV“ der Sächsischen Zeitung 2006*, 79 S.
- 4'06: Andrea Scheuring / Anke Burkhardt: *Schullaufbahn und Geschlecht. Beschäftigungssituation und Karriereverlauf an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland aus gleichstellungspolitischer Sicht*, 93 S.
- 3'06: Irene Lischka: *Entwicklung der Studierwilligkeit*, 116 S.
- 2'06: Irene Lischka: *Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen. Expertise im Auftrag der Landesrektorenkonferenz von Sachsen-Anhalt*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, 52 S.
- 1'06: Anke Burkhardt / Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *HoF Wittenberg 2001 – 2005. Ergebnisreport des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, 107 S.
- 7'05: Peer Pasternack / Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen. Gutachten zum IBA-„Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“-Prozess*, 156 S.
- 6'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Frauenkarrieren und –barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, 156 S.
- 5'05: Jens Hüttmann / Peer Pasternack: *Studiengebühren nach dem Urteil*, 67 S.
- 4'05: Klaudia Erhardt (Hrsg.): *ids hochschule. Fachinformation für Hochschulforschung und Hochschulpraxis*, 71 S.
- 3'05: Juliana Körner / Arne Schildberg / Manfred Stock: *Hochschulentwicklung in Europa 1950-2000. Ein Datenkompendium*, 166 S.
- 2'05: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Hochschule in Osteuropa: Geschichte und Transformation. Bibliografische Dokumentation 1990-2005*, 132 S.
- 1b'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Fachhochschule Merseburg*, 51 S.
- 1a'05: Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Harz*, 51 S.
- 6'04: Dirk Lewin / Irene Lischka: *Passfähigkeit beim Hochschulzugang als Voraussetzung für Qualität und Effizienz von Hochschulbildung*, 106 S.
- 5'04: Peer Pasternack: *Qualitätsorientierung an Hochschulen. Verfahren und Instrumente*, 138 S.
- 4'04: Jens Hüttmann: *Die „Gelehrte DDR“ und ihre Akteure. Inhalte, Motivationen, Strategien: Die DDR als Gegenstand von Lehre und Forschung an deutschen Universitäten*. Unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 100 S.
- 3'04: Martin Winter: *Ausbildung zum Lehrberuf. Zur Diskussion über bestehende und neue Konzepte der Lehrerausbildung für Gymnasium bzw. Sekundarstufe II*, 60 S.

2'04: Roland Bloch / Peer Pasternack: *Die Ost-Berliner Wissenschaft im vereinigten Berlin. Eine Transformationsfolgenanalyse*, 124 S.

1'04: Christine Teichmann: *Nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung in Russland. Ein innovatives Modell zur Modernisierung der Hochschulbildung*, 40 S.

5'03: Hansgünter Meyer (Hg.): *Hochschulen in Deutschland: Wissenschaft in Einsamkeit und Freiheit? Kolloquium-Reden am 2. Juli 2003*, 79 S.

4'03: Roland Bloch / Jens Hüttmann: *Evaluation des Kompetenzzentrums „Frauen für Naturwissenschaft und Technik“ der Hochschulen Mecklenburg-Vorpommerns*, 48 S.

3'03: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und die Hintergründe – neue und einzelne alte Bundesländer – Juni 2003*, 148 S.

2'03: Robert D. Reisz: *Public Policy for Private Higher Education in Central and Eastern Europe. Conceptual clarifications, statistical evidence, open questions*, 34 S.

1'03: Robert D. Reisz: *Hochschulpolitik und Hochschulentwicklung in Rumänien zwischen 1990 und 2000*, 42 S.

5'02: Christine Teichmann: *Forschung zur Transformation der Hochschulen in Mittel- und Osteuropa: Innen- und Außenansichten*, 42 S.

4'02: Hans Rainer Friedrich: *Neuere Entwicklungen und Perspektiven des Bologna-Prozesses*, 22 S.

3'02: Irene Lischka: *Erwartungen an den Übergang in den Beruf und hochschulische Erfahrungen. Studierende der BWL an zwei Fachhochschulen in alten/neuen Bundesländern*, 93 S.

2'02: Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, 42 S.

1'02: Reinhard Kreckel / Peer Pasternack: *Fünf Jahre HoF Wittenberg – Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ergebnisreport 1996-2001*, 79 S.

5'01: Peer Pasternack: *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Unt. Mitarb. v. Anne Glück, Jens Hüttmann, Dirk Lewin, Simone Schmid und Katja Schulze, 131 S.

4'01: Christine Teichmann: *Die Entwicklung der russischen Hochschulen zwischen Krisenmanagement und Reformen. Aktuelle Trends einer Hochschulreform unter den Bedingungen der Transformation*, 51 S.

3'01: Heidrun Jahn: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 58 S.

2'01: Jan-Hendrik Olbertz / Hans-Uwe Otto (Hg.): *Qualität von Bildung. Vier Perspektiven*, 127 S.

1'01: Peer Pasternack: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, 45 S.

5'00: Irene Lischka: *Lebenslanges Lernen und Hochschulbildung. Zur Situation an ausgewählten Universitäten*, 75 S.

4'00: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel-*

und Osteuropas. Dokumentation eines Workshops am 09./10. Mai 2000 in Lutherstadt Wittenberg, 83 S.

3'00: Dirk Lewin: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, 127 S.

2'00: Anke Burkhardt: *Militär- und Polizeihochschulen in der DDR. Wissenschaftliche Dokumentation*, 182 S.

1'00: Heidrun Jahn: *Bachelor und Master in der Erprobungsphase. Chancen, Probleme, fachspezifische Lösungen*, 65 S.

7'99: Bettina Alesi: *Lebenslanges Lernen und Hochschulen in Deutschland. Literaturbericht und annotierte Bibliographie (1990–1999) zur Entwicklung und aktuellen Situation*. In Kooperation mit Barbara M. Kehm und Irene Lischka, 67 S.

6'99: Heidrun Jahn / Reinhard Kreckel: *Bachelor- und Masterstudiengänge in Geschichte, Politikwissenschaft und Soziologie. International vergleichende Studie*, 72 S.

5'99: Irene Lischka: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, 104 S.

4'99: Heidrun Jahn: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, 35 S.

3'99: Dirk Lewin: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, 61 S.

2'99: Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in Osteuropa. Annotierte Bibliographie der deutsch- und englischsprachigen selbständigen Veröffentlichungen 1990-1998*, 81 S.

1'99: Gertraude Buck-Bechler: *Hochschule und Region. Königskinder oder Partner?*, 65 S.

5'98: Irene Lischka: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, 43 S.

4'98: Peer Pasternack: *Effizienz, Effektivität & Legitimität. Die deutsche Hochschulreformdebatte am Ende der 90er Jahre*, 30 S.

3'98: Heidrun Jahn: *Zur Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen in Deutschland. Sachstands- und Problemanalyse*, 38 S.

2'98: Dirk Lewin: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, 44 S.

1'98: Heidrun Jahn: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, 40 S.

5'97: Anke Burkhardt: *Stellen und Personalbestand an ost-deutschen Hochschulen 1995. Datenreport*, 49 S.

4'97: Irene Lischka: *Verbesserung der Voraussetzungen für die Studienwahl. Situation in der Bundesrepublik Deutschland*, 15 S.

3'97: Gertraude Buck-Bechler: *Zur Arbeit mit Lehrberichten*, 17 S.

2'97: Irene Lischka: *Gymnasiasten der neuen Bundesländer. Bildungsabsichten*, 33 S.

1'97: Heidrun Jahn: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, 22 S.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von Peer Pasternack. Redaktion: Daniel Hechler

Themenhefte 2012–2020:

Annemarie Matthies / Bettina Radeiski (Hg.): *Wissenstransfer (in) der Sozialen Arbeit. Zur Produktivität wissenschaftlicher Vermittlungs- und Transfervorstellungen* (2020, 180 S.; € 17,50)

Sandra Beaufaÿs / Anja Franz / Svea Korff (Hg.): *Ausstieg aus der Wissenschaft* (2020, 175 S.; € 17,50)

Annett Maiwald / Annemarie Matthies / Christoph Schubert (Hg.): *Prozesse der Akademisierung. Zu Gegenständen, Wirkmechanismen und Folgen hochschulischer Bildung* (2019, 189 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2* (2017, 176 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem* (2017, 193 S.; € 17,50)

Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): *Akademische Freiheit. 'Core Value' in Forschung, Lehre und Studium* (2016, 181 S.; € 17,50)

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestaltende Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)

Jens Gillesen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S.; € 17,50)

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg* (2012; € 17,50)

Karsten König / Rico Rokitte: *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 210 S.; € 17,50)

<http://www.die-hochschule.de> – Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de

HoF-Handreichungen. Beihefte zu „die hochschule“

Auch unter <https://www.hof.uni-halle.de/journal/handreichungen.htm>

14: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister: *Kultur und Gesellschaft gemeinsam erforschen. Überblick und Handlungsoptionen zu Citizen Science in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unt. Mitarb. v. Susann Hippler, Nicola Gabriel und Steffen Zierold, Halle-Wittenberg 2020, 128 S.

13: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Integrieren und kommunizieren. Leitfaden und Toolboxen zur koordinativen Begleitung von Forschungsverbünden und Förderprogrammen*, Halle-Wittenberg 2020, 140 S.

12: Peer Pasternack: *Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht*, Halle-Wittenberg 2020, 92 S.

11: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Exzellenzstrategie und die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern. Input- und Leistungsdaten – Schlussfolgerungen*, Halle-Wittenberg 2020, 52 S.

10: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Sven Preußner: *Administrationslasten. Die Zunahme organisatorischer Anforderungen an den Hochschulen: Ursachen und Auswege*, Halle-Wittenberg 2019, 146 S.

9: Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.

8: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.

7: Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.

6: Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Mission possible. Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.

5: Jens Gillesen / Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack und Bernhard von Wendland, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.

4: Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillesen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.

3: Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die frühkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.

2: Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

1: Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.

0: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung*, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

Bestellungen unter: institut@hof.uni-halle.de

Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ 2016–2021

Peer Pasternack: *MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2021, 678 S.

Justus Henke: *Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: *Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktorandenausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten*, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitw. v. Jens Gillesen, Uwe

Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2018, 347 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2017, 274 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2017, 291 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2016, 341 S.

Peer Pasternack: *20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2016, 273 S.

Peer Pasternack / Isabell Maue: *Die BFI-Policy-Arena in der Schweiz. Akteurskonstellation in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Tobias Kolasinski und Henning Schulze, BWV Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2016, 327 S.

Peer Pasternack: *Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2016, 613 S.

Weitere Veröffentlichungen aus dem Institut für Hochschulforschung (HoF) 2016–2020

Anke Burkhardt/Aaron Philipp/Philipp Rediger/Jens-Heinrich Schäfer: *Personalstrukturentwicklung und Personalentwicklung. Studie im Rahmen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2021*, Wittenberg 2020, 265 S.

Verbundprojekt Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre (Hg.): *Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt. Schwerpunkt: Heterogenität und Digitalisierung*, Magdeburg/Wittenberg 2020, 148 S.

Justus Henke/Peer Pasternack (Hg.): *Wie die Hochschulen durch das Zeitalter des Frühdigitalismus kommen. Basiswissen für die avancierte Organisationsgestaltung in 94 Fragen und Antworten*, Springer VS, Wiesbaden 2020, 280 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Parallelwelt. Konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Handbuch*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 700 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Das andere Bauhaus-Erbe. Leben in den Plattenbausiedlungen heute*, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2019, 211 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2019, 264 S.

Alexandra Katzmarski / Peer Pasternack / Gerhard Wünscher / Steffen Zierold: *Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demo-*

graphie, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 95 S.

Peer Pasternack / Daniel Hechler / Justus Henke: *Die Ideen der Universität. Hochschulkonzepte und hochschulrelevante Wissenschaftskonzepte*, UniversitätsVerlagWebler, Bielefeld 2018, 212 S.

Reinhard Kreckel: *On Academic Freedom and Elite Education in Historical Perspective Medieval Christian Universities and Islamic Madrasas, Ottoman Palace Schools, French Grandes Écoles and „Modern World Class Research Universities“* (Der Hallesche Graureiher 1/2018), Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle 2018, 51 S.

Peer Pasternack / Benjamin Baumgarth / Anke Burkhardt / Sabine Paschke / Nurdin Thielemann: *Drei Phasen. Die Debatte zur Qualitätsentwicklung in der Lehrer_innenbildung*, W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld 2017, 399 S.

Benjamin Baumgarth / Justus Henke / Peer Pasternack: *Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelvolumina und Mittelflüsse im deutschen Hochschulsystem*, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2016, 134 S.

Anke Burkhardt: *Professorinnen, Professoren, Promovierte und Promovierende an Universitäten. Leistungsbezogene Vorausberechnung des Personalbedarfs und Abschätzung der Kosten für Tenure-Track-Professuren*, GEW, Frankfurt a.M. 2016, 67 S.